

# Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, G. Beyerhaus, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch  
u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

== Heft 342 ==

---

## Der rheinische Frühliberalismus und die soziale Frage

Von

Johanna Köster †

herausgegeben von

Dr. Walther Peter Fuchs

Dozent an der Universität Heidelberg

==

Verlag Dr. Emil Ebering  
Berlin 1938

Nachdruck mit Genehmigung vom  
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.  
Vaduz  
1965

# Historische Studien

Verlag von  
Friedrich Vieweg & Sohn  
Breslau  
1894


## Der rheinische Frühliberalismus und die soziale Frage

Reprinted from a copy in the collections of  
The New York Public Library

Printed in the United States of America

## Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorbemerkung . . . . .	5
Quellen . . . . .	7
Vorwort . . . . .	11
<b>1. Kapitel.</b> Die politische Lage des preußischen Frühliberalismus . .	15
<b>2. Kapitel.</b> Die Beurteilung der sozialen Frage . . . . .	24
David Hansemann . . . . .	24
Ludolf Camphausen . . . . .	31
Gustav Mevissen . . . . .	34
Die Rheinische Zeitung . . . . .	39
Die Kölnische Zeitung . . . . .	42
Die übrigen Zeitungen . . . . .	46
Heinrich von Sybel und Friedrich Christof Dahlmann . . . . .	49
Die Liberalen der anderen preußischen Provinzen . . . . .	53
Die Westfalen . . . . .	53
Die Ostpreußen . . . . .	57
Die anderen Provinzen . . . . .	59
Die Konservativen . . . . .	60
<b>3. Kapitel.</b> Die sozialpolitische Praxis . . . . .	64
Wohltätigkeit . . . . .	64
Sparkassen . . . . .	67
Krankenkassen und Versicherungen . . . . .	69
Bildungsvereine . . . . .	71
Kölner Hilfs- und Bildungsverein . . . . .	71
Selbsthilfeorganisation der Arbeiter . . . . .	75
Rechtswesen . . . . .	76
Steuerpolitik . . . . .	77
Bodengesetzgebung . . . . .	84
Schulwesen . . . . .	86
Fabrikgesetzgebung . . . . .	91
Ergebnisse der sozialpolitischen Praxis . . . . .	96
<b>4. Kapitel.</b> Sozialpolitik und Verfassungskämpfe . . . . .	99
Beziehungen zwischen Sozialproblem und Verfassungsfrage . . . .	99
Wahlrecht des Proletariats . . . . .	103
<b>Schluß</b> . . . . .	110



Digitized by the Internet Archive  
in 2024

### **Vorbemerkung.**

Johanna Köster hat die Veröffentlichung ihrer Untersuchung nicht mehr erlebt. Nach bestandnem Rigorosum hatte sie sogleich eine sehr eingehende Uebersetzung und Straffung ihres ursprünglichen Manuskripts in Angriff genommen. Die Arbeit war bereits bis zur Mitte des dritten Kapitels fortgeschritten, als sie am 2. November 1934 der Tod ereilte.

Auf Grund meiner jahrelangen kameradschaftlichen Verbundenheit mit der Verfasserin habe ich im Auftrage der Familie die Arbeit für die Drucklegung abgeschlossen. Ich habe mich darauf beschränkt, aus den vorhandenen Niederschriften den noch nicht überarbeiteten zweiten Teil der Untersuchung nach Inhalt und Form dem im endgültigen Text bereits feststehenden ersten Abschnitt anzugleichen, in der gesamten Darstellung einige stilistische Unebenheiten zu glätten und den Anmerkungsapparat in Ordnung zu bringen. Der Schluß wurde ganz neu gefaßt. Die Untersuchung ist daher in allen ihren Teilen geistiges Eigentum der Verfasserin.

Heidelberg, im Dezember 1937.

Walther Peter Fuchs.





## Quellen.

### 1. Ungedruckte Quellen.

Historisches Archiv der Stadt Köln:  
Nachlaß Camphausen,  
Nachlaß Mevissen.

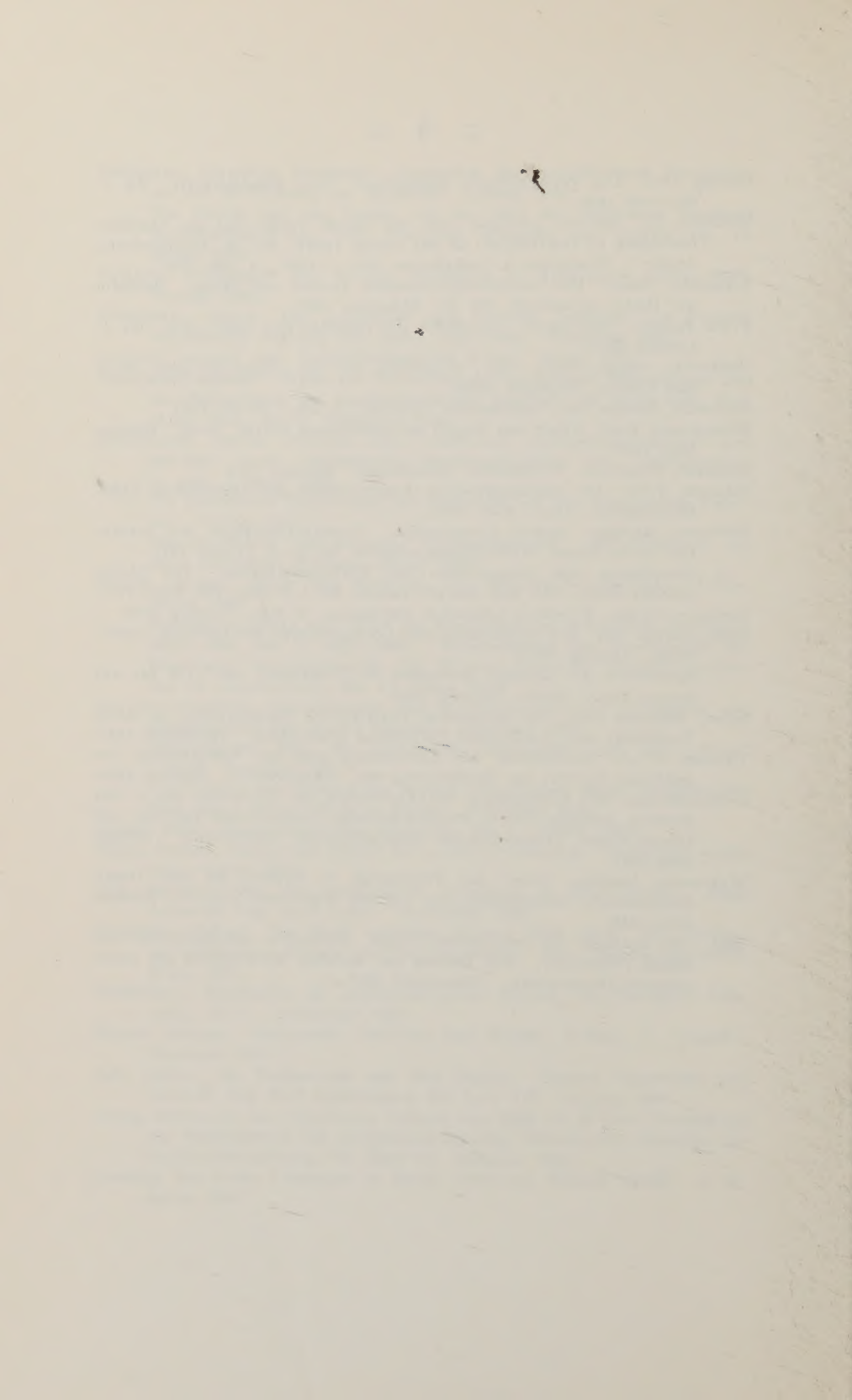
### 2. Gedruckte Quellen.

- Anton, Günther K.: Geschichte der preußischen Fabrikgesetzgebung bis zu ihrer Aufnahme durch die Reichsgewerbeordnung, Staats- u. sozialwissenschaftl. Forschungen Bd. XI 2. Leipzig 1891.
- Bauer, Bruno: Vollständige Geschichte der Parteienkämpfe in Deutschland während der Jahre 1842—46. Bd. 1. Charlottenburg 1847.
- Die bürgerliche Revolution in Deutschland. 1849.
- Becker, Wilhelm: Die Presse des deutschen „wahren“ Sozialismus in der Bewegung der vierziger Jahre, Diss. Bonn 1921 (Maschinenschrift).
- Beckerath, Erwin von: Die preußische Klassensteuer und die Geschichte ihrer Reform bis 1851. Staats- u. sozialwissenschaftl. Forschungen Heft 163. München 1912.
- Below, Georg von: Aus der Zeit Friedrich Wilhelms IV. Briefwechsel des Generals Gustav von Below. Deutsche Rundschau Bd. 109 (1901), S. 101 ff., 267 ff., 390 ff.
- Zur Geschichte der konstitutionellen Partei im vormärzlichen Preußen. Briefwechsel des Generals G. von Below und des Abgeordneten von Saucken-Lilienfelde. Verzeichnis der Doktoren der philos. Fakultät. Tübingen 1903.
- Bergengrün, Aleander: Staatsminister August Freiherr von der Heydt. Leipzig 1908.
- Berger, L.: Der alte Harkort. Ein westfälisches Lebensbild. 4. Auflage. Leipzig 1902.
- Biedermann, Karl: Vorlesungen über Sozialismus und soziale Fragen. Leipzig 1847.
- Brüggemann, Karl Heinrich: Meine Leitung der Kölnischen Zeitung und die Krisen der preußischen Politik von 1846—1855. Leipzig 1855.
- Buchheim, Karl: Die Stellung der Kölnischen Zeitung im vormärzlichen rheinischen Liberalismus, Beiträge zur Kultur- und Universalgeschichte, Bd. 27. Leipzig 1914.
- Bülow-Cummerow: Preußen im Januar 1847 und das Patent vom 3. Februar. Berlin 1847.
- Craemer, Rudolf: Der Kampf um die Volksordnung. Hamburg 1932.
- Croon, Gustav: Der rheinische Provinziallandtag bis zum Jahre 1874. Düsseldorf 1918.

- Dahlmann, Friedrich Christoph: Geschichte der französischen Revolution bis auf die Stiftung der Republik. Leipzig 1845.
- Die Politik auf den Grund und das Maß der gegebenen Zustände zurückgeführt, hrg. Otto Westphal, Klassiker der Politik Bd. 12. Berlin 1924.
- Falkson, Ferdinand: Die liberale Bewegung in Königsberg (1840—1848). Breslau 1888.
- Florschütz, Albert: Die politischen und socialen Zustände der Provinz Westphalen während der Jahre 1848—1858. Elberfeld 1861.
- Gerlach, Leopold von: Denkwürdigkeiten, 2 Bde. Berlin 1891.
- Gesellschaftsspiegel. Organ zur Vertretung der besitzlosen Volksklassen und zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Zustände der Gegenwart (hrsg. Moses Heß), Bd. 1. Elberfeld 1845.
- Hansemann, David: Preußen und Frankreich, staatswirthschaftlich und politisch unter vorzüglicher Berücksichtigung der Rheinprovinz. 2. Aufl. Leipzig 1934.
- Die politischen Tagesfragen mit Rücksicht auf den Rheinischen Landtag. Aachen 1846.
- Das preußische und deutsche Verfassungswerk. Mit Rücksicht auf mein politisches Wirken. Berlin 1850.
- Hansen, Joseph: Gustav von Mevissen, ein rheinisches Lebensbild. 2 Bde. Berlin 1906.
- Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830—1850, Bd. 1, 1830—1845. Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde, Bd. 36, und Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts, Bd. 1. Essen 1919.
- Harkort, Friedrich: Bemerkungen über die Hindernisse der Civilisation und Emancipation der untern Klassen. Elberfeld 1844.
- Bemerkungen über die preußische Volksschule und ihre Lehrer. 2. Aufl. Iserlohn 1843.
- Die Vereine zur Hebung der untern Volksklassen nebst Bemerkungen über den Central-Verein in Berlin. Elberfeld 1845.
- Hassel, Paul: Joseph Maria von Radowitz, Bd. 1. Berlin 1905.
- Haym, Rudolf: Reden und Redner des ersten Preußischen Vereinigten Landtags. Berlin 1847.
- Heß, Moses: Ueber die sozialistische Bewegung in Deutschland. Neue Anekdoten, hrg. Karl Grün. Darmstadt 1845.
- Holthöfer, Robert: Die Stadt Aachener Zeitung 1815—1848. Ein Beitrag zur rheinischen Presse- und Parteigeschichte. Diss. (Maschinenschrift.) Bonn 1920.
- Jahrbücher, Rheinische, zur gesellschaftlichen Reform, hrg. Hermann Püttmann, Bd. 1. Darmstadt 1845.
- Jacobi, Johann: Gesammelte Schriften und Reden. 2 Bde. 2. Ausgabe. Hamburg 1877.
- Kell, Julius: Die Volksschule und ihre Gegner. Unsere Gegenwart und Zukunft, hrg. Karl Biedermann, Bd. 6, S. 1 ff. Leipzig 1847.
- König, Hermann: Die Rheinische Zeitung von 1842—43 in ihrer Einstellung zur Kulturpolitik des preußischen Staates. Münstersche Beiträge zur Geschichtsforschung, NF Heft 39. Münster 1927.
- Landtag, Der Erste Vereinigte, in Berlin 1847, hrg. Eduard Bleich. 4. Bd. Berlin 1847.



- Lüning, Otto: Das Westphälische Dampfboot. Eine Monatsschrift. Bd. 1. Bielefeld 1845.
- Mombert, P.: Aus der Literatur über die soziale Frage und die Arbeiterbewegung in Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Archiv f. Geschichte d. Sozialismus, Bd. 9 (1921), S. 169—236.
- Nitzschke, Heinz: Die Geschichtsphilosophie Lorenz von Steins. Beihefte der Histor. Zeitschrift, Bd. 26. München 1932.
- Prutz, Robert: Zehn Jahre. Geschichte der neuesten Zeit 1840—1850. Bd. 1. Leipzig 1850.
- (Radowitz, Joseph Maria von): Gespräche aus der Gegenwart über Staat und Kirche. Stuttgart 1846.
- Radowitz, Joseph von: Gesammelte Schriften. 5 Bde. Berlin 1852.
- Rosenkranz, Karl: Ueber den Begriff der politischen Partei. Rede. Königsberg 1843.
- Schinkel, Friedrich: Preußischer Sozialismus. Breslau 1934.
- Schmidt, Fritz: Die sozialpolitischen Anschauungen des rheinischen Frühliberalismus. Diss. Köln 1927.
- Schwann, Mathieu: Ludolf Camphausen. Veröffentlichungen des Archivs für Rhein.-Westf. Wirtschaftsgeschichte, Bd. 3—5. Essen 1915.
- Grundlagen und Organisation des Wirtschaftslebens. Die Rheinprovinz 1815—1915, hrg. Joseph Hansen. Bd. 1, S. 196—246. Bonn 1917.
- Springer, Anton: Friedrich Christoph Dahlmann. 2 Bde. Leipzig 1870.
- Stein, Lorenz von: Der Sozialismus und Communismus des heutigen Frankreich. Leipzig 1842.
- Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage. 3 Bde. Leipzig 1850.
- Sybel, Heinrich von: Die politischen Parteien der Rheinprovinz in ihrem Verhältnis zur preußischen Verfassung geschildert. Düsseldorf 1847.
- Thyssen, J. J.: Darstellung der Einrichtung und der Wirksamkeit des Aachener Vereins zur Beförderung der Arbeitsamkeit. Aachen 1845.
- Verhandlungen der Kommission zur Erörterung der Ursachen des in der Provinz Preußen öfters wiederkehrenden Nothstandes mit der auf Grund dieser Verhandlungen ausgearbeiteten Denkschrift. Königsberg 1847.
- Walesrode, Ludwig: Ueber das Proletariat, in Briefen an eine Dame. Königsberger Taschenbuch, hrg. Ludwig Walesrode, S. 247 ff. Königsberg 1846.
1847. Die Zustände der arbeitenden Klasse. Beleuchtet und gezeichnet von einem Proletarier. Ein Beitrag zur sozialen Reformation des neunzehnten Jahrhunderts. Düsseldorf 1847.



## Vorwort.

Die Frage nach der Eingliederung der im Anfang des neunzehnten Jahrhunderts neu sich bildenden Industriearbeiterschaft in Staat und Gesellschaft — die soziale Frage — wurde in Deutschland zum erstenmal im industriellen Westen gestellt. Die Fabrikarbeit der Kinder, wie sie im rheinisch-westfälischen Industriegebiet üblich war, erweckte 1823 die Aufmerksamkeit des preussischen Unterrichtsministers von Altenstein. Generalleutnant von Horn stellte 1828 fest, daß diese Fabrikgegenden nicht mehr die nötige Anzahl Rekruten stellten, was er auf die Kinderarbeit zurückführte. Ein Erlaß Friedrich Wilhelms III. forderte zwar Maßnahmen gegen diese Uebelstände, erreichte aber praktisch zunächst nichts.<sup>1</sup> Zur gleichen Zeit wurde die elende Lage der Industriearbeiterschaft durch einen rheinischen Kaufmann erörtert, der persönlich auch erste Schritte zur Abhilfe tat: David Hansemann, der liberale Finanzminister von 1848, gründete 1824 den „Aachener Verein zur Beförderung der Arbeitsamkeit“. 1837 wurde die soziale Frage in Preußen wenigstens auf einem begrenzten Teilgebiet der Lösung näher geführt. Der in seiner Mehrheit liberale rheinische Provinziallandtag forderte auf Anregung des Barmer Fabrikanten J. Schuchard ein Gesetz zum Schutze der in den Fabriken arbeitenden Kinder. 1839 erschien auf diese erneute Anregung hin endlich das Regulativ über die Kinderarbeit in Preußen, das den Anfang einer preussischen Fabrikgesetzgebung und damit einer modernen preussisch-deutschen Sozialpolitik überhaupt darstellt.<sup>2</sup>

Somit kommt dem rheinischen Frühliberalismus für die Anfänge der preussischen und deutschen Sozialpolitik eine ent-

---

1. Vgl. Günther K. Anton, Geschichte d. preuß. Fabrikgesetzgebung, S. 3 ff.

2. Ebenda S. 44 ff.

scheidende Rolle zu. Diesen Anteil im einzelnen herauszuarbeiten, die Stellungnahme der einzelnen Politiker zur sozialen Frage, ihre Mitwirkung an der Lösung und das Scheitern zahlreicher Lösungsversuche darzustellen, ist die Aufgabe dieser Untersuchung. Sie versucht damit, zu dem grundsätzlichen Verhältnis von Liberalismus und sozialer Frage, Liberalismus und Sozialismus durchzustoßen und die Gründe für die Unmöglichkeit einer sozialen Neugliederung auf bürgerlich-liberaler Grundlage darzutun.

Mit dem Begriff Frühliberalismus ist die zeitliche Begrenzung, der Abschluß mit den Märztagen 1848 gegeben. Um die Stellung des rheinischen Liberalismus zu den umschriebenen Problemen klarer herauszuarbeiten, werden vergleichsweise auch Liberale aus anderen preußischen Provinzen sowie einige Konservative mit entsprechenden Äußerungen herangezogen. Die Untersuchung stützt sich auf das sehr umfangreiche, fast vollständig gedruckte Quellenmaterial in Zeitungen, Zeit-, Flug- und größeren Druckschriften der Zeit sowie auf die großen Veröffentlichungen von Hansen<sup>3</sup> und Schwann,<sup>4</sup> die für die Jahre 1846 bis 1848 mit gütiger Erlaubnis von Geheimrat Hansen, Köln, noch durch die im Historischen Archiv der Stadt Köln liegenden Nachlässe Camphausen und Mevissen ergänzt werden konnten.

Auf eine Auseinandersetzung mit der sekundären Literatur ist verzichtet worden, weil, abgesehen von drei Arbeiten, die Fragestellung überall anders liegt. Fritz Schmidt,<sup>5</sup> der die Anschauungen der rheinischen Liberalen nicht genügend in den historischen und politischen Gesamtzusammenhang einordnet, faßt Sozialpolitik im weitesten Sinne, während wir nur die Arbeiterfrage als soziale Frage behandeln. Der Hauptunterschied zu den 1933 und 1934 erschienenen Arbeiten von Craemer<sup>6</sup> und Schinkel<sup>7</sup> über preußische Sozialpolitik und die Recht-

---

3. Joseph Hansen, Gustav von Mevissen, ein rhein. Lebensbild, 2 Bde. 1906; Rhein. Briefe und Akten z. Gesch. d. polit. Bewegung 1830—1850 Bd. 1, 1919.

4. Mathieu Schwann, Ludolf Camphausen, 3 Bde. 1915.

5. Die sozialpolit. Anschauungen d. rhein. Frühliberalismus, Diss. Köln 1927.

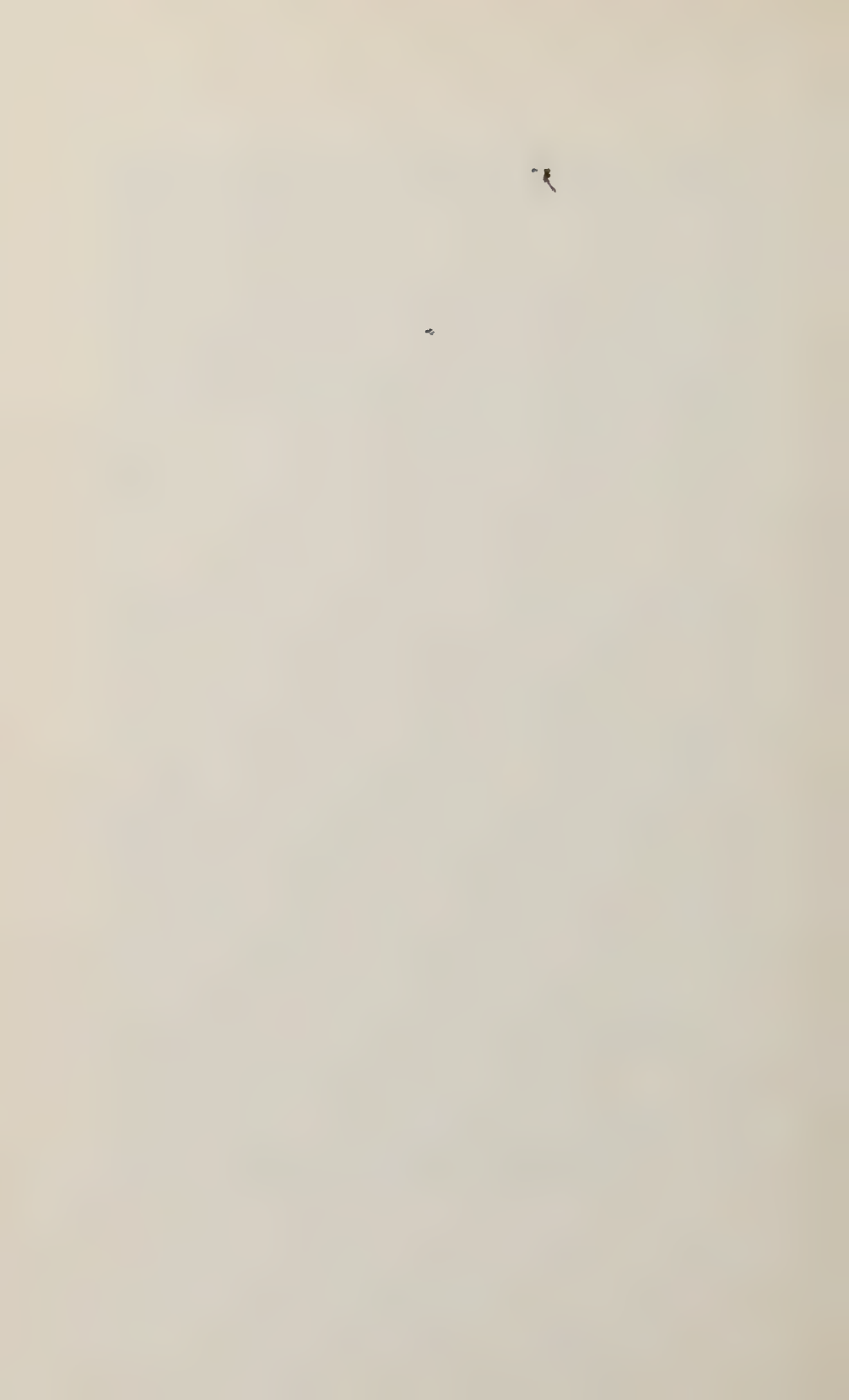
6. Rudolf Craemer, Der Kampf um die Volksordnung, 1933.

7. Friedrich Schinkel, Preußischer Sozialismus, 1934.



fertigung einer neuen Untersuchung liegt in der Begrenzung auf den Zeitraum von 1820—48. Bei Craemer finden sich nur kurze Hinweise auf die rheinischen Liberalen, deren Bedeutung weniger auf theoretischem als auf praktischem Gebiet lag. Bei Schinkel ergeben sich aus der gedrängten Behandlung einige schiefe Urteile, auf die noch hinzuweisen sein wird.

Die Arbeit geht auf die Anregung von Professor W. Mommsen, Marburg, zurück. Sie war im Januar 1933 abgeschlossen und konnte durch die inzwischen eingetretenen politischen Ereignisse nur in ihrem Ergebnis bestätigt werden.



## 1. Kapitel.

### **Die politische Lage des preußischen Frühliberalismus.**

Die Ansätze zur Bildung politischer Parteien, die sich selber als solche bezeichneten und politisch Gleichgesinnte zusammenschlossen, wurden in Preußen erst in dem Jahrzehnt, das der Revolution von 1848 vorausging, in der Öffentlichkeit sichtbar. Die beiden Gruppen, die der Königsberger Philosoph Karl Rosenkranz in seiner Rede „über den Begriff der politischen Partei“ im Jahre 1843 einander gegenüberstellte, waren die einzigen, die für das öffentliche politische Leben des vormärzlichen Preußen in Frage kamen: die liberale und die konservative, die Parteinahme „für oder gegen den Fortschritt“. Die links von den Liberalen stehenden Vertreter radikaler Anschauungen schlossen sich zwar schon in den gleichen Jahren zu Gruppen zusammen (z. B. im Kreise der Hallischen Jahrbücher), waren aber als politische Parteien auf den Ständeversammlungen noch nicht vertreten. Schon Rosenkranz erkannte, daß die politische Partei, die er aus dem Begriff des Staates erklärte, „während ihrer Dauer in einer steten Umbildung begriffen ist. Sie ist nicht ein für allemal fertiges Dasein, sondern ein Prozeß.“<sup>1</sup> Diese Charakteristik trifft ganz besonders auf die Anfänge des Parteiwesens in Preußen zu. Die Grenzen zwischen Konservativen und Liberalen waren noch auf dem ersten Vereinigten Landtag von 1847 fließend. Die Zuordnung zu der einen oder anderen Partei entschied sich vorwiegend an der Verfassungsfrage, d. h. an der Einstellung der einzelnen zu der Form der Monarchie, zum Repräsentativsystem und zur strafferen Zusammenfassung der verschiedenen Provinzen des preußischen Staates. Dies letztere Problem wurde vielfach als Vorfrage oder Teil der deutschen Einheit angesehen.

---

1. a. a. O. S. 23. Über Rosenkranz vgl. auch F. Falkson, die liberale Bewegung in Königsberg S. 28.

In Preußen lassen sich unter den Liberalen drei größere Gruppen unterscheiden. Die wichtigste war die der rheinischen bürgerlichen und vorwiegend protestantischen Kaufleute und Industriellen, die 1847 die eine Hälfte der Opposition auf dem Vereinigten Landtag führten und als deren politische und wirtschaftliche Führer Camphausen und Hansemann 1848 die Leitung des sogenannten Märzministeriums übernahmen. Die politischen Ziele dieser Gruppe, wie sie sich auf den Provinziallandtagen nach 1840 herausstellten, waren in Kürze: Ausbildung eines einheitlichen<sup>2</sup> starken preußischen Staatsgefüges in der Form einer konstitutionellen Monarchie und Anpassung der Teilnahme des „Volkes“ (d. h. des Bürgertums) in der Leitung des Staates an seine inzwischen erworbene wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung durch Einrichtung einer Repräsentation im Sinne der königlichen Verordnung vom 22. Mai 1815.<sup>3</sup> Die Entscheidung zwischen ständischer oder repräsentativer Verfassung wurde von den Rheinländern dem Sinne nach zugunsten der letzteren gefällt, obwohl sie ausdrücklich betonten, daß es sich dabei niemals um die Anerkennung des Prinzips der Volkssouveränität handeln könne.<sup>4</sup> Darüber hinaus stellten sie die allgemeinen liberalen Forderungen nach Freiheit der Presse, Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens usw., Forderungen, die alle letzten Endes in einem inneren Zusammenhang mit der „Verfassungsfrage“<sup>5</sup> standen. Im einzelnen bestanden in Fragen der Staatsauffassung, der Sozialpolitik, des Wirtschaftslebens und der Taktik im politischen Vorgehen die größten Unterschiede. Die verschiedenen Gebiete des öffentlichen Lebens wurden durchaus nicht immer in ihrem inneren Zusammenhang erkannt. Liberaler Betrachtungsweise ist es ja überhaupt eigen zu trennen, zu isolieren, während konservative

---

2. Der preußische Einheitsgedanke wurde besonders von Hansemann, der deutsche von Beckerath vertreten.

3. Besonders klar dargestellt durch Camphausen auf dem 8. Rhein. Landtag in seinem Antrag auf die Bildung einer Repräsentation des Volkes (12. Febr. 1845) Br. u. Akt. S. 739 ff. und in seiner Verteidigungsrede (10. Mrz.) ebd. S. 783 ff.

4. Camphausen, Br. u. Akt. S. 787.

5. Unter „Verfassungsfrage“ soll im Folgenden der ganze, oben kurz umrissene Komplex verstanden werden.



Haltung auf der Erkenntnis des Gewachsenen, Gebundenen, sowohl im historischen Ablauf der Geschehnisse wie im Zusammenhang der verschiedenen Lebensgebiete untereinander beruht. Für die Zeit vor 1848 ist allerdings zu betonen, daß liberale Gedankengänge besonders in bezug auf die Wirtschaft bereits in weitem Ausmaß in konservativen Kreisen und selbst in der preußischen Regierung Fuß gefaßt hatten.

Die Opposition der rheinischen Gruppe gegenüber der Regierung beruhte auf den verschiedensten Voraussetzungen. Außer der für alle Liberalen maßgebenden ideologischen Grundlage, dem Gedankengut sowohl der Aufklärung wie dem der Romantik, lagen für das Rheinland wie für einen Teil Westfalens noch besondere Verhältnisse vor. Im Vergleich zu den übrigen preußischen Provinzen war hier die wirtschaftliche Entwicklung bereits sehr weit vorgeschritten. Die Rheinlande verfügten seit der französischen Herrschaft über moderne Errungenschaften auf den Gebieten des Rechtswesens und der Verwaltung, die sie nicht gegen die veralteten Einrichtungen in den übrigen Teilen der Monarchie einzutauschen wünschten. Sie standen in enger geistiger und wirtschaftlicher Beziehung zu Frankreich, Belgien und England. Für einen Teil der jüngeren, um 1815 geborenen Generation war schließlich die Zugehörigkeit zum Jungen Deutschland, der Einfluß Hegels und besonders des Hegelianismus, sowie der zeitgenössischen sozialistischen Ideen von Bedeutung. Nur innerhalb dieser Gruppe beschäftigte man sich reger mit philosophischen Fragen der Zeit.

Alles in allem hatte sich im Rheinland ein selbstbewußtes, wohlhabendes Bürgertum gebildet, das die Bevormundung durch die Bürokratie auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens als seiner unwürdig und mit der von ihm erreichten Kulturstufe nicht mehr im Einklang empfand, das aber doch gut preußisch gesinnt und von einer starken Staatsgesinnung erfüllt war. Es glaubte zum Wohle des Staates zu handeln, wenn es seine eigenen Interessen mit denen des Staates gleichsetzte.

Der rheinischen liberalen Gruppe gehörten einige bedeutende Journalisten an. Sie verfügte daher ebenso wie der ostpreußische Frühliberalismus in der Königsberger Hartungschen Zeitung über eigene publizistische Organe. 1842/43 spielte die

Rheinische Zeitung, die zu ihren Mitarbeitern so verschiedenartige Geister wie Camphausen und Marx zählte — um die Extreme zu nennen — eine wichtige Rolle. Das Erbe dieser Zeitung als liberales Organ übernahm 1843 die Kölnische Zeitung,<sup>6</sup> die unter Leitung von Andree und Brüggemann<sup>7</sup> eine der bedeutendsten Zeitungen Deutschlands wurde. Die sozialistische Richtung wurde von der Trierer Zeitung, dem Gesellschaftsspiegel,<sup>8</sup> den Rheinischen Jahrbüchern<sup>9</sup> und anderen vertreten.

Die andere auf dem Vereinigten Landtag führende Oppositionsgruppe war die der vorwiegend dem grundbesitzenden Adel angehörenden Ostpreußen. 1848 neigten sie stärker der konservativen Seite zu als die Rheinländer. Das erklärt sich aus den anderen Grundlagen dieses ostpreußischen Liberalismus. Es handelte sich hier um eine adlig ständische Opposition gegen die Krone, hervorgegangen aus der besonderen Teilnahme dieses Adels an der Reformgesetzgebung von 1808 und an den Freiheitskriegen. Hauptträger der Tradition war Schön, der Mitarbeiter Steins und Oberpräsident der Provinz bis 1843. Der zweite bestimmende Faktor für den ostpreußischen Liberalismus, auch für seine bürgerlichen Vertreter, war der noch aufs stärkste nachwirkende Einfluß Kants. Wie in den Rheinlanden wurde ferner die Lage an der Grenze als besonders verpflichtend empfunden.<sup>10</sup> Die politischen Ziele dieser Gruppe waren außer den allgemeinen liberalen Forderungen wie Pressefreiheit usw.: eine einheitliche „s t ä n d i s c h e“ Vertretung<sup>11</sup> und Fortführung der durch Stein und Hardenberg begonnenen Reformen besonders auf den Gebieten des Agrarwesens und der Kommunalverwal-

---

6. M. Du Mont-Schauberg, Geschichte d. Köln. Zeitung.

7. K. H. Brüggemann, Meine Leitung der Köln. Ztg. und die Krisen d. preuß. Politik. 1855.

8. Gesellschaftsspiegel, Organ z. Vertretung d. besitzlosen Volksklassen u. z. Beleuchtung d. gesellschaftl. Zustände der Gegenwart, (hrsg. Moses Hess) Bd. 1 Elberfeld 1845.

9. Rhein. Jahrbücher zur gesellschaftl. Reform, hrsg. Hermann Püttmann, Bd. 1 Darmstadt 1845.

10. Auf dem ersten Vereinigten Landtag erklärte Hansemann unter großem Beifall: „Die östlichen wollen nicht russisch und die westlichen wollen nicht französisch werden“. Bleich II. S. 60.

11. Der Begriff „ständisch“ ist hier noch im altständischen Sinne zu nehmen.

tung. Die Ostpreußen regten 1840 auf dem Königsberger Landtage die Diskussion über die Verfassungsfrage nach einer langen Pause wieder an.<sup>12</sup> Die Bürgerlichen unter ihnen<sup>13</sup> waren nicht landtagsfähig. Ihre Einstellung war sehr viel radikaler als die der Abgeordneten.

Den liberalen Ostpreußen schlossen sich die Liberalen aus Posen, ebenfalls eine adlig ständische Opposition, und Schlesien mit Vertretern aus allen Ständen an. Zu den liberalen Rheinländern gesellten sich die Westfalen G. v. Vincke, der den Ostpreußen allerdings näher stand als seinen unmittelbaren Nachbarn, und Friedrich Harkort, der um seiner dem rheinischen Liberalismus sehr verwandten Anschauungen willen besonders berücksichtigt werden muß.

Liberaler Vertreter fanden sich ferner vor 1848 unter den Professoren. An erster Stelle stand Friedrich Christoph Dahlmann. Georg Gottfried Gervinus war für Preußen als Herausgeber der Deutschen Zeitung von Bedeutung und seit 1847 auch Heinrich von Sybel als geborener Rheinländer und Rudolf Haym.

Der Herkunft und dem Berufe nach setzten sich die Liberalen des vormärzlichen Preußen aus drei Gruppen zusammen: aus in der Hauptsache ostpreußischen adligen Großgrundbesitzern, aus rheinischen, westfälischen und schlesischen Kaufleuten und Industriellen und aus Gelehrten und Literaten, die aus den verschiedensten Gegenden Norddeutschlands stammten. Für das liberale Bürgertum Preußens wie ganz Deutschlands kennzeichnend war die Tatsache, daß es im Gegensatz zu den Verhältnissen in England und Frankreich noch im Kampf um seine politischen Rechte stand, während gleichzeitig bereits eine neue Schicht von unten her auf den Kampfplatz trat, der „vierte Stand“, das „Proletariat“ oder die „arbeitenden Klassen“, wie die gebräuchlichsten Bezeichnungen der Zeit lauteten.

Während des wirtschaftlichen Aufschwunges entstand in Deutschland zuerst in den Rheinlanden ein immer stärker anwachsendes, in größtem Elend lebendes Industriearbeiterproletariat. Weitere Elendsgebiete waren Schlesien und Böhmen,

---

12. Vgl. R. Prutz, *Zehn Jahre S. 222 ff.*

13. Vgl. Johann Jacobi, *Gesammelte Schriften u. Reden*, 2 Bde. 1877.

wo es sich vorwiegend um Heimarbeiter handelte, und Ostpreußen mit zunehmendem Landerbeiterproletariat.<sup>14</sup> Wenn diese Menschen auch nicht in der Lage waren, sich selbst über ihre Notlage publizistisch zu äußern, so begannen doch vereinzelte Aufstände die Öffentlichkeit zu beunruhigen. Gleichzeitig fanden sozialistische und kommunistische Lehren und Gedankengänge von Frankreich her in steigendem Maße Eingang. Um 1830 wurden St. Simons Schriften in Deutschland bekannt, nach 1840 schnell hintereinander Proudhon, Louis Blanc, Fourier und andere übersetzt und erläutert. Die erste wissenschaftlich kritische Darstellung des französischen Sozialismus und Kommunismus brachte 1842 Lorenz von Stein.<sup>15</sup> In den dreißiger und vierziger Jahren erfuhren die sozialistischen und kommunistischen Lehren in Deutschland eigene Gestaltung. Zwei Hauptrichtungen sind hier zu unterscheiden. In Kreisen der Junghegelianer (Hallische Jahrbücher, Rheinische Zeitung) bildete sich ein philosophischer Sozialismus heraus, deren Hauptträger zunächst Bruno Bauer,<sup>16</sup> Moses Heß,<sup>17</sup> Arnold Ruge und der junge Marx waren. In den Kreisen der wandernden Handwerker in der Schweiz und in Frankreich, die sich zu den ersten Kommunistenbünden zusammenschlossen, entstand eine primitivere, stark den Gedanken der Gütergemeinschaft betonende Richtung, deren wichtigster Vertreter in Deutschland der Schneider Weitling war.

Dieser frühe Sozialismus war zunächst weder klassenkämpferisch noch inter- oder antinational ausgerichtet. Von „klassenbewußtem Proletariat“ kann vor 1848 in Deutschland noch nicht die Rede sein. Die bewußte Kampfstellung gegen das Bürgertum setzte erst schlagartig mit dem Kommunistischen Manifest ein. Vor 1848 neigten darum auch vereinzelte Vertreter des Bürgertums zu sozialistischen Gedankengängen. Mahnrufe

---

14. Zeitgenössische Darstellungen: Gesellschaftsspiegel, Rheinische Jahrbücher, Engels, Briefe aus dem Wuppertal u. a.

15. Der Sozialismus u. Communismus des heutigen Frankreich. 1842; Gesch. d. sozialen Bewegg. in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage 3 Bde. 1850.

16. Vgl. Br. Bauer, Vollständige Gesch. d. Partheienkämpfe in Deutschland während d. Jahre 1842—46 (1847); die bürgerl. Revolution in Deutschland (1849).

17. Vgl. Gesellschaftsspiegel.



über die Notlage des Proletariats kamen aus Kreisen z. T. jüdischer Intellektueller, und zwar besonders ausdrücklich aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Die seit 1844 erscheinende Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft enthält in jeder Nummer Beiträge über die soziale Frage, ähnlich die Deutsche Vierteljahrsschrift<sup>18</sup> und die Konstitutionellen Jahrbücher.<sup>19</sup> Aber auch die Köln'sche Zeitung öffnete ihre Spalten Berichten über den Sozialismus in Frankreich, die Notlage der Weber u. dgl. Nach einigen vereinzeltten Ansätzen in den dreißiger Jahren schwoll diese Literatur in der ersten Hälfte der vierziger Jahre stärker an. Den nachhaltigsten Anstoß zur Besprechung sozialer Fragen und zur Erörterung von Ursachen und Abhilfemöglichkeiten der Not gaben den verschiedensten politischen Kreisen und Lagern die Weberaufstände des Sommers 1844.<sup>20</sup> Sogar Friedrich Wilhelm IV. erkannte die Notlage der handarbeitenden Bevölkerung Preußens durch eine Kabinettsordre vom 25. Oktober 1844 an. Die Bewegung ließ jedoch vor allem aus politischen Gründen in den folgenden Jahren wieder nach. Erst Anfang 1848 nahm die Diskussion erneut zu, jetzt besonders angeregt durch die Ereignisse in Frankreich und nunmehr viel stärker auf sozialistischer und späterhin marxistischer Grundlage geführt und damit von anderen Kreisen getragen. Gleichzeitig mit dieser Beschäftigung mit sozialistischen Lehren und mit der Lage der Arbeiterschaft setzte von den verschiedensten Seiten her grundsätzliche Kritik am Liberalismus ein. Bei so verschiedenartigen Geistern wie Biedermann, Radowtz, Stahl und Marx begann die Erkenntnis sich Bahn zu brechen, daß von diesem Liberalismus, der alles geistige und wirtschaftliche Leben bereits beherrschenden Grundhaltung, notwendigerweise zu einem Sozialismus irgendwelcher Art fortgeschritten werden müsse. Biedermann erkannte schon klar das Wesen des Liberalismus, wenn er sagte: „Sein Streben ist also ein bloß lösendes, freimachendes“, während der So-

---

18. Stuttgart, seit 1838.

19. Hrsg. K. Weil, Stuttgart seit 1843.

20. Vgl. P. Mombert, *Aus d. Lit. über d. soz. Frage u. die Arbeiterbewegung in Deutschland in d. erst. Hälfte d. 19. Jhs.*, Archiv f. Gesch. d. Soz. IX (1921) S. 169—236.

zialismus „ein weit positiveres, nämlich das Wohl aller, verbürgt durch das tätige, ordnende, fördernde Eingreifen der Gesellschaft,“ sich zum Ziel gesetzt hat.<sup>21</sup> Das waren Gedanken, die ihrer Zeit weit vorauseilten. Die Zukunft brachte zunächst die Herrschaft des Liberalismus auf allen Gebieten des Lebens zur Durchführung, bis er in sich selbst haltlos und durch ein neues soziales Zeitalter überwunden wurde, an dessen Anfang wir heute stehen. Damals aber war es noch ganz ungewiß, in welcher Form der „vierte Stand“ sich die sozialistischen Lehren aneignen würde und was für politische Folgen sich daraus ergeben würden.

Es liegt auf der Hand, daß das liberale Bürgertum, in erster Linie die rheinisch-westfälischen Industriellen, auf die ihnen von „unten“ her drohenden Gefahren aufmerksam werden mußten. Mevissen sagte am 16. März 1845 in einer großen öffentlichen Versammlung in Köln: „Die unbestreitbare Tatsache, daß unsere heutigen sozialen Zustände, unsere Sitten, unsere Gesetzgebung und unsere religiösen Anschauungen als Reflexe der inneren, geistigen Bestimmungen nicht imstande sind, zu verhüten, daß die Zahl der Proletarier in allen Staaten der Gegenwart in einer höchst beunruhigenden Progression steigt, daß der Besitz sich mehr und mehr in den Händen weniger konzentriert, denen eine besitz- und rechtlose Masse feindlich gegenübersteht, hat als authentische Beurkundung ihrer Wahrheit die Idee von Vereinen für das Wohl der arbeitenden Klassen ins Leben gerufen.“ Die ersten Sozialgesetze hätten „den quatrième état in Preußen nicht geschaffen, wohl aber zum erstenmal sein Dasein, seine Bedeutung anerkannt“.<sup>22</sup> Die gleiche Erkenntnis vermochte Heinrich von Sybel noch kühl akademisch festzustellen: „Je bestimmter sie [die liberalen Bürger] ihren politischen Anspruch auf die Macht des Besitzes gründen, desto heftiger tritt ihnen von der einen Seite der politische Radikalismus und der Kreis der kommunistischen Tendenzen entgegen.“<sup>23</sup> Karl Weil sah schon bedeutend tiefer, wenn er diesem Liberalismus seine

---

21. Vorlesungen über Sozialismus, S. 231 f.

22. Hansen, Mevissen II S. 129; vgl. I S. 343 ff., bes. S. 355.

23. Rheinprovinz S. 80.

Schicksalsfrage stellte: „Unsere Mittelstände . . ., die Bürgerklassen im deutschen Lande, die noch um Anerkennung ihres Einflusses, um Einräumung einer wirklichen, nachhaltigen Teilnahme an der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten kämpfen und die gerade vom Zentralpunkte der deutschen Gesamtgewalt aus hierin beharrlich und unbeugsam zurückgewiesen werden — die Mittelklassen, — das weitaus überwiegende Element im Staate an Zahl, an Grundbesitz, an Vermögen und an Intelligenz, — sind in ihrer politischen Stellung geirrt, sind deplaziert und desorientiert, da nunmehr auch in Deutschland bereits die untersten Schichten, wenn auch nur noch innerlich, ergriffen sind von jenem Geiste, der die bestehende gesellschaftliche Ordnung bedroht. Sind es Feinde, die da von hinten langsam heranrücken? . . . Dann wehe dem Staate: er ist aufgelöst! — Oder kommen sie als Freunde, als Hülfsstruppen, als Bundesgenossen der Mittelstände? Dann wehe den Bürgerklassen: der Tag ihres Sieges würde die Epoche ihres Untergangs!“<sup>24</sup> Radowitz gar kennzeichnete die Lage des Bürgertums mit den Worten des Propheten: „Die Füße derer, die Euch begraben werden, stehen vor der Türe.“<sup>25</sup>

---

24. Konstitut. Jbb. 1846 Bd. 3 S. 12 f.

25. Ges. Schriften III S. 254.

## 2. Kapitel.

### Die Beurteilung der sozialen Frage.

David Hanse mann.

David Hanse mann, 1790 in Finkenwerder bei Hamburg als Sohn eines Pfarrers geboren und erst 1817 in das nunmehr preußische Aachen gezogen, war der älteste und in bezug auf seine politische Wirksamkeit bedeutendste unter den Führern des rheinischen Frühliberalismus. Er war auch der erste innerhalb dieser Gruppe, der sich mit der sozialen Frage, wie er sie sah, befaßte. Rückblickend äußerte er sich 1850 über sein Lebenswerk, er habe es „stets als eine der ersten Aufgaben erkannt, auf die Verbesserung des Loses der handarbeitenden Klassen (das heißt der Mehrzahl des Volks) in ausführbarer Weise hinzuwirken. Nicht durch Armen-Institute, Waisenhäuser, Versorgungshäuser und dergleichen Einrichtungen, die nur mehr oder weniger unvermeidliche Palliative sind, sondern sie durch Beförderung der Trägheit und Sorglosigkeit indirekt vermehren, kann es nachhaltig geschehen. Nurch durch allg e m e i n e Maßregeln, welche gerade wegen ihrer Allgemeinheit auf eine g r o ß e Zahl von Personen ihre Wirkung . . . äußern, können Armut und Elend zwar nicht verbannt, aber sehr vermindert und die Zahl der Personen, welche mehr oder weniger zu den Besitzenden zu rechnen sind, außerordentlich vermehrt werden.“<sup>1</sup>

Durch sein Lebenswerk zieht sich tatsächlich seit dem Beginn der zwanziger Jahre die Sorge um das Wohl der „handarbeitenden“, „unteren“ oder „geringeren“ Volksklassen, wie er sie nannte. Aachen, eine der ältesten Industriestädte Deutschlands, wies in jener Zeit bereits eine große Zahl von Industriearbeitern auf, die in tiefstem Elend lebten. Daneben gab es

---

1. Verfassungswerk S. 66.



bereits zahlreiche Arbeitslose, die ganz auf Bettelei oder auf private und kirchliche Wohltätigkeit angewiesen waren. Bezeichnend ist auch, daß Aachen zu den wenigen Städten Deutschlands gehörte, in denen es 1830 zu Arbeiterunruhen und Maschinenstürmen kam. In diesen lokalen Verhältnissen ist wohl in erster Linie der Anstoß für Hansemanns Beschäftigung mit der Arbeiterfrage zu suchen. Wie weit er, den Reisen vielfach nach Frankreich und besonders nach Belgien führten, mit den Ideen des westlichen Sozialismus vertraut war, läßt sich schwer feststellen. Jedenfalls sind bei diesem Manne der Tat und ausgesprochen kaufmännischen Kopf literarische Einflüsse stets nur von untergeordneter Bedeutung gewesen. Die Anregung und der Antrieb zum Handeln kam ihm stets aus der Praxis. Doch muß er einiges von den sozialistischen Lehren, ohne Zweifel die Ideen St. Simons, gekannt haben, die er als „Lehre unpraktischer Schwärmer“ ablehnte. 1849 führte er aus: „Die Prätension, diese [die soziale] Frage vollständig zu lösen, zeugt nebst vielem andern von der Anmaßung, Eitelkeit und Unwissenheit so mancher angeblichen Weltbeglückter unsrer Zeit. Ist doch nach ewigen Naturgesetzen diese sogenannte „soziale Frage“ so alt wie die Zivilisation und mit dieser untrennbar verbunden!“<sup>2</sup> Es ging Hanseemann nicht um eine grundsätzliche Lösung, sondern um eine Besserung, einen Fortschritt im allgemeinen, nicht nur in Einzelfällen, allerdings ohne Aenderung der bestehenden Gesellschaftsordnung. Seine Beweggründe waren dreifacher Art. Vom protestantisch moralischen Gesichtspunkt aus hielt er sich als ein auf höherer Stufe der Gesittung stehender Mann für verpflichtet, für die Hebung der Sittlichkeit in den unteren Volksschichten durch entsprechende Belehrung Sorge zu tragen. Der Kaufmann in ihm beurteilte die Lage vom Standpunkt einer gesunden Volkswirtschaft aus, für die die Hebung der Gesamtlebenshaltung nur von Vorteil sein konnte. Entscheidend aber für den Politiker Hanseemann war die Furcht vor einer Gefährdung des Bürgertums und damit des Staates von seiten der Besitzlosen, die nicht an den alten Ordnungen hingen, weil sie nichts zu verlieren hatten, also die Furcht vor einer Revolution

---

2. Verfassungswerk S. 67. Anm.

des vierten Standes, einem „Aufstand“ der geringeren Volksklasse“.<sup>3</sup>

Dementsprechend war die Hauptaufgabe des „Aachener Vereins zur Beförderung der Arbeitsamkeit“, durch Spar- und Prämienkassen die Arbeitsamkeit,<sup>4</sup> den Erwerbs- und Sparsinn zu fördern und den wirtschaftlichen Aufstieg zu erleichtern, sowie durch „Verwahranstalten“ für kleine Kinder einen Einfluß auf die Erziehung zu gewinnen. Als Politiker hat Hansemann sich vor allem für die zivilrechtliche Gleichheit und gegen die Ungerechtigkeit der Besteuerung eingesetzt, die die Armen stärker traf als die Besitzenden.

Hansemann kennzeichnete die „handarbeitenden Volksklassen“, denen er seine Fürsorge zuwandte, als Menschen, „deren Broterwerb nur auf den Verdienst des Tages angewiesen ist“,<sup>5</sup> als „nicht mit Grundbesitz versehene Staatsbürger der unteren Volksklassen (Proletarier)“.<sup>6</sup> Er verstand darunter alle Handarbeiter in Fabriken, im Handwerk (auch Handwerksmeister ohne Gesellen) und auf dem Lande, Dienstboten, durch Krankheit oder Altersschwäche Arbeitsunfähige und zeitweilig Arbeitslose,<sup>7</sup> soweit sie keinen Grundbesitz hatten. Eine klare begriffliche Scheidung zwischen Armut als einem zeitlosen sozialen Problem und Proletariat als der besonderen Erscheinung des kapitalistischen Zeitalters liegt bei ihm nicht vor. Die Notlage dieser Volksklassen glaubte Hansemann besonders auf wirtschaftlichem und auf moralischem Gebiete zu erkennen. Er tadelte Arbeitsscheu, Bettelei, „Hang zu einer besseren, nicht mit dem Verdienste in Verhältnis stehenden Lebensweise“,<sup>8</sup> Ver-

---

3. Br. u. Akt. S. 12 (1830).

4. Bei der Festlegung der Grenzen für die Wirksamkeit des Vereins wurde u. a. beschlossen: „1. daß die Arbeitsamkeit... die untere Volksklasse befähigt, ihren Unterhalt und eine genügende Bildung in sittlicher Weise zu erwerben, wodurch Bettelei und Armen-Unterstützungen sich vermindern; 2. daß die Arbeitsamkeit überhaupt das größte Mittel zur sittlichen Führung der Individuen der unteren Klasse ist und daß die Religiosität mit der Arbeit in den unteren Volksklassen verbunden, durch die Arbeitsamkeit vermittelt und erhöht wird.“ Thyssen S. 58.

5. Br. u. Akt. S. 12.

6. Politische Tagesfragen S. 136.

7. Thyssen S. 8, vgl. S. 79 ff.

8. Br. u. Akt. S. 12.

schwendung, Trunksucht,<sup>9</sup> Verkommen der armen Kinder ohne Aufsicht, Erziehung und Unterricht, nachlassende religiöse Gebundenheit und Hinneigung zum Genuß, „Verfall alter Sitten und Gewohnheiten“.<sup>10</sup>

Hansemann erkannte den Zusammenhang zwischen dem Fortschreiten der Industrie, der dadurch bedingten Teilung der Arbeit und der Verelendung der Arbeiterschaft, sowie der zunehmenden Schwierigkeit, überhaupt Arbeit zu erhalten.<sup>11</sup> Vor allem aber erblickte er einen Zusammenhang zwischen dieser Verelendung und dem Aufkommen kommunistischer oder, wie er dem Sprachgebrauch der Zeit folgend sagte, „demokratischer“, d. h. überhaupt revolutionärer Tendenzen.<sup>12</sup> Ja, er ging sogar soweit, den preußischen Staat um der Heeresverfassung und der allgemeinen Schulpflicht willen für die „Ausbildung und Verstärkung des demokratischen Elementes“ mit verantwortlich zu machen. Hier sprachen allerdings die Abneigung des steuerzahlenden Bürgers gegen das ihm zu kostspielig erscheinende preußische Militärwesen und ein sehr starker Bildungsdünkel mit, der die unteren Klassen nicht für wert hielt, an der eigenen Bildung teilzunehmen. Aber auch die Fortschritte in der Produktion von Lebensmitteln, insbesondere der Kartoffelbau (!), die Eisenbahnen, die durch Erleichterung des Reisens den Gesichtskreis erweiterten, und endlich der „Hospitalsgeist in der Staatsverwaltung“, das alles waren für ihn Erscheinungen, die die Lebenshaltung nivellierten und damit die Gefahr einer Revolution heraufbeschworen.

So kraß wie bei Hansemann kommt bei keinem anderen der rheinischen Liberalen der Bourgeoisstandpunkt zum Ausdruck. Trotz seines Eintretens für Gleichheit vor dem Gesetz und in der Besteuerung sah er im Grunde doch das Bürgertum als eine bevorrechtete Kaste an, die — neben dem Adel — allein Anspruch auf Besitz und Bildung hatte, in der allein Religion und

---

9. Verfassungswerk S. 334.

10. Br. u. Akt. S. 221 f.

11. Ebenda S. 12 (1830). Ähnlich 1834: „Durch die zunehmende Anwendung des Prinzips der Teilung der Arbeit“ erhält „der Stand der Proletarier stets neuen Zuwachs“ (Preußen u. Frankreich S. 259).

12. Br. u. Akt. S. 221 ff. (1840).

Sittlichkeit wirklich vertreten waren, während die „unteren Klassen“ als moralisch minderwertige gar keinen Anspruch auf Angleichung ihrer Lebenshaltung an die der oberen Klassen haben durften. Auf der anderen Seite erschien es ihm aber doch politisch gefährlich, eine zu große Zahl aus den unteren Volksklassen in diesem Zustande der Besitzlosigkeit und moralischen Minderwertigkeit zu belassen oder gar einer weiteren Vermehrung dieser Klasse durch aus dem Bürgerstande absinkende Elemente tatenlos zuzusehen. Er fürchtete den Aufstand, die Revolution des vierten Standes, die den Staat und die bürgerliche Gesellschaft gefährdete. Darum forderte er, man solle versuchen, eine möglichst große Anzahl der Absinkenden wieder ins Bürgertum hinaufzuziehen, um es auf diese Weise gegen die von unten drohende Gefahr zu stärken.<sup>13</sup> Das erschien ihm insofern nicht schwer, als grundsätzlich ein gewisser Besitz von jedem Staatsbürger mit ausreichender Beschäftigung erworben werden könne.<sup>14</sup> Einen rechtlichen Anspruch auf Hilfe hatten die Bedürftigen nach seiner Anschauung nicht, nur den auf Gleichheit vor dem Gesetz und bei der Besteuerung sowie auf einen gewissen Grad von bürgerlicher Freiheit.<sup>15</sup> Eine positive Verbindung der arbeitenden Klassen mit dem Staate erblickte Hansemann lediglich in der Tatsache der Besteuerung aller; die Steuer sollte einen jeden jederzeit an seine Zugehörigkeit zur Gemeinschaft des Staates erinnern.<sup>16</sup>

Die Beweggründe Hansemanns, sich zeit seines Lebens für eine — materielle — Besserung in der Lage der handarbeitenden Bevölkerung einzusetzen, entsprangen also nicht „sozialistischen“ Gedankengängen im heutigen Sinne, aber auch nicht reiner Menschenfreundlichkeit. Philanthropie hielt er für höchst verderblich. Er wünschte, den eigenen Stand, das besitzende und gebildete Bürgertum, vor den von „unten“ her drohenden Gefahren zu sichern. Er kämpfte, das war der Hauptinhalt seiner mit größtem Eifer und unter persönlichen Opfern geführten politischen Tätigkeit, um politische Rechte für seinen Stand,

---

13. Br. u. Akt. S. 222.

14. Ebenda S. 55.

15. Ebenda S. 241.

16. Politische Tagesfragen S. 136.



Rechte, die der wirtschaftlichen Stellung und Bedeutung des Bürgertums in einem wirtschaftlich aufblühenden Lande entsprechen sollten.<sup>17</sup> In diesem Kampfe sah er sich im Rücken bedroht, und da er gewissermaßen nicht zwischen zwei Fronten fechten wollte, suchte er etwaige politische Wünsche der sich stark vermehrenden Arbeiterschaft durch die Besserung ihrer wirtschaftlichen und zivilrechtlichen Lage abzulenken. Außerdem hoffte er, daß eine allgemeine Hebung des Wohlstandes das Eindringen „demokratischer“ Ideen, unter denen er hauptsächlich das Prinzip der Volkssouveränität verstand, verhindern werde, da jeder Besitzende ein Interesse an der Wahrung des bestehenden Zustandes habe. Nur derjenige, der nichts zu verlieren habe, erstrebe den Umsturz der bestehenden Verhältnisse.

Hansemann war sich weiter klar darüber, daß ein gesundes Wirtschaftsleben, das auch die Voraussetzung seiner eigenen Existenz bildete, sich nur in einem gesunden und starken Staat entfalten könne. Er sah sich also veranlaßt, für die Stärkung des Staates einzutreten, den Staat aufzufordern, sich dadurch vor einer Revolution zu schützen, daß er die Massen politisch ungefährlich mache. Als Grenzländer erkannte er ferner die außenpolitischen, von Frankreich her Deutschland und insbesondere Preußen drohenden Gefahren und forderte auch von diesem Gesichtspunkt aus einen starken Staat, der nicht durch Unruhen und die Unzufriedenheit weiter Kreise der Bevölkerung geschwächt werden durfte.<sup>18</sup>

Hansemann kann zwar das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, als erster in Preußen sozialpolitische Maßnahmen in bezug auf die Industriearbeiterschaft gefordert und z. T. auch selbst durchgeführt zu haben. Mit der Einrichtung von Kassen und Versicherungen, mit der Forderung nach rechtlicher und steuerlicher Gleichheit aller Staatsbürger hat er einen klaren Blick für das Notwendige gezeigt. Trotzdem kann man bei ihm nicht

---

17. Dazu ein Urteil Weils über ihn: „Das Bewußtsein von der Notwendigkeit einer aktiven Teilnahme der Bürgerklassen an der Leitung des Staates findet keinen erlauchteren staatsmännischen Repräsentanten als Sie“. 16. April 1847, Hist. Arch. Köln.

18. Dieser Gedanke kommt in allen Schriften Hansemanns zum Ausdruck.



von sozialer Haltung im heutigen Sinne sprechen. Da er nur Interessenpolitik des Bürgertums trieb und die Notwendigkeit der innigen Zusammengehörigkeit und inneren Verbindung aller Teile des Volkskörpers nicht sah, konnte ihm weder die Sicherung des Bürgertums noch die „Verbesserung des Loses der handarbeitenden Klassen“ gelingen. Kurz vor 1848 glaubte Hansemann wie die meisten anderen Liberalen nicht mehr an die Möglichkeit, die soziale Frage in seinem Sinne lösen zu können; die Regierung hatte offenkundig versagt. Er richtete daher sein ganzes Streben darauf, die Regierungsform zu ändern, und hoffte, daß es dem Bürgertum, wenn es erst selbst verantwortlich an der Regierung beteiligt war, gelingen werde, die notwendigen Maßnahmen durchzusetzen. Als Finanzminister hat er 1848 freilich selbst so gut wie gar nichts dazu beigetragen. Darum glaubte er auch 1849 in seinem Buche über das preußische und deutsche Verfassungswerk sich durch einen Hinweis auf seine vorhergegangene langjährige Tätigkeit zum Wohle der arbeitenden Klassen rechtfertigen zu müssen. — Alles in allem zeigt Hansemann eine sehr nüchterne, sehr kühle Betrachtung der Dinge ohne idealen Schwung, ohne klare weltanschauliche Grundlegung, vor allem ohne Anschauung der eigentlich volkbildenden Mächte. Sein Hauptrechenfehler bestand geradezu darin, daß er alle irrationalen Faktoren völlig außer acht ließ, daß er trotz eines gewissen äußerlich zur Schau getragenen Christentums im Grunde Materialist war. Es ist der Standpunkt des erfolgreichen Selfmademan, für den bei allen Dingen die wirtschaftlichen Interessen die ausschlaggebenden sind. So sahen ihn schon seine Zeitgenossen.<sup>19</sup> Er imponierte und stieß gleichzeitig ab durch die Klarheit, Zielbewußtheit und unverhüllte Nacktheit, mit der er seinen reinen Zweckmäßigkeitsstandpunkt stets in den Vordergrund stellte,<sup>20</sup> durch die Rücksichtslosigkeit seines Vorgehens, das stets das Interesse seines Standes im Auge behielt, aber nie auf Gewinn für die eigene Person abzielte. Nichts wäre verkehrter, als Hansemann, dem Liberalen, demokratische Gesinnung zuzuschreiben. Er war ein Aristokrat des

---

19. Camphausen, Schwann II S. 434 und 476, Haym S. 364 und 389.

20. Stark betont in seinem Vorwort zu Preußen und Frankreich.

Bürgertums. Als der repräsentativste und klarste Kopf mit dem stärksten Willen im liberalen rheinischen Bürgertum wurde dieser geborene Niedersachse bald der politische Führer der Rheinländer. Wenn man auch den rheinischen Frühliberalismus durchaus nicht mit Hansemann gleichsetzen darf, so wird man doch viele seiner Anschauungen bei den anderen wiederfinden. Es ist letzten Endes seine Auffassung der sozialen Frage, die alle dem Uebel tiefer auf den Grund gehenden Bestrebungen zum Scheitern brachte.<sup>21</sup>

### Ludolf Camphausen.

Von dem zweiten bedeutenden Führer des rheinischen Frühliberalismus Ludolf Camphausen liegen aus der Zeit vor 1844 überhaupt keine Äußerungen zur sozialen Frage vor, auch nicht in seinem ausgedehnten Schriftwechsel. Eingehende Kenntniss der Industriearbeiterschaft schien dem Bankier zu fehlen. Erst in seiner großen Rede für den Freihandel von 1845, also nach den Weberaufständen, die weiten Kreisen die Augen öffneten, nannte er die „Menschenanhäufung in Fabriken“ ein Unglück und bestritt, daß die Fabrikindustrie je dazu führen könne, die Leiden der arbeitenden Klassen zu stillen.<sup>22</sup> Diese Äußerung trug ihm den Ruf eines sozial gesinnten Mannes ein. Aehnlich wie Hansemann hielt er aber die Armut vorwiegend für eine unvermeidliche Begleiterscheinung der Zivilisation aller Zeiten. Ja, er ging noch weiter als Hansemann, indem er auch die Ungleichheit des Rechts für naturgegeben und darum für notwendig ansah: „Allerdings sind von jeher die Güter und Rechte des Lebens ungleichmäßig verteilt gewesen und sie werden es bleiben“, sagte er noch 1847.<sup>23</sup> Den ihm durch den „Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen“ zugemuteten Gedanken, „den

---

21. Bei Hansemann wird besonders deutlich, daß man auf keinen Fall, wie Schinkel dies tut (S. 90), sagen kann, die rheinischen Industriellen und Kaufleute hätten mit der revolutionären Bewegung sympathisiert, die Bourgeoisie hätte sich als Vorkämpferin der unterdrückten Klassen aufgespielt und sie später verraten. Dieser angebliche „Verrat“ ist nur logische Folgerung der gesamten vorhergegangenen Politik. Die Bourgeoisie hat nie für etwas anderes als ihre eigenen Interessen gekämpft.

22. Schwann, II S. 275.

23. Bleich III S. 1592.

arbeitenden Klassen das Gefühl ihrer Rechte und der Gleichheit ihrer Stellung mit uns anderen Menschenkindern beizubringen“, wies er mit Entrüstung von sich.<sup>24</sup> Im großen und ganzen hielt er die Lage der Arbeiterschaft für vorteilhafter, als allgemein angenommen wurde, wenn er auch zustimmte, daß es eine große Anzahl von Menschen gäbe, die in größter Dürftigkeit ihr Leben fristeten.

Erst die ungerechte Behandlung des ärmeren Teiles der Bevölkerung bei der Besteuerung, die 1847 auf dem Vereinigten Landtag zur Debatte stand, veranlaßte ihn, sich eingehender mit den Ursachen der Notlage zu befassen. „Niemand wird leugnen, daß vorzugsweise dem 19. Jahrhundert viele der Ursachen angehören, welche auf Beförderung der grelleren Gegensätze zwischen den Armen und den Reichen hingewirkt haben. Ich nenne Ihnen das Wachstum der Bevölkerung in einem langen Frieden [ein von Hansemann nie genannter, aber sehr wichtiger Faktor], die Erfindung von Maschinen, die Einführung von Eisenbahnen, die Teilung der Arbeit, die Konzentrierung der Arbeit in der Fabrikindustrie, das wachsende Uebergewicht des Kapitals und des Kredits.“<sup>25</sup> Mit dem letzten Gesichtspunkte ging er den Ursachen zwar schon tiefer auf den Grund, als Hansemann es getan hatte; er überlegte jedoch noch nicht, wie dem Uebelstande abzuhelpen sei.

In dem Auftreten einer Fabrikarbeiterschicht erblickte Camphausen wie auch Hansemann im Gegensatz zu den Sozialisten der Zeit keine Aenderung im Aufbau der Gesellschaft. Obwohl er die rechtliche Ungleichheit als eine unumstößliche, naturgegebene Tatsache ansah, war er doch der Ansicht, daß ein Aufsteigen aus den „unteren“ Schichten in die „oberen“ jedem jederzeit möglich sei. Jedes Streben der Unbemittelten, „durch eigene Anstrengung aus dem Stande geistiger und leiblicher Besitzlosigkeit in den Stand der Besitzenden hinüberzutreten“,<sup>26</sup> wollte er gern unterstützen. Denn die Sorge für die Erhaltung einer möglichst großen Zahl unabhängiger Staats-

---

24. Br. u. Akt. S. 696; vgl. auch Gesellschaftsspiegel I S. 26 ff. und Rhein. Jahrbücher I S. 230 f.

25. Bleich III S. 1591 f.

26. Schwann II S. 228.

bürger und Eigentümer war ihm äußerst wichtig. Aus der gesellschaftlichen Gliederung in Besitzende und Nichtbesitzende ergaben sich für Camphausen als zukünftige Forderungen an die Besitzenden das Bewußtsein der Verpflichtung (zur Wohltätigkeit usw.), an die Besitzlosen die Erkenntnis der Rechte der Besitzenden und Verständnis für die „Opfer“, die ihnen gebracht würden.<sup>27</sup> Grundlegende Reformen hielt er nicht für nötig.

Im Gegensatz zu Hansemann bedeuteten Camphausen die arbeitenden Klassen keine Gefahr für den Staat. Er stellte nur fest, daß sie infolge ihrer Besitzlosigkeit nicht am Staate interessiert sein könnten, daß diesem Mangel aber auf dem Wege über Sparkassen abzuhelfen sei. Die Regierung würde dadurch Schuldnerin der arbeitenden Klassen werden und sie somit „unmittelbar für die Stabilität der Regierung, für den ruhigen Flor des Landes“<sup>28</sup> interessieren. Das bedeutete ebenso wie bei Hansemann: von dem, der etwas zu verlieren hat, braucht man keine umstürzlerischen Pläne zu befürchten. Hier ist die einzige Stelle, an der für Camphausen die politische mit der „sozialen“ Frage verknüpft ist.

Im übrigen war er idealistischer gesonnen als Hansemann, bei dem er „Adel der Gesinnung“ vermißte.<sup>29</sup> Infolgedessen stellt sich seine ganze Haltung auch sehr viel doktrinäer dar. Er war sehr viel stärker der Mann des *laissez faire, laissez aller*, des freien Spiels der Kräfte, der freien Konkurrenz, des Freihandels usw., wenn er auch eine vollkommene Verwirklichung dieser Freiheit zu seiner Zeit für unmöglich hielt und eine staatliche Regelung des Verkehrswesens, vor allem der Staatseisenbahnen, anstrebte. Er erscheint als der individualistischste Typ unter den Vertretern des preußischen Frühliberalismus. Mevissen sagte 1843 von ihm, daß er „mit vollkommener Klarheit dem Prinzip der freien Persönlichkeit in allen Phasen seiner Entwicklung im Staat wie in der Kirche“ huldige,<sup>30</sup> und traf damit den Kern seines Wesens mit sicherem Blick. Darum überließ

---

27. Ebenda S. 227, III S. 417; Bleich III S. 1591 und öfter C. gebraucht immer wieder die gleichen Wendungen.

28. Schwann II S. 228 (Bericht der Sparkassenkommission).

29. Ebenda S. 434 und ähnlich öfter.

30. Br. u. Akt. S. 537.



Camphausen folgerichtig und bewußt auch die Lösung der sozialen Frage dem freien Spiel der Kräfte und hoffte, „daß der wachsende Sinn der Humanität den Weg zeigen werde zur Ueberwindung der Gefahren, welche die gesellschaftlichen Zustände in ihrem Schoße bergen“.<sup>31</sup> Wenn er selbst an einzelnen Stellen handelnd eingriff, so geschah es aus Mitleid, eben aus „Humanität“ und infolgedessen vorwiegend auf dem Gebiet der Wohltätigkeit. Zuweilen handelte er auch aus einem Gerechtigkeitsgefühl heraus, das allerdings zum großen Teil seiner Opposition gegen adlige Privilegien entsprang. Im ganzen war seine Aktivität in bezug auf die arbeitenden Klassen sehr viel geringer als die Hansemanns. Camphausens Bedeutung lag durchaus auf anderen Gebieten, besonders in der Anregung und vorbildlichen Durchführung großer Wirtschaftsunternehmungen und in seiner politischen Tätigkeit, die in der Hauptsache der Verfassungsfrage gewidmet war.

#### Gustav Mevissen.

Gustav Mevissen, 1815 geboren, war 25 Jahre jünger als Hansemann. Er stammte aus einer katholischen Familie, war aber in religiösen Dingen sehr weitherzig. Seine Haltung beruht bereits auf ganz anderen Voraussetzungen als die der älteren Generation des rheinischen Bürgertums.<sup>32</sup> Er hatte eine sorgfältige Ausbildung genossen und sich schon früh mit literarischen und philosophischen Studien beschäftigt. Der Siebzehnjährige wurde durch Heine mit den Gedanken St. Simons bekannt. Von nachhaltigem Einfluß war das mit 20 Jahren begonnene Studium Hegels. Für die Einstellung zu den sozialen Fragen seiner Zeit war es ferner von Bedeutung, daß Mevissen im Unterschied zu den Kaufleuten Hansemann und Camphausen Fabrikant war. Von seinem fünfzehnten Jahre an war er an verantwortlicher Stelle in der Zwirnfabrik seines Vaters tätig. Mit 23 Jahren unterbreitete er der preußischen Regierung auf deren Anfrage ein Gutachten über die im Niedergang befindliche Flachsspinnerei.<sup>33</sup>

---

31. Schwann III S. 417 dazu II 227.

32. Für den Entwicklungsgang Mevissens vgl. die Biographie Hansens, die das wertvollste bietet, was wir über einen der rheinischen Liberalen besitzen.



Im gleichen Jahre führte ihn eine Geschäftsreise in die wichtigsten Industriegebiete Englands und Frankreichs, bei der er Gelegenheit hatte, das Elend der englischen Fabrikarbeiter kennen zu lernen. Alles dies veranlaßte ihn frühzeitig, sich mit den Verhältnissen der Industriearbeiterschaft zu beschäftigen.

Im Unterschiede zu den bisher behandelten Männern sprach er fast nie von den „unteren“ Volksklassen, faßte auch den Ausdruck „arbeitende Klasse“ nicht so weit wie diese, sondern meinte damit fast ausschließlich die in der Industrie tätigen Fabrik- und Heimarbeiter.<sup>34</sup> Unter „Proletariern“ verstand er die „besitz- und rechtlose Masse“<sup>35</sup> aus den Industriegebieten. Mit „Pauperismus“ bezeichnete er allem Anschein nach das augenblickliche Elend der Arbeiterschaft, nicht wie die Zeit sonst vielfach die Erscheinung des Fabrikproletariats als solche.<sup>36</sup> Die Ausdrücke „soziale Frage“ und „Reform der sozialen Zustände“,<sup>37</sup> die Camphausen erst 1847 aufnahm und gegen deren Gebrauch Hansemann sich sträubte, waren ihm von vornherein geläufig. Die geringschätzige, herablassende Behandlung der Handarbeiter, die Hansemann und Camphausen auszeichnete, lag Mevissen durchaus fern. Er sah „inmitten der Gesellschaft eine von allen Genüssen der Gesellschaft, von mit dem Wesen der Menschen übereinstimmenden äußeren Zuständen ausgeschlossene Majorität“, die sich vorwiegend aus Fabrikarbeitern zusammensetzte, deren Löhne in vielen Gegenden Deutschlands zu keiner menschlichen Existenz hinreichten.<sup>38</sup> Er sah „grell dissonierende, soziale Ungleichheiten der Lage und der geistigen Entwicklung“ in den Städten. Die Not der deutschen Arbeiter schien ihm in einigen Gegenden noch größer als die der englischen, die er in einigen Artikeln der Rheinischen Zeitung geschildert hatte.<sup>39</sup> Vor allem hielt er das Elend des deutschen Fabrikarbeiters für einen dauernden Zustand, wenn nicht grundlegende Maßnahmen getroffen würden.

---

33. Hansen II S. 37 ff.

34. „Fabrikarbeiterklasse“, 1838, Hansen II S. 39.

35. Ebenda S. 129 f., auch für das Folgende.

36. Ebenda S. 162.

37. Ebenda S. 132, I, S. 358, 436 und öfter.

38. Hansen, II S. 151 f. auch für das Folgende.

39. Rhein. Zeitung 1842 Nr. 256, 261, 263.

Ueber die Ursachen der Not glaubte er bereits früh sich völlig klar zu sein. Die fortschreitende Industrialisierung, „die Anhäufung der Manufakturen an einem Zentralpunkt“,<sup>40</sup> die gänzliche Verdrängung des Ackerbaues aus einzelnen Bezirken, die Teilung der Arbeit, die freie, zügellose Konkurrenz, die den Preis der Arbeit, den Lohn, drücke, wiederkehrende Wirtschaftskrisen, die den Arbeiter, wenn sie ihn arbeitslos machten, infolge seiner Losgelöstheit von allen persönlichen und gesetzlichen Bindungen besonders trafen, die Konzentrierung des Besitzes in den Händen weniger, der sich immer stärker herausbildende Gegensatz von Kapital und Arbeit, kurzum das System der freien Wirtschaft, die liberale Grundhaltung der Zeit erzeugten und vermehrten seiner Ansicht nach das Proletariat.

Es handelte sich für ihn also weder um Armut im allgemeinen Sinne noch um eine vorübergehende Notlage, sondern um einen „tiefen Mangel im Prinzip der heutigen Gesellschaft“.<sup>41</sup> 1840 führte er aus: die soziale Erweiterung der Freiheit im Anschluß an Reformation und Revolution durch Lösung der feudalen und kirchlichen Bindungen sei dem an sich fortgeschrittenen Geiste noch nicht adäquat.<sup>42</sup> 1845 legte er nicht mehr so starken Wert auf die Freiheit, die ihm nur ein Kampf der auf Vorrechte gestützten Einzelfreiheit einiger weniger mit der rechtlosen Unfreiheit der Massen erschien. Stattdessen betonte er den Grundsatz der Gleichheit. Das Prinzip der Rechtsgleichheit sei zwar abstrakt ausgesprochen, aber von seiner konsequenten Durchbildung seien die Gesetzgebungen noch weit entfernt. Nur wenn das fortschreitende Bedürfnis nach Gleichheit aller in den staatlichen und sozialen Formen angemessene Befriedigung finde, sei eine friedliche Entwicklung der heutigen Gesellschaft, ein geistiger Fortschritt möglich.<sup>43</sup> Noch stehe die Arbeiterschaft in einem feindlichen Verhältnis zur bürgerlichen Gesellschaft. Die Arbeiter hätten aber auch gerechte Forderungen an die Gesellschaft, die befriedigt werden müßten. Ja, Mevissen stellte schon einen Anspruch des Arbeiters auf Arbeit

---

40. Hansen II S. 85 (1840).

41. Ebenda II S. 152.

42. Ebenda S. 91.

43. Ebenda S. 131 f.

fest<sup>44</sup> und verlangte 1847 Assoziationsfreiheit der unteren Volksklassen als ein heilsames Gegengewicht gegen den Egoismus der höheren.<sup>45</sup> Für den Fall der Nichterfüllung solcher gerechter Forderungen sah Mevissen den Staat und die Gesellschaft durch die Massen der Arbeiter bedroht. Die soziale Frage war ihm eine politische, vom Staate und der Gesellschaft, man könnte fast sagen von der Gemeinschaft um ihrer selbst willen zu lösende durch Eingriffe besonders auf den Gebieten der allgemeinen Volksbildung,<sup>46</sup> der Organisation der Arbeit sowie der gesamten Produktivkraft der Nation<sup>47</sup> und damit im Grunde durch Ueberwindung des Liberalismus selbst. Da aber vorläufig die Arbeiter infolge mangelnder Bildung und fehlender Organisation noch nicht befähigt seien, ihre eigenen Interessen wahrzunehmen, der Staat von sich aus auch nicht einschreite, hielt Mevissen das besitzende und gebildete Bürgertum für verpflichtet, hier anzusetzen, und zwar aus einem Gerechtigkeitsgefühl heraus, das in der Ungerechtigkeit einen Angriff auf die eigene Menschenwürde erblickte.<sup>48</sup> Die Mitwirkung der Arbeiter zu ihrem eigenen Wohle aber könne nicht erzwungen werden, sondern müsse aus ihrer entwickelten Einsicht frei hervorgehen.

Die Gedankengänge Mevissens sind von der sozialistischen Literatur seiner Zeit, von St. Simon z. B., stark beeinflusst. Er grenzte seine Auffassung jedoch deutlich gegen die der französischen Sozialisten ab. Freilich läßt sich eine Entwicklung bei ihm feststellen. Der Fünfundzwanzigjährige huldigte noch stärker dem Prinzip der freien Persönlichkeit und hatte deshalb an den Bestrebungen der Sozialisten besonders die Einschränkung der freien Tätigkeit des Individuums auszusetzen. Im übrigen war er damals noch der Ansicht, daß die Sozialisten nur der gegenwärtigen Kulturstufe den äußeren Ausdruck verschaffen wollten, dabei aber übersähen, daß die Menschheit von sich aus bereits

---

44. Ebenda II S. 162.

45. Ebenda S. 222.

46. Ebenda S. 106, 132 f., 162.

47. Dieser Gedanke zieht sich durch sämtliche Ausführungen Mevissens, soweit sie sich mit der sozialen Frage befassen, z. B. Hansen I S. 118, 138; II S. 85, 134, 150 ff., 162, 171.

48. Ebenda I S. 534, Anm. 2.

auf dem gleichen Wege sei. Fünf Jahre später glaubte er schon nicht mehr an eine freie Entwicklung in dieser Richtung, sondern wandte sich mehr einem staatssozialistischen Denken zu, wenngleich er den „Humanitätsgedanken“ nie ganz fallen ließ. In seinen noch zu behandelnden Einzelvorschlägen zur Lösung der sozialen Frage steckt viel sozialistisches Gedankengut. Sie tragen auch in der Zeit von 1845 bis 1847 nicht mehr die starke individualistische Note wie in den vorhergehenden Jahren. Doch unterschied sich Mevissen als bürgerlicher Industrieller auch weiterhin deutlich von den sozialistisch-kommunistischen Lehren seiner Zeit in seiner selbstverständlichen Anerkennung des Privateigentums und der Erbllichkeit des Besitzes. In den Jahren unmittelbar vor 1848 vertrat er den Gedanken einer stark national betonten staatlichen Planwirtschaft. Er dachte sich aus, daß der Staat die Regelung des gesamten wirtschaftlichen und sozialen Lebens nach einem großzügig entworfenen Plane vorzunehmen haben. Damit näherte er sich konservativen Gedanken staatlicher Bindung. Es handelte sich jedoch bei ihm nicht um ein Zurückgreifen auf alte Bindungen, sondern um ein Vorausahnen von etwas Neuem — um den Anfang einer Ueberwindung des schrankenlosen Individualismus und Liberalismus seiner Zeit. Seit 1848 verblassen diese Gedanken allerdings. Das Jahr 1848 bedeutet für ihn wie für die meisten Vertreter des frühen Liberalismus eine Wende: die Abkehr vom politischen Leben überhaupt.

Man könnte bei Mevissen wie auch bei einigen anderen Vertretern der jüngeren, zum Kreise der Rheinischen Zeitung gehörenden Generation die Frage aufwerfen, ob es berechtigt sei, sie — wenigstens für die Jahre von 1844 bis 1847 — überhaupt als Liberale zu bezeichnen. Diese Frage muß durchaus bejaht werden. Mevissen hat keine bewußte Kritik am Liberalismus geübt. Er fühlte sich den übrigen liberalen Abgeordneten, besonders Beckerath, aufs engste verbunden, wenn ihm auch ein gewisser Gegensatz zu Camphausen schon aus ihrer verschiedenen handelspolitischen Einstellung heraus bewußt war. Er kämpfte in den Reihen der Liberalen um ein Repräsentativsystem, um den politischen Fortschritt. Er stellte wie die anderen auch nach 1845 die Lösung der sozialen Frage gegenüber



der der politischen zurück, weil er den preußischen Staat in seinem Aufbau nicht für befähigt hielt, diese heikle Frage zu lösen. Er befand sich, wie er es 1847 selbst nannte, à la tête der äußersten Linken des liberalen Flügels der Abgeordneten. Es ist gewiß kein Zufall, daß dieser philosophischste Kopf unter den rheinischen Liberalen infolge seiner starken Hinneigung zum Sozialismus und seiner national gebundenen, darum konservativen Kreisen in manchem nahestehenden Einstellung die liberalen Dogmen von der Freiheit des Individuums anzuzweifeln begann und, seiner Zeit vorgreifend, bereits neue Bindungen und Ordnungen forderte, während reinen Vertretern des Wirtschaftslebens wie Hansemann und Camphausen diese Gedanken völlig fern blieben.

Die übrigen rheinischen Landtagsabgeordneten haben ihre Ansichten über das in Frage stehende Thema nicht im Zusammenhang geäußert. Doch wurden vom 5. Rheinischen Provinziallandtage an, der das erste Kinderschutzgesetz in Deutschland anregte, auf jedem Landtage Teilprobleme aus diesem Zusammenhang erörtert. Zu beachten ist hier freilich, daß die Anregungen dazu in entscheidenden Fällen von der konservativen Minderheit ausgingen.<sup>49</sup> Eine Beurteilung der Gesamteinstellung dieser liberalen Abgeordneten zur sozialen Frage ist daher erst nach der Darstellung ihrer praktischen Einzelvorschläge möglich. Im allgemeinen schlossen sie sich an die drei führenden Männer an. Nur von der Heydt, der schon vor 1848 konservativen Gedanken zuneigte, nahm eine Sonderstellung ein, die sich in seinem Verhältnis zu manchen Einzelfragen zeigt.

### Die Rheinische Zeitung.

Die Rheinische Zeitung war für das geistige Leben des Rheinlandes von besonderer Bedeutung, da sie unter ihren Mitarbeitern die meisten der auf politischem, philosophischem und wirtschaftlichem Gebiete den modernen Gedanken zugewandten Geister im Westen Preußens vereinte. Die sozialpolitische Einstellung der Rheinischen Zeitung als solcher darzustellen, ist jedoch im Rahmen dieser Untersuchung nicht möglich, da es

---

49. S. u. S. 91 ff.



sich wie bei den anderen Fragen auch hier nicht um eine einheitliche Stellungnahme handelte.<sup>50</sup> Jedenfalls wirkte die Zeitung außerordentlich aufrüttelnd und wagte es als erste große Tageszeitung Preußens, überhaupt auf soziale Uebelstände hinzuweisen, so z. B. in den Artikeln über die Winzernot an der Mosel, die zum Verbote der Zeitung beitrugen. Die späteren Ansichten einiger ihrer Mitarbeiter,<sup>51</sup> die nicht wie etwa Marx oder Heß dem sozialistischen Lager zuzurechnen sind, lassen sich in gewissem Grade aus ihren Reden erkennen, die sie bei der Gründung des Kölner Hilfs- und Bildungsvereines 1844/45 hielten. Natürlich geben diese Äußerungen kein abgerundetes Bild, lassen aber doch ungefähr die Gedankenrichtung erkennen.<sup>52</sup> Es handelt sich hier hauptsächlich um die Äußerungen der beiden Vorsitzenden Compes und Dr. D'Ester, des Kaufmanns und späteren Abgeordneten Franz Raveaux, des Assessoren Jung, der in besonders enger Verbindung zu Moses Heß gestanden hatte, Bürgers und Bergenroths.

Diese Männer erkannten die materielle und geistige Not der sogenannten arbeitenden Klassen an. Sie waren der Ansicht, daß, wie Bürgers es zusammenfaßte, die ganze Gesellschaft eine einige ungeteilte sei im Gegensatz zu der besonders durch Camphausen vertretenen liberalen Auffassung von der Einteilung der Gesellschaft in höhere und niedere Klassen. Die Not und Unwissenheit eines Teiles der Gesellschaft wirke auf den anderen zurück und mache ein wahrhaft menschliches Leben bei allen unmöglich. Die Rheinprovinz müsse das Prinzip der Wechselseitigkeit besonders anerkennen, da auch ihre übrigen Einrichtungen auf dem Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetze beruh-

---

50. Fruchtbar würde eine solche Untersuchung erst dann sein, wenn eine Vorarbeit vorläge, die die Anteile der einzelnen Mitarbeiter genau auseinanderhielte. Hermann König, Die Rheinische Zeitung von 1842—43 in ihrer Einstellung zur Kulturpolitik des preußischen Staates (1927) versagt hier leider vollständig. Hansen I S. 243 ff. bringt mehr.

51. Ein Kölner Regierungsbericht vom 13. Nov. 1844 nennt sie „Anhänger der ‚Rheinischen Zeitung‘ und des ‚Jungen Deutschlands‘“. Br. u. Akt. S. 683.

52. Protokoll der Verhandlung: Br. u. Akt. S. 678 ff., ausführliche Berichte: Gesellschaftsspiegel I, S. 23 ff. und 52 ff., Rhein. Jahrb., I S. 225 ff., vgl. Hansen I S. 243 ff. und 343 ff.

ten. Jung führte aus, die Bezeichnung „Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen“ sei nicht nur falsch, da alle Menschen arbeiteten, sondern sogar beleidigend, da eine schützende und eine beschützte Klasse vorausgesetzt und der sogenannten höheren Klasse die Aufgabe zugeteilt würde, die sogenannte niedere Klasse sittlich zu heben. Es sei aber durchaus nicht gesagt, daß die eine in sittlicher Beziehung wirklich höher stünde als die andere. Schließlich sei die Bezeichnung noch unpraktisch, weil nur ein gemeinschaftliches, ganz gleichberechtigtes Zusammenwirken aller Klassen das Selbstgefühl und mithin auch die Tatkraft der von der Ungerechtigkeit des Schicksals darniedergeworfenen Menschen erwecken könne. Dr. D'Ester endlich sprach den Grundsatz aus, daß ein jeder das Recht habe, von der ganzen Gesellschaft eine hinreichend belohnte Arbeit, d. h. Anteil am Genusse zu verlangen, wie er auch verpflichtet sei, nach seinen Kräften zum Nutzen der Gesellschaft zu arbeiten. Der Kölner Regierungsbericht an den Oberpräsidenten<sup>53</sup> vom 24. November 1844 faßte die „kommunistischen Tendenzen“ dahin zusammen, daß in der genannten Versammlung die steigende Not der arbeitenden Klassen als ein Gebrechen der Gesellschaft überhaupt erkannt worden sei, welche einer tief eingreifenden Reform bedürfe. Auch die anderen Regierungsberichte zeigten, wenn sie den Gedanken der klassenlosen Gesellschaft hervorhoben, daß sie durchaus verstanden hatten, worum es diesen Männern ging. Kommunisten waren sie allerdings nicht, denn keiner von ihnen dachte an Aufhebung des Privateigentums oder Gütergemeinschaft. Wohl aber waren sie „Sozialisten“, indem sie das erstrebten, was wir heute eine auf sozialer Grundlage beruhende Volksgemeinschaft nennen. Wir haben es bei dieser Gruppe mit einer nur in den Rheinlanden auftretenden Richtung zu tun, die gewissermaßen ein Verbindungsglied zwischen dem „Wahren Sozialismus“ und dem Liberalismus Mevissenscher Prägung darstellt.

Der Kreis der Rheinischen Zeitung zerfiel bald nach dem Eingehen des Blattes, und Mevissen äußerte sich auf eine An-

---

53. Br. u. Akt. S. 694 f.; vgl. auch S. 682 ff., besonders die Anmerkungen.

frage Hayms über die Lage in einem Brief vom 29. August 1847: „Die Rheinische Zeitung verbreitete die Ansichten der Deutschen Jahrbücher in weiteren Kreisen und war durchaus negativ und kritisch. Von den Mitgliedern des Aufsichtsrates und von den Genannten ist eine Fraktion (Jung, Bürgers usw.) zu vorwiegend sozialistischer Tendenz fortgeschritten. Eine zweite Fraktion wie Oppenheim und andere haben sich dem geistigen Leben der Nation entfremdet und wirken ausschließlich praktisch. Eine dritte Fraktion ist nach jener Periode des Sturmes zu einer milderen, das Bestehende mehr anerkennenden Weltansicht gelangt, wie Gervinus sie in der Deutschen Zeitung in einer etwas zu doktrinären Weise zur Geltung zu bringen sucht. Der letzteren Fraktion gehöre ich an.“<sup>54</sup> Auch Camphausen war einer der Mitarbeiter und dem ganzen jungen Kreise nahe befreundet.

#### Die Kölnische Zeitung.

Die Kölnische Zeitung trat seit 1843/44 zunächst unter der Leitung Andrees, dann Brüggemanns das Erbe der Rheinischen Zeitung an als — freilich gemäßigteres — wichtigstes liberales Organ des Rheinlandes. Sie übernahm auch eine Anzahl der sozialistisch eingestellten früheren Mitarbeiter der Rheinischen Zeitung, die neben den älteren Liberalen der Richtung Camphausen und Hanseemann auch zu Worte kamen. Die Kölnische Zeitung dieser Jahre ist äußerst wertvoll für die Erkenntnis, welche Haltung die rheinischen Liberalen zur sozialen Frage einnahmen, von Bedeutung aber auch durch die Art, in der sie ihrerseits die sozialen Anschauungen zu beeinflussen versuchte. Andree und Brüggemann, beides keine Rheinländer, waren Vertreter der jüngeren Generation der Liberalen wie Mevissen und die Hauptmitarbeiter der Rheinischen Zeitung.<sup>55</sup>

---

54. Histor. Archiv Köln, Nachlaß Mevissen, Konzept.

55. Buchheim, Stellung der Kölnischen Zeitung bes. S. 194 ff., S. 286 ff.; Geschichte der K. Z. II, bes. S. 255 ff., 291 ff., 327 ff. Buchheim hat in seinen Arbeiten über die Kölnische Zeitung die Ansichten der einzelnen Mitarbeiter, insbesondere die Andrees und Brüggemanns, eingehend gewürdigt. Es genügt daher hier eine kurze Zusammenfassung des für unsere Fragestellung wesentlichsten.

Der Geograph Karl Andree, der von einem nationalen Schutzzollsozialismus herkam, hat seine Ansichten zusammenhängend in einer „Industrie und Gesellschaft“ betitelten Artikelreihe im Frühjahr 1844 niedergelegt.<sup>56</sup> Er sah das ungeheure Elend unter den Industriearbeitern einschließlich der Heimarbeiter, das ihm aber keine notwendige Folgeerscheinung einer hochentwickelten Industrie zu sein schien, das er vielmehr durch staatliche Organisation der Industrie und der Arbeit, durch Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Assoziationen von Arbeitern und Unternehmern für aufhebbar hielt. Er sah richtig ein, daß ebenso wie die Gesellschaft ein Interesse an einer Verminderung des Gegensatzes von Kapital und Arbeit auch der Staat ein Interesse daran habe, dem Anwachsen der antisozialen Elemente, die sich in der Ausbeutung einer Klasse durch eine andere zeigten, einen Damm entgegenzusetzen. Wenn der Staat die Organisierung der Arbeit übernehme, werde das Interesse der Arbeiter unmittelbar ein Interesse des Staates werden. Nur auf diese Weise könne der Staat und zwar nur der Staat sozialen Stürmen vorbeugen.

Schilderungen der Not unter den heimararbeitenden Webern Schlesiens nahmen, schon bevor die Öffentlichkeit durch die Aufstände darauf aufmerksam gemacht wurde, einigen Raum in der Zeitung ein, sehr zum Mißfallen der Zensurbehörden, besonders da die veralteten Herstellungsmethoden und die Gleichgültigkeit der Bürokratie für die Notlage verantwortlich gemacht wurden. Als die Aufstände ausgebrochen waren, forderte die Kölnische Zeitung Zurückstellung der Fragen der „hohen Politik“ hinter die viel dringlicheren, dieser Not zu steuern. Andree hielt es aber für nötig, sich nicht nur mit der augenblicklichen Lage zu befassen. Er wünschte, daß man diese Ereignisse zum Anlaß nehme, um dem Übel von Grund aus abzuhelpfen. Er verwies auf seine schon angeführte Artikelreihe. Da es sich nicht mehr um private Angelegenheiten handle, sei eine Lösung nur durch strenge staatlichen Bindungen möglich.

Im Sommer und Herbst 1843 enthielt die Kölnische Zeitung eine Reihe von Artikeln eines ausgesprochen sozialistischen Pa-

---

56. Buchheim, Stellung der K. Z. S. 286 ff.



riser Korrespondenten, der besonders auf Proudhon hinwies, jedoch bezeichnenderweise in einer bürgerlich liberalen Zeitung nicht von Aufhebung des Privateigentums, sondern nur von Privatinteressen zu sprechen wagte.<sup>57</sup>

Vom Oktober 1845 ab übernahm Karl Heinrich Brüggemann, ein ehemaliger Burschenschaftler und Teilnehmer am Hambacher Fest, die Redaktion der Kölnischen Zeitung. 1855 faßte er die Grundsätze zusammen, die ihn geleitet hatten. Im Gegensatz zu Andree war er Gegner des Schutzzolles und hatte in einem früheren Werke, in dem er u. a. auch vom „Arbeiterstande“ sprach, List scharf angegriffen. Er hatte schon dort „Rettung der Proletarier aus der Schmach und Not des Pöbeltums“ als eine wichtige Aufgabe bezeichnet und zwar die „Umwandlung“ der Proletarier, also Aufhebung des Proletariats als solches gefordert, ein Prozeß, der gleichzeitig auch das „einzige irgend gründliche Heilmittel gegen den Kommunismus“ sein sollte. 1844 beteiligte er sich an der Gründung des Vereins zum Wohle der arbeitenden Klassen in Berlin. Bei seiner Übernahme der Zeitung hielt der Minister von Bodelschwingh auf Grund von Brüggemanns früherer Tätigkeit es für nötig, ihn vor einer „kommunistisch subversiven Tendenz“ zu warnen. Diese Warnung war gänzlich unberechtigt, da Brüggemann sehr viel stärker die Rechte des Individuums und den Wert des Privateigentums betonte, als Andree es getan hatte. Sie zeigt aber, wie stark die Regierung bei jeder Berührung der sozialen Fragen den Verdacht des Kommunismus hegte. Trotz dieser Warnung ließ Brüggemann sich nicht von einer eingehenden Erörterung sozialer Fragen abhalten. Er selbst wies in mehreren Artikeln<sup>58</sup> auf die Notwendigkeit einer Lösung dieser Frage hin, die für ihn Fragen der Industriearbeiterschaft und des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit waren, und zeigte dabei tiefes Verständnis für die wirklichen Ursachen. Die Ursache der „Massenverarmung der Neuzeit“ lag nach seiner Anschauung in an sich durchaus „preiswürdigen Maßregeln“, nämlich in der Auf-

---

57. Buchheim, Stellung der K. Z. S. 307 f. Dieser Korrespondent wurde dann aber auf Wunsch der Regierung aufgegeben.

58. Diese und die folgenden Ausführungen finden sich in einer Artikelreihe in Nr. 7, 9, 14, 21 und 30 der K. Z. 1847.



hebung der alten Schutzverhältnisse, des Zunftbannes und der Hörigkeit. Die ungehemmte Nationalproduktion habe dann den Gesamtreichtum zwar gesteigert, lasse aber unsäglich viel Arbeitskraft ungenutzt verkommen, während an zu befriedigenden Bedürfnissen kein Mangel sei. Die freie Konkurrenz, Wirtschaftskrisen, die Verbesserung der Maschinen drückten die Löhne. Eine Lösung all dieser Schwierigkeiten sei weder durch Wohltätigkeit, noch durch einzelne private Maßnahmen, sondern nur dadurch möglich, „daß der Staat, d. h. die bürgerliche Gesellschaft in ihrer Einheit und Solidarität alle ihr zu Gebote stehenden Mittel aufbiete zur Beförderung des Handels und der Industrie“, — also durch Arbeitsbeschaffung großen Stils. „Denn, daß der arbeitswillige Insasse Beschäftigung und Unterhalt finde (an anderer Stelle, „daß keine Arbeitskraft ohne Anwendung und ausreichenden Lohn bleibe“), das ist ein Servitut, welches, nachdem es nicht mehr auf der besonderen Scholle des einzelnen Grundherren haftet, nunmehr ein Servitut des gesamten Besitzes der Nation geworden ist.“ Der Hinweis auf die Schutzverhältnisse vergangener Zeiten ist besonders bedeutsam. Der Gedanke an sich steht denen Mevissens nahe, mehr noch aber denen der liberalen ostpreußischen Grundbesitzer und einiger Konservativer, bei denen sich Anfänge staatssozialistischen Denkens zeigten. Für Brüggemann folgte hieraus, obwohl er als Gegner Lists Verteidiger des Freihandelsgedankens war — sich hier also ein Bruch in seinem System auftut — eine Verurteilung des freien „inneren Verkehrs“ und der freien Konkurrenz. Er war der Überzeugung, daß je mehr die Flut des Fortschrittes wachse, es um so mehr notwendig werde, „Wogenbrecher anzubringen und an eine heilsame Verteilung der Flut, an künstliche Überrieselungsanlagen zu denken. Und das ist der Gedanke des Schutzsystems der Zukunft . . . Wir fordern Ausbildung der gesamten Industriekraft der Gesellschaft“<sup>59</sup> durch steigenden Aufwand 1. für Verbesserung der Kommunikationsmittel, 2. für Ausbildung des Kredits, 3. vor allem für Ausbildung der Arbeitskraft, sowohl der ausführenden wie der unternehmenden, und durch Errichtung eines eigenen Ministeriums, das die Leitung

---

59. K. Z. 1847.

der ganzen Volkswirtschaft. Industrie, Landwirtschaft, Gewerbe und Handel, umfaßt.

Andree und Brüggemann verfolgten die liberalen Gedanken nicht mehr konsequent wie Hansemann und Camphausen, sondern traten, wie sich aus all ihren Äußerungen ergibt, mehr oder weniger stark für die Einordnung des isolierten einzelnen in neue Bindungen ein. Sie machten damit einen Versuch, den Liberalismus in sich aufzuheben, ohne aber in ihrer Zeit, die noch weiteren Ausbau der liberalen Gedanken anstrebte, durchdringen zu können.

### Die übrigen Zeitungen.

Von den übrigen Zeitungen des Rheinlandes erreichte keine die Rheinische und die Kölnische Zeitung an Gehalt und Bedeutung. Die Aachener Zeitung stand seit Ende der dreißiger Jahre so stark unter dem Einfluß Hansemanns, der selbst an ihr mitarbeitete, daß sie nur als eine, allerdings verwässerte Wiedergabe der Hansemannschen Meinung anzusehen ist.<sup>60</sup>

Nach einer aus dem Jahre 1847 stammenden, als Sonderdruck erschienenen Artikelfolge der Düsseldorfer Zeitung: Die Zustände der arbeitenden Klasse (ein Beitrag zur sozialen Reformation des 19. Jahrhunderts) hat auch diese Zeitung sich mit der sozialen Frage befaßt. Der Artikel setzte sich vor allem mit der Erscheinung der Arbeitslosigkeit und dem „durchaus verkehrten“ System der Armenverwaltung auseinander. Eine der Grundursachen für die Übelstände sah der Verfasser in dem „Übergewichte, welches das Geldkapital über das Arbeitskapital oder den Arbeiter“ erlangt habe. Aus der Anschauung heraus, daß die Arbeitskraft des Arbeiters ein Kapital sei, das stets „rentbar“ gehalten werden müsse, kam der Aufsatz zur Feststellung des Rechtes auf lohnende Arbeit, ein Gedanke, der überhaupt in der Zeit ziemlich verbreitet gewesen sein muß, und zur Ablehnung jeder Art von Wohltätigkeit. Zweck der Maßnahmen die hier zur Linderung, bzw. zur Behebung der

---

60. Vgl. Robert Holthöfer, die Stadt Aachener Zeitung 1815—1848, 1920, dazu auch Camphausen an seinen Bruder (30. März 1847): Hansemann „mitsamt der Zeitung, die er kommandiert.“ Hist. Arch. Köln.

Arbeitslosigkeit und Neuordnung der Armenpflege angegeben wurden, war jedoch letzten Endes der gleiche wie bei Hansemann: Sicherung des besitzenden Bürgertums vor den aus dem Proletariate drohenden Gefahren. Die Selbstbezeichnung des Verfassers als eines „Proletariers“ ist daher bewußt irreführend.

Die Trierer Zeitung hatte sich in den vierziger Jahren zu einem Organ des „Wahren Sozialismus“ ausgebildet und betonte im Gegensatz zu den Bestrebungen des liberalen Bürgertums die Vordringlichkeit der sozialen gegenüber der politischen Frage. Sie wurde von der Regierung geduldet, um ein Gegengewicht gegen die unbequemen Tendenzen der Kölnischen Zeitung zu bilden,<sup>61</sup> und erfreute sich immerhin eines größeren Ansehens in der Rheinprovinz als die sich nur mühsam haltenden gouvernementalen Blätter: die Rhein- und Moselzeitung, der Rheinische Beobachter u. a.

Noch stärker sozialistisch eingestellt war die von Moses Heß herausgegebene Monatsschrift „Gesellschaftsspiegel“, deren Untertitel („Organ zur Vertretung der besitzlosen Volksklassen und zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Zustände der Gegenwart“) die Absichten des Herausgebers aufs deutlichste klarlegt. Heß betonte in seinem einführenden Artikel über „die gesellschaftlichen Zustände der zivilisierten Welt“, daß „weder einzelne Klassen unserer Gesellschaft, z. B. die Klasse der Besitzer, noch diese oder jene Regierungsform, am allerwenigsten die menschliche Natur die Grundursache der vielfachen Übelstände ist, unter deren Last wir seufzen. Denn keine Klasse der Gesellschaft würde so sorglos sein, ihre Mitmenschen im Elende zu lassen, stände ihr ein Mittel zu Gebote, alle ihre Mitmenschen glücklich zu machen. Erleben wir es ja täglich, daß gerade unter der Klasse der Besitzenden, ohne Zweifel deshalb, weil sie zugleich die gebildete ist, die Versuche, unsre gesellschaftlichen Zustände gründlich zu verbessern, den tiefsten Anklang, die regste Teilnahme finden.“<sup>62</sup> An anderer Stelle lehnte er die Auffassung von Lorenz von Stein, der Sozialismus habe seinen

---

61. Die Arbeit von W. Becker, die Presse des deutschen „wahren“ Sozialismus in der Bewegung der vierziger Jahre (1921) enthält nur den ersten Teil über die Trierer Zeitung.

62. Gesellschaftsspiegel I 1.

Ursprung im Proletariat und bei diesem in der Not des Magens, mit Entrüstung ab und berief sich auf die Idee der Humanität, des Mitgefühls mit den Leiden der Menschheit.<sup>63</sup> Ursache aller gesellschaftlichen Leiden war seiner Ansicht nach „allein die freie Konkurrenz, allein der Privaterwerb, allein der Mangel einer organisierten Arbeit, eines organisierten Verkehrs und einer organisierten Erziehung“.<sup>64</sup> In der Berufung auf das Humanitätsideal traf sich Heß mit den Liberalen Camphausen und Mevissen. Mit Mevissen, Andree und Brüggemann verband ihn die Ablehnung der freien Konkurrenz. Unter organisierter Arbeit und Erziehung aber stellte er sich freilich etwas anderes vor als die Liberalen. Der Gesellschaftsspiegel brachte Berichte, die grelle Schlaglichter auf die grauenhaften Zustände in den Industriegebieten warfen. Versuche statistischer Aufstellungen über die Zahl und die Lebensverhältnisse des Proletariats, das in Köln bei einer Einwohnerzahl von 78 500 auf 48 800 Köpfe berechnet wurde. Daneben verfolgte die Zeitschrift die Verhandlungen des rheinischen Provinziallandtages über die Gesindeordnung und Steuerreform mit reger Anteilnahme und berichtete ausführlich und anerkennend über den Kölner Hilfs- und Bildungsverein und andere Einrichtungen zugunsten der handarbeitenden Bevölkerung. Dem Gesellschaftsspiegel ähnlich in Anlage und Haltung waren die von Püttmann herausgegebenen, nur weniger philosophisch eingestellten „Rheinischen Jahrbücher“.

Bei den wichtigeren rheinischen Zeitungen war somit durchaus Interesse für die sozialen Fragen vorhanden. Unter den liberalen Organen fanden sich zwei Richtungen, die eine, die sich als die Hansemannsche bezeichnen ließe und die die Aachener Zeitung vertrat, aber auch in der Kölnischen und Düsseldorfer zu Worte kam, die andere mehr philosophisch-sozialistische der Rheinischen Zeitung, die dann später deutlicher in der Trierer Zeitung und im Gesellschaftsspiegel und abgeschwächer in der Kölnischen Zeitung ausgebildet wurde. Man wird sich

---

63. Über die sozialistische Bewegung in Deutschland, Neue Anekdoten S. 188 ff.

64. Gesellschaftsspiegel I S. 3.



aber vor einer Überschätzung dieser sozialistischen Richtung hüten müssen. Die politisch und wirtschaftlich maßgebenden Männer waren Hansemann und Camphausen, deren Einstellung, nach einem kurzen Aufflackern breiteren Interesses für die soziale Frage in den Jahren 1844/45, doch wieder die für den rheinischen Liberalismus des Vormärz beherrschende Richtung wurde.

Wie gering das Verständnis für die soziale Frage in liberalen Kreisen noch 1848 sein konnte, zeigt ein Artikel der Deutschen Zeitung vom 20. März, der zwar die Wichtigkeit der „sozialen Frage“ anerkennt, aber anschließend fortfährt: „Ein eigentliches Proletariat, eine Armut, die mit jeder folgenden Generation nur hoffnungsloser wird, bis zuletzt die ganze unterste Klasse in einen animalischen Zustand versinkt . . . besteht in Deutschland kaum in größeren Städten und dort erst in den ersten Anfängen.“ Die Zeitung ist deshalb geneigt, sich auf „Vorschläge“, die den sozialen Mißständen vorbeugen, einzulassen, lehnt aber in demselben Artikel die in der badischen 2. Kammer zu diesem Zwecke gemachten Anregungen ab. Ob sie erst noch auf ein weiteres Umsichgreifen des „animalischen Zustandes“ warten wollte?

### Heinrich von Sybel und Friedrich Christof Dahlmann.

Heinrich von Sybel war der Sohn eines tätigen liberalen rheinischen Landtagsabgeordneten in Düsseldorf. Seit 1845 wirkte er zwar in Marburg, beschäftigte sich aber in einer kleinen zwei Jahre später erschienenen Schrift mit den „politischen Parteien der Rheinprovinz“ auf dem Landtage von 1845, und zwar besonders mit den der höheren Bourgeoisie angehörenden Liberalen. Er stellte fest, daß die Liberalen, je bestimmter sie ihren politischen Anspruch auf die Macht des Besitzes gründeten, desto heftiger auf der anderen Seite vom politischen Radikalismus und von den kommunistischen Tendenzen angegriffen würden. „Den weltgeschichtlichen Grund“ der kommunistischen Bewegung sah er in dem „furchtbaren Elend des Proletariats“. Diese Tatsache müsse wissenschaftlich auf ihre Ursachen hin untersucht werden, die in den Eigentumsverhält-



nissen lägen. Strafgesetze und polizeiliche Maßregeln erreichten hier nicht das geringste, es käme allein darauf an, den Proletarier zu überzeugen, daß die kommunistische Lehre ihn selbst zugrunde richte, daß sein Heil nicht in der Vernichtung, sondern in der Entwicklung des Privateigentums liege. In welcher Weise diese Überzeugung gewonnen werden könnte, sagt Sybel allerdings nicht. Er meinte, gegen den Einfluß kommunistischer Ideen gäbe es nur ein Mittel, „feste Anknüpfung des Bürgerstandes an die Staatsgewalt durch politische Berechtigung“, ein Standpunkt, der trotz aller Kritik am Liberalismus dem Hansemanns sehr nahe kam.

Bei Friedrich Christof Dahlmann, der seit 1842 seinen Wirkungsbereich in Bonn hatte, findet sich bis 1848 überhaupt keine Äußerung über die soziale Frage. In der „Politik“ ist in beiden Ausgaben von den Schichten unterhalb des Mittelstandes nur ein einziges Mal die Rede, und zwar in bezug auf das Schulwesen. Dahlmann meint, man dürfe dem Armen die Arbeitskraft seiner Kinder nicht durch zu viel Unterricht (!) entziehen.<sup>65</sup> Er sah den Mittelstand so unbedingt als den Kern der Bevölkerung an, daß er der Regierung riet, nur ihn vornehmlich zu beachten, „denn in ihm ruht gegenwärtig der Schwerpunkt des Staates“.<sup>66</sup>

In der „Geschichte der Französischen Revolution“ die ebenso wie die der englischen aus Bonner Vorlesungen hervorgegangen war, werden die sozialen Verhältnisse als Ursachen überhaupt nicht berücksichtigt. Das ganze Buch ist auf dem Gedanken aufgebaut, daß die Französische Revolution durch eine rechtzeitig gegebene Verfassung hätte vermieden werden können. So glaubte Dahlmann auch 1830 und 1848, daß dem Ausbruch einer Revolution, einer „Pöbelherrschaft“, nur durch eine Verfassung vorgebeugt werden könne.<sup>67</sup> In seinen Auswirkungen ist das derselbe Gedanke wie bei Sybel und bei Hansemann, nur mit dem grundlegenden Unterschied, das Hansemann die Industriearbeiterschaft seiner Zeit kannte, während

---

65. Politik, S. 242.

66. Ebenda S. 200.

67. Franz. Rev. S. 49 u. ö., Bonner Professorenadresse, Springer II S. 207.

Dahlmann keine Ahnung von dieser Wirklichkeit hatte und seine Vorstellungen von Revolution und Pöbelherrschaft lediglich aus der Geschichte der Französischen Revolution bezog. Er erkannte gar nicht, daß es nicht mehr allein um die Herrschaft des dritten Standes ging, erkannte nicht, daß ein vierter Stand bereits vor der Tür stand, der den Anspruch stellte, im politischen Leben berücksichtigt zu werden. Noch 1852 schrieb er an Gervinus, daß er „mit den Massen und vor allem mit dem vierten Stande nichts recht anzufangen“ wisse.<sup>68</sup> Es ist geistesgeschichtlich von höchster Bedeutung: gerade Dahlmann betonte die politische Aufgabe des Historikers, den engen Zusammenhang, ja die Wechselwirkung von Politik und Geschichtswissenschaft und war selbst Historiker und Politiker. Eben dieser Politiker unter den Historikern aber erkannte die wichtigste gesellschaftliche Erscheinung des 19. Jahrhunderts, das Aufkommen des Proletariats, und die Gesellschaftslehren des französischen Sozialismus und Kommunismus mit ihrer neuen Geschichtsphilosophie überhaupt nicht. Und das in einer Zeit, da ein Lorenz von Stein sich in einer Anzahl größerer Arbeiten mit dem Sozialismus und Kommunismus, mit der Erscheinung des Proletariats als eines historischen Faktums, dem Begriff der Arbeit und anderem mehr auseinandersetzte,<sup>69</sup> weil er einen offenen Blick für das Kommende besaß. Dahlmann faßte als Liberaler den Begriff Politik zu eng und glaubte, sie von dem sozialen Leben und dem Aufbau der gesamten Gesellschaft trennen zu können.

Der Überblick über die Stellung führender rheinischer Liberaler aus Kreisen der Industrie und des Handels, der Presse und der Akademiker zur sozialen Frage, der unvollständig ist und sein muß, weil er nur einzelne, besonders an die Öffentlichkeit getretene aus der großen Zahl der liberal gesinnten Männer herausgreifen konnte, zeigt doch zweierlei. Mit Ausnahme von Dahlmann, den der Zufall erst im reifen Mannesalter in die Rhein-

---

68. Springer II S. 391.

69. Vgl. hierfür besonders H. Nitzschke, Die Geschichtsphilosophie Lorenz von Steins, Beih. 26 der Histor. Zeitschrift 1932.

lande verpflanzte und der darum am wenigsten diesen Kreisen zuzuzählen ist, haben alle hier behandelten Männer in mehr oder weniger starkem Maße eine soziale Frage gekannt, die durch die Bildung einer Industriearbeiterschaft aufgeworfen worden war. Alle erkannten die Notlage einer großen Bevölkerungsschicht und die politische Bedeutung dieser Klassen — Camphausen noch am wenigsten. Aber das ist auch das einzige allen Gemeinsame, das sich feststellen läßt. In bezug auf Ursachen und Folgen dieser Erscheinung, das Verhältnis der Arbeiterschaft zum Staate, die Lösungsmöglichkeiten der sozialen Frage herrschen die größten Verschiedenheiten der Auffassung. Die wichtigsten Mitarbeiter der Rheinischen und Kölnischen Zeitung sowie Mevissen als Vertreter der jüngeren Generation unter den Industriellen standen den sozialen Fragen ihrer Zeit sehr viel offener gegenüber als die beiden älteren Führer des rheinischen Liberalismus und die übrigen Landtagsabgeordneten. Hansemann meinte, die Beschäftigung mit dem Proletariat nur als ein Mittel zum Zweck der Sicherung des Bürgertums ansehen zu sollen. Camphausen und manche andere verkannten überhaupt die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit diesen Fragen. Sie sahen nur Not und wollten aus einem der Zeit in starkem Maße eigenen Humanitätsgefühl heraus helfen. Das zeigt sich besonders deutlich bei Beckerath, wenn er von „unseren ärmeren Brüdern“ spricht. Das Humanitätsgefühl spielte auch bei Mevissen eine Rolle, aber bei ihm wie bei den Redakteuren der Kölnischen und einigen Mitarbeitern der Rheinischen Zeitung lag eine tiefere Schau der Dinge vor, die treffender die Lebenszusammenhänge im Aufbau des Volkes und die politischen Zusammenhänge zwischen Volk und Staat ins Auge faßte. Andererseits blieb es bei allen außer Hansemann bei Anregungen und theoretischem Interesse — abgesehen von ihrer Landtagsarbeit, während Hansemann mit größter Hartnäckigkeit und Zähigkeit seine Ansichten und Forderungen wenigstens teilweise durchgesetzt hat und einer von den wenigen praktischen Sozialpolitikern vor 1848 wurde.

Wenn schon die Stellungnahme einer verhältnismäßig geschlossenen Gruppe unter den preußischen Liberalen des Vormärz zur sozialen Frage nicht einheitlich war, so ist anzuneh-

men, daß auch bei den übrigen Liberalen verschiedene Auffassungen herrschten. Ein paar Stichproben werden die Berechtigung dieser Annahme erweisen.

### Die Liberalen der anderen preußischen Provinzen.

#### Die Westfalen.

Der westfälische Industrielle Friedrich Harkort, der der Generation Hansemanns angehörte, hat die soziale Frage in besonderen Schriften behandelt. Die bedeutendste, „Bemerkungen über die Hindernisse der Zivilisation und Emanzipation der unteren Klassen“, erschien 1844 und wurde im Winter 1843/44, also noch vor den Weberaufständen geschrieben. Harkort befaßt sich darin mit der Lage der gesamten Bevölkerung in Stadt und Land. Ausgenommen wurde allein der Stand der Bergarbeiter. Harkort war der Ansicht, daß sich hier infolge der festgesetzten Arbeitszeit von 8 bis 12 Stunden, der Knappschaftsverbände, die Unterstützung in Krankheitsfällen und bei Invalidität sicherten, sowie infolge des wenn auch kleinen Grundbesitzes eines jeden Knappen ein Proletariat nicht bilden könne. Das für ihn entscheidende Merkmal, das den Proletarier von der bürgerlichen Gesellschaft trennte, war also nicht die Art der Arbeit oder die soziale Stellung, sondern die mangelnde Bildung, der fehlende Besitz, vor allem der Grundbesitz und die menschliche und wirtschaftliche Isolierung, ohne daß er sich über die zuletzt genannte Begründung wirklich klar geworden wäre.

Die trostlose Lage der ärmeren Bevölkerung, insbesondere der Fabrikarbeiter und der heimarbeitenden Weber wird eingehend von ihm beschrieben. Als Fabrikbesitzer in dem bedeutendsten Industriegebiet des damaligen Deutschland kannte er die Not, wie er selbst sagt, aus eigener Anschauung. Übermäßig lange Arbeitszeit, unzureichende Löhne, Kinderarbeit, Ausnutzung aller Arbeitenden durch die Fabrikanten, insbesondere infolge des allgemein üblichen Trucksystems, d. h. der Entlohnung in — minderwertigen — Waren (Schnaps) statt in Geld, Hungersnöte in Zeiten der durch die Wirtschaftskrisen bewirk-



ten Arbeitslosigkeit, schlechte Wohnungsverhältnisse und vor allem gänzlicher Mangel an Bildung kennzeichnen die Lage dieser Ärmsten unter den Armen.

Unter den Angaben über die Ursachen dieses Elends finden sich bei Harkort einige Inkonssequenzen. Sein liberaler Fortschrittsglaube, seine starke Überschätzung der Bildung und des Gebildetseins, sein Glaube, daß das Gute wissen schon das Gute tun heiße, führte ihn dazu, die Hauptursache allen Übels in der mangelnden Volksbildung zu sehen, wofür er den Staat verantwortlich machte. Infolge dieses Mangels fehlten nach seiner Anschauung auch Sittlichkeit und Sparsamkeit. Harkort konnte auch gelegentlich behaupten, er habe während einer langen industriellen Erfahrung noch stets die Regel wahr gefunden, daß Arbeit durchschnittlich ihren Mann ernähre, sofern das Individuum mit dem Erworbenen hauszuhalten wisse. Er glaubte sogar, daß der Arbeiter bei genügender Sparsamkeit imstande sein müsse, allein, ohne Hilfe von außen, über Zeiten der Arbeitslosigkeit hinwegzukommen. Auf der anderen Seite erkannte er aber doch deutlich die Ausbeutung der Arbeitskräfte durch die meisten Fabrikbesitzer. Von den Webern sagte er, daß bei ihnen an Ersparnisse überhaupt kaum zu denken sei. Er sah die Übermacht des Kapitals, dem der Arbeiter auch in Organisationen nicht die Spitze bieten konnte. Ja, er war sogar der Überzeugung, daß das Übel schon zu weit vorgedrungen sei, als das man die Fabrikherren noch allein für das Auskommen der Arbeiter verantwortlich machen könne. Der Staat müsse einschreiten, um dem Pauperismus zu steuern. So machte Harkort also praktisch nicht nur die mangelnde Volksbildung, wie er selbst behauptete, sondern auch die industrielle Entwicklung des 19. Jahrhunderts mit ihrer freien Konkurrenz und den immer stärker sich herausbildenden Gegensatz von Kapital und Arbeit für die große Armut unter der handarbeitenden Bevölkerung verantwortlich.

Er glaubte durch Bildung und Erziehung die Armut, das Proletariat als solches aufheben zu können. Vor allem aber verkündete er ein neues Ethos der Arbeit und eilte damit seiner Zeit voraus. Seine Ausführungen gipfeln in der Forderung: „Man sichere durch eine tüchtige Erziehung allen Menschen die



freie Entwicklung ihrer Anlagen und räume die Hindernisse weg, um durch Arbeit zum Eigentum zu gelangen. Mit der Arbeit muß die Ehre verbunden sein, man wasche den Makel ab, den dunklere Zeiten der Vorurteile daran geheftet“. „Arbeit ist die Quelle der allgemeinen Wohlfahrt, in der zweckmäßigen und fortlaufenden Verwendung der Arbeitskraft ruht das Geheimnis, den Staat blühend und seine Bürger glücklich zu machen“.

Sollte die organische Eingliederung der Massen in die bürgerliche Gesellschaft, „in ein wahres Bürgerleben“, durch Bildung und Arbeit nicht gelingen, so fürchtete Harkort ernstlich die Bedrohung des Staates durch jenes „heimatlose Gefolge der Industrie“, dessen einziges Band an die Gesellschaft bisher der Sold gewesen sei. Darum hielt er den Staat für verpflichtet, in seinem eigenen Interesse die Hindernisse, die der „Zivilisation und Emanzipation der unteren Klassen“ entgegenstünden, zu beseitigen und dem „Volke auch eine politische Bildung zu teil werden“ zu lassen. Die Bedeutung der unteren Klassen für den Staat, die vorläufig eine negative sei und eine positive werden könne und solle, sah Harkort genau so gut wie Hansemann. Seine theoretischen Einsichten und die Wege, die er praktisch zur Erreichung seines Zieles beschreiten wollte, waren aber vielfach so grundsätzlich verschieden, daß sie einander ausschließen mußten. Der Gedanke des Laissez-faire war so stark in ihm, daß er dem Staat keine wirklich neuordnenden Funktionen zustehen wollte außer der Einrichtung von Schulen jeder Art. Er wünschte vorwiegend Beseitigung der Hindernisse, also noch weitere Freiheit, abgesehen von bestimmten notwendigen polizeilichen Maßnahmen. Er vertraute darauf — ähnlich wie Camphausen — daß die Menschheit aus sich heraus schon den richtigen Weg beschreiten werde. „Als Folge der steigenden Bildung fängt eine Riesenmacht, der Geist der Assoziation, an, sich nach allen Richtungen zu entfallen, ihm vertraue der Staat die Organisation der Arbeit an, und wir werden Wunder sehen. Aber der Geist der Bevormundung, welcher so manche aufstrebende jugendliche Kraft erstickte, muß verschwinden; der Staat fördere nur die Intelligenz, räume die gesetzlich ererbten Übel der Gesellschaft hinweg und überlasse den Preis dem Wettkampf

aller“.<sup>70</sup> „Das Volk kann und wird sein eigener Retter sein; dafür leistet der gesunde Sinn desselben Bürgschaft“.<sup>71</sup>

Harkorts Urteile über die kommunistischen und sozialistischen Systeme seiner Zeit, die er zu kennen vorgibt, sind reichlich oberflächlich und widerspruchsvoll.<sup>72</sup> Unterscheidungen zwischen Sozialismus und Kommunismus machte er nicht. Sogar die englische Armentaxe nannte er eine kommunistische Einrichtung. Die Systeme von Baboeuf, Cabet, Fourier und Owen verurteilte er wegen ihrer Einseitigkeit. St. Simon ließ er noch am ehesten gelten. Am abfälligsten wurde Weitling abgetan. „Der Schneider Weitling stahl die Gedanken der Franzosen und fertigte aus diesen Lappen den Einband seines Armensünder-evangeliums“. Zusammenfassend äußerte Harkort: „Alle diese Lehren und Systeme scheiterten an der Unantastbarkeit des Eigentums und Heiligkeit der Ehe oder an der geistigen Freiheit“. Trotz dieser offenen Ablehnung aller sozialistischen und kommunistischen Lehren wurde seine Schrift doch von dem „Gesellschaftsspiegel“ als „höchst interessant“ empfohlen. Ihr unbestreitbarer Wert lag darin, daß von einem bekannten liberalen Abgeordneten und angesehenen Fabrikanten die Notlage der Arbeiterschaft offen anerkannt wurde, ferner in der Ehrung der körperlichen Arbeit und dem leidenschaftlichen Eintreten für erhöhte Volksbildung. Von allen übrigen Liberalen unterschied sich Harkort dadurch, daß er als einziger auch 1848 die soziale Frage stets über die politische stellte, und daß er den Optimismus besaß, das Bürgertum könnte aus sich heraus ohne Einwirkung des Staates die soziale Frage lösen, wenn der Staat nur nicht hindernd dazwischen trete.

Der Freiherr G. von Vincke, der „Löwe des Vereinigten Landtages“ und neben Hansemann der heftigste und gefährlichste Gegner der Regierung, stand in seinen Auffassungen über

---

70. Bemerkungen über die Hindernisse der Civilisation S. 82. Vgl. dazu „Vereine zur Hebung der unteren Volksklassen“ aus der Widmung: „Wir stehen am Vorabend eines großen Fortschritts der sozialen Verhältnisse; der mächtige Geist der Assoziation ist bereit, durch Bruderliebe jene tiefe Kluft auszufüllen, welche zwischen den untern und obern Klassen der bürgerlichen Gesellschaft besteht.“

71. Vereine S. 9.

72. Bemerkungen S. 75 ff.

soziale Fragen den Ostpreußen am nächsten. Allerdings betonte er das Aristokratische — „ich bin stolz darauf, dem Adel anzugehören“ — und vor allem seinen Rechtsstandpunkt<sup>73</sup> viel stärker als diese. Dieses Rechtsbewußtsein ließ ihn eine gerechte Verteilung der Steuern fordern und damit für die arbeitenden Klassen eintreten. Vor allem aber nahm er für sich und seinen Stand das „nobile officium“ in Anspruch, „diejenigen zu vertreten, welche hier in diesem Saale keine Vertretung genießen“,<sup>74</sup> weil es zu den Pflichten des Ritters gehöre, die Armen und Schwachen zu schützen, die von politischen Rechten nicht viel, wohl aber von materiellen Interessen wüßten. Aber er hielt sich umgekehrt auch für verpflichtet, den Thron vor den von links gefahrdrohend anrückenden Elementen zu schützen. In bezug auf die soziale Frage stand er also auf konservativem Standpunkt.<sup>75</sup>

### Die Ostpreußen.

Die Stellungnahme der liberalen ostpreußischen Großgrundbesitzer zur sozialen Frage beruht auf der besonderen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur dieser Provinz. In Ostpreußen gab es selbstverständlich kein Industriearbeiterproletariat, wohl aber eine verhältnismäßig große, gänzlich verarmte Landarbeiterschicht, auf die die für die Zeit neue Bezeichnung Proletariat angewandt wurde. Ihre Not war so groß, daß 1847, als alle Vorstellungen bei dem anscheinend sehr unfähigen Oberpräsidenten erfolglos blieben, von Saucken-Tarputschen in der Königsberger Hartungschen Zeitung zum Entsetzen seiner Standesgenossen zwei Artikel schrieb, in denen er das Elend in den grellsten Farben schilderte, und sogar durch seinen

---

73. Vgl. Haym, S. 62: „Er ist durchdrungen vom Idealismus des Rechts. ...Aber... der Idealismus des Rechts ist der einzige, welchen er besitzt“.

74. Bleich III S. 1645.

75. Haym, S. 66: „Wunderlich in der Tat mischt sich in diesem Manne... die konservative mit der Fortschrittstendenz, das aristokratische mit dem liberalen Element“, vgl. dazu er selber Bleich II, S. 633 „Ich zähle mich den Konservativen bei. Ich bin fest entschlossen mein gutes Recht... ungeschmälert und ungetrübt auf meine Nachkommen zu vererben, wie ich sie von meinen Vorfahren überkommen habe“.

Schwager, den Flügeladjudanten G. von Below, einen Brief gleichen Inhalts an den König richtete.<sup>76</sup> Die Ursachen der Not wurden vor allem darin gesehen, daß die Stein-Hardenbergsche Reform auf den Gebieten des Agrarwesens wie der Kommunalordnung unvollendet geblieben war und daher die mannigfachen Schäden erst geschaffen hatte: alte Bindungen waren gelöst worden, an ihre Stelle aber nichts positiv Neues getreten. Dazu kamen dann noch schlechte Ernten der letzten Jahre vor 1848 und die allgemein ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Provinz, die zum Teil auf schlechte Verbindungen mit den übrigen Teilen des Staates zurückzuführen waren.

Die „soziale Frage“ in den östlichen Provinzen stand also in unmittelbarer Verbindung mit den politischen Forderungen dieser Liberalen. Die soziale und die politische Frage wurden aber hier in ganz anderer Weise miteinander verknüpft als in den Industriegebieten Preußens. Politische Befürchtungen für den Adel oder gar für den Staat konnten aus der Not der Landarbeiter nicht erwachsen. Egoistische Standesinteressen spielten hier also keine Rolle. Die Beweggründe des Adels, sich um die Verhältnisse der Landarbeiter zu kümmern, entstammten patriarchalisch-konservativem Verantwortungsbewußtsein, das sich nicht nur auf die Arbeiter auf den eigenen Gütern erstreckte, für die in Notzeiten gesorgt wurde, sondern auch auf die verarmten Arbeiter auf den Domänen und in den Gemeinden. Diese Grundbesitzer waren aber, da sie Almosen grundsätzlich ablehnten, der Ansicht, daß Maßnahmen einzelner nicht genügten, daß vielmehr der Staat verpflichtet sei, allen seinen Untertanen Existenzmöglichkeit zu sichern. Der Ernst, mit dem diese Fragen angepackt wurden, zeigt sich darin, daß die Liberalen des preußischen Provinziallandtages gegen größten Widerstand der Behörden die Einsetzung einer Kommission erreichten, die die „Ursachen des in der Provinz Preußen öfter wiederkehrenden Notstandes“ untersuchte.<sup>77</sup> Ihr gehörten acht Regierungsbeamte und acht Abgeordnete, unter ihnen von Auerswald und von Saucken-

---

76. Below, Briefwechsel Below-Saucken-Julienfelde, S. 47 und Saucken-Tarputschen, S. 268 ff.

77. Verhandlungen der Kommission... Königsberg 1847.



Julienfelde, der Bruder des Obengenannten, an. Die Kommission war nach dem Urteil der beteiligten Liberalen allerdings viel zu spät zusammengetreten. Ihr Bericht ergab notwendigerweise einen Kompromiß zwischen den sehr gründlich durchdachten, sehr weitgehenden Forderungen der liberalen Abgeordneten und den Versuchen der Regierungsbeamten, insbesondere des Oberpräsidenten, die Not nach Möglichkeit zu vertuschen. Unter den Forderungen standen außer den schon genannten die Förderung des allgemeinen Unterrichtswesens und besonders der landwirtschaftlichen Berufsausbildung auch der Mädchen an erster Stelle. Man hatte sogar schon in Ostpreußen ein Auge für das drohende Übergewicht der Kapitalisten und Fabrikanten über den kleinen Gewerbsmann und die Gefahr, daß dieser Stand ins Proletariat absinke. Man organisierte auch in den einzelnen Gegenden von sich aus Hilfeleistungen für die Arbeiter auf den Domänen durch großzügige Arbeitsbeschaffung und die Ausführung von Notstandsarbeiten, die aus eigenen Mitteln finanziert wurden.<sup>78</sup> Man glaubte mit Recht, nicht warten zu können, bis der Staat so weit sei. Die gleiche Gesinnung gegenüber der Landarbeiterschaft hegten auch der in Schlesien ansässige von Vincke-Olbendorff, ein Vetter des Abgeordneten, G. von Below und andere liberale Adlige. Bei den bürgerlichen Vertretern des Liberalismus in Ostpreußen, z. B. in Johann Jakobys Schriften findet sich vor 1848 noch keine Stellungnahme zur sozialen Frage.<sup>79</sup> Das Königsberger Taschenbuch von Ludwig Walesrode, das einige rührselige Schilderungen enthält, sah da, wo es sich um soziale Probleme handelte, vorwiegend nur die Armut.<sup>80</sup>

### Die anderen Provinzen.

Unter den liberalen Abgeordneten der anderen Provinzen läßt sich eine grundsätzliche Stellungnahme zur sozialen Frage nicht ermitteln. Am auffälligsten ist diese Tatsache für die Provinz Schlesien, die in der Mitte der vierziger Jahre ganz beson-

---

78. Below, Briefwechsel v. Saucken-Tarputschen S. 268. Anm. 4 und S. 275.

79. Gesammelte Schriften und Reden, 2 Bde., Hamburg 1877.

80. Über das Proletariat, in Briefen an eine Dame, a. a. O. S. 247 ff.



ders stark heimgesucht wurde. Die ~~Ä~~nteilnahme an der Not der schlesischen Weber scheint unter den Liberalen im Rheinland und in Westfalen größer gewesen zu sein als an Ort und Stelle. Milde, nach Hayms ausgezeichnete Charakteristik der „liberale Bürger par excellence“, <sup>81</sup> war noch auf dem Vereinigten Landtag diesen Fragen gegenüber völlig verständnislos. <sup>82</sup> Mehr Interesse zeigten die Vertreter der schlesischen Landgemeinden. Die Stellungnahme einzelner liberaler Abgeordneter zu Teilproblemen der sozialen Frage ergibt sich bis zu einem gewissen Grade aus ihren Reden und Abstimmungen auf dem Vereinigten Landtage. Jedenfalls standen auch in diesen Fragen die rheinischen und ostpreußischen Liberalen in bezug auf Verständnis und Verantwortungsgefühl gegenüber den arbeitenden Klassen in der Regel an erster Stelle. Oft auch bezeugten in Einzelfragen alle Seiten völlige Verständnislosigkeit und stärkstes eigenes Standesinteresse.

Was alle Gruppen der Liberalen einte, waren nicht bestimmte Ansichten auf sozialem oder wirtschaftlichem Gebiet, sondern vorwiegend das politische Wollen in einem ganz bestimmten Punkte: dem der Verfassung.

### Die Konservativen.

Als ausgesprochener Befürworter einer betont ständischen Verfassung schlug von Bülow-Cummertow vor 1848 die Brücke zwischen dem liberalen preußischen Adel und den Konservativen. Da er sein Verhältnis zu den sozialen Fragen der Zeit ausführlich dargestellt hat und seine Publizistik von weitreichender Wirkung war, soll er hier kurz angeführt werden. In seiner Schrift „Preußen im Januar 1847 und das Patent vom 3. Februar“ setzte er die wachsende Zahl der Proletarier in Verbindung zu dem sich stark verbreitenden Kommunismus. <sup>83</sup> Übrigens sah er so deutlich wie wenige andere, daß die kommunistischen Ideen nicht von den Proletariern, d. h. nach seinem Sprachgebrauch von Fabrik- und Landarbeitern und Tagelöh-

---

81. Haym, Reden, S. 343.

82. Vgl. z. B. Bleich IV S. 1679 f.

83. S. 26 ff.

nern, sondern von Intellektuellen ausgingen und besonders unter den Handwerksgesellen Verbreitung fanden. Als Ursachen gab er die Mißernten von 1845/46, die dadurch erhöhten Lebensmittelpreise, aber auch die Vermehrung der Bevölkerung ohne entsprechende Vermehrung der Arbeitsgelegenheit an. Die Hauptursache aber suchte er in der Lösung aller Bande durch die Aufhebung des Zunftwesens und der Hörigkeit, ohne daß gleichzeitig dem Strome auch ein neues Bett zugewiesen worden sei.<sup>84</sup> Darin glaubte er die Krankheit der politischen Zustände zu erkennen. Es war die gleiche Auffassung, die im Grunde auch die ostpreußischen Liberalen, sowie Mevissen, Andree und Brüggemann teilten. In der Tatsache, daß es Menschen gäbe, die nichts zu verlieren hätten, sah Bülow-Cummerow eine Gefahr für den Staat. Er hielt es darum für eine Aufgabe des Staates, die „Masse der Proletarier“ wieder zu „produktiven Gliedern des Staates“ zu machen,<sup>85</sup> und zwar durch Siedlung, Schulbildung, Förderung von Fabriken usw. Die Verpflichtung der Regierung bzw. des Staates zum Eingreifen leitete er als einziger<sup>86</sup> aus der Tatsache ab, daß auch der Tagelöhner Abgaben zahle und zur Verteidigung des Vaterlandes mit seiner Person verpflichtet sei. Es bedarf kaum besonderer Erwähnung, daß Bülow-Cummerow auch um seine rein menschliche Verpflichtungen gegenüber der Armut wußte.

Joseph Maria von Radowitz war mit den kommunistischen Gedankengängen seiner Zeit durchaus vertraut.<sup>87</sup> Unter dem „Proletarier“ verstand er den „wirklichen und eigentlichen Arbeiter“ in der Fabrik.<sup>88</sup> Im Proletariat war nach seiner Ansicht ein vierter Stand herangewachsen, der zu einem Vergleich mit der Geschichte des tiers état herausforderte.<sup>89</sup> In der sozialistischen Bewegung erblickte er den „Kampf des Proletariats um gesicherte Existenz und Organisation der Arbeit“.<sup>90</sup> In den

---

84. S. 33 ff., bes. S. 35.

85. S. 39.

86. Wenigstens ist mir diese Begründung sonst nirgends begegnet.

87. z. B. Ges. Schriften V S. 103 ff. über den St. Simonismus.

88. Ges. Schr. IV S. 149.

89. Ebenda.

90. Hassel I S. 574.

„Gesprächen aus der Gegenwart“ vom Jahre 1846 läßt er unter anderen auch einen Liberalen und einen Vertreter sozialistischer Theorien (St. Simon und Proudhon) zu Worte kommen. Dem bürgerlichen Liberalen wird hier entgegengehalten, daß die Besitzlosen niemals zugeben könnten, daß eine von den Besitzenden ausgehende Volksvertretung (mit Zensuswahlrecht) ihre Interessen sicherstelle,<sup>91</sup> weil sie die egoistischen Motive des Großbürgertums durchaus zu erkennen meinten. Zur Wahrung der Interessen des vierten Standes war nach Radowitz's Ansicht nur der Staat selbst berechtigt und verpflichtet.

Für unsere Fragestellung ist es von Wichtigkeit, daß wir es bei Bülow-Cummerow wie bei Radowitz, bei letzterem allerdings in sehr viel schwächerem Maße, mit Vertretern des konservativ-ständischen Verfassungsgedankens, also bis zu einem gewissen Grade mit Opponenten der Regierung zu tun haben. Aus dieser konservativ-ständischen Gesinnung und der klaren Erkenntnis der sozialen Verhältnisse konnte von Radowitz im März 1848 der Vorschlag gemacht werden, die sozialistische Bewegung gegen die liberale Repräsentativbewegung für die Monarchie auszuspielen.<sup>92</sup>

Sonst finden sich vor 1848 nur ganz vereinzelte Äußerungen von Konservativen zur sozialen Frage. Einige zeigten auf dem rheinischen Landtag in gewissen Fragen Verständnis für die Lage der Fabrikarbeiter vom Standpunkt des patriarchalisch gesinnten Dienstherren, der sich verpflichtet fühlt, für das Wohl seiner Untergebenen zu sorgen (Kinderschutzgesetz, kostenloser Schulunterricht, Sozialversicherung). Andererseits begründeten sie ihre Ablehnung der „Reichsstände“ mit der daraus drohenden Gefahr des Kommunismus.<sup>93</sup> Auf dem ersten Vereinigten Landtag, auf dem es sich darum handelte, zugunsten der arbeitenden Bevölkerung eigene Vorteile zu opfern, standen die konservativen

---

91. Gespräche S. 214.

92. Zuerst 16. März 1848, dann in der Denkschrift vom 28. März: „Jede Regierungsform, die... das Progressivsteuersystem, das Gesamtarmenwesen, die Regulierung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit voranstellte, hätte den ‚gemeinen Mann‘ für sich und hiermit eine ungeheure Macht“.

93. Bei Sybel, a. a. O. gut dargestellt

Abgeordneten fast ausnahmslos<sup>94</sup> allen Bestrebungen zur Erleichterung der Not in den arbeitenden Klassen ablehnend gegenüber und stellten sich damit im Falle der Einkommensteuer sogar in Opposition zur Regierung. Nach 1848 fanden dann die sozialen Fragen bei den Konservativen im Gegensatz zu den Liberalen wachsendes Interesse. Auch Bismarcks Sozialgesetzgebung beruht zum guten Teil auf konservativ-grundherrlichem Verantwortungsbewußtsein. Vor 1848 aber war auch die Haltung der Konservativen zu den hier behandelten Fragen durchaus uneinheitlich. Doch finden sich bei einigen von ihnen Ansätze zu einer fruchtbaren Neugestaltung der sozialen Verhältnisse, die in ihren Grundlagen dem Sozialismus unserer Zeit näher stehen als das, was die typischen Vertreter des Liberalismus, ein Hansemann und Camphausen auf sozialem Gebiet erstrebten. So läßt sich auch von hier aus sagen, daß bei Andree und etwas schwächer bei Brüggemann, Mevissen und den Ostpreußen das eigentlich Wertvolle in ihren Vorschlägen nicht liberalen, sondern konservativ-„sozialistischen“ Ursprungs war.

---

94. Ausnahmen bildeten z. B. Fürst zu Lynar und Prinz Biron von Kurland (nach den Abstimmungen auf dem Vereinigten Landtag).

### 3. Kapitel.

#### Die sozialpolitische Praxis.

##### Wohltätigkeit.

C a m p h a u s e n s Einstellung zu den handarbeitenden Klassen oder besser gesagt zur Armut überhaupt entsprach es, vornehmlich durch Wohltätigkeitsmaßnahmen helfend einzugreifen bzw. Wohltätigkeitsvereine zu befürworten.<sup>1</sup> Er wertete Wohltätigkeit von all den Möglichkeiten, den Armen zu helfen, am höchsten. Darum beteiligte er sich auch an der Gründung des Kölner Lokalvereins zum Wohle der arbeitenden Klassen nur so lange, als er glaubte, daß es sich auch hier um eine reine Wohltätigkeitseinrichtung handele — ein gönnerhaftes Geben der Besitzenden auf materiellem, der Gebildeten auf geistigem Gebiete.

H a n s e m a n n unterschied scharf zwischen Unterstützung der Armen durch einzelne, durch Korporationen oder durch den Staat. Die beiden letzten Formen lehnte er ab, da eine solche Wohltätigkeit „bei dem Bedürftigen die Meinung erregt, daß er einen rechtlichen Anspruch darauf habe. Dies untergräbt die Sittlichkeit“.<sup>2</sup> Ja, er sprach sogar von der „höchst verderblichen Anwendung der Philanthropie auf die Staatswirtschaft“.<sup>3</sup> Er wollte nur die private Mildtätigkeit einzelner gestatten, „die ein menschlich schönes Band zwischen dem Bedrängten und seinem Wohltäter knüpft“. Allerdings widersprach er sich selbst, wenn die von ihm begründete Aachener Feuerversicherungs-Gesellschaft ihren Aktionären nur die Hälfte des Reingewinns zukommen ließ und die andere Hälfte „zu einem wohltätigen Zwecke“ dem „Verein zur Beförderung der Arbeitsamkeit“

---

1. Schwann III S. 417 f. Jahresbericht der Kölner Handelskammer für 1846.

2. 1840, Br. u. Akt. S. 241.

3. 1830, Br. u. Akt. S. 13.



übergab.<sup>4</sup> Dieser Verein ist jedoch nicht als reine Fürsorgeeinrichtung aufzufassen, da er teilweise Mitarbeit der zu Versorgenden verlangte. Ähnliche Anschauungen wie die Hansemanns wurden auch auf dem Rheinischen Provinziallandtag von 1835 bei Gelegenheit eines Gesetzentwurfes über die Verpflichtung zur Armenpflege ausgesprochen. „Nach Ansicht der Versammlung darf überhaupt die Armut kein Rechtszustand werden, noch ist den Armen ein Rechtsanspruch auf Alimente einzuräumen, ohne daß die verderblichsten Folgen sich einstellen werden. . . . Denn das Band der Wohltätigkeit, geknüpft zwischen der Religion und den Armen, wird gelöset, und nicht mehr mit Scheu wird der Arme fordern“.<sup>5</sup>

Die Webernot des Jahres 1844 veranlaßte die Kölnische Zeitung, zu wohltätigen Sammlungen aufzufordern.<sup>6</sup> Auch in den folgenden Jahren, in denen infolge schlechter Ernten unter der gesamten ärmeren Bevölkerung des Rheinlandes größte Sorge herrschte, boten Wohltätigkeitsvereine und private Wohltätigkeit praktisch die einzige Möglichkeit, helfend einzugreifen, nachdem der Kölner Hilfs- und Bildungsverein im Frühjahr 1845 nicht genehmigt worden war. Der Wohltätigkeitsgedanke lebte auch in den Kreisen wieder auf, die eher dazu neigten, ein Recht der Arbeiterschaft auf Besserung ihrer materiellen Lage zu verfechten. In Köln bildete sich schon im Februar 1845 ein „Verein zur Abhilfe augenblicklicher Not“; zu seinen Begründern gehörten unter anderem auch die ehemaligen Mitarbeiter der Rheinischen Zeitung D' E s t e r und J u n g. Der Verein, der Kleidungsstücke an Bedürftige verteilte, errichtete vor allem eine Speiseanstalt, die „keinen anderen Nachweis der Bedürftigkeit verlangte als den Hunger“ und darum vom „Gesellschaftsspiegel“ als vorbildlich gerühmt wurde.

Der Briefwechsel zwischen Mevissen und seinem Schwager K ö n i g s enthält für die Jahre 1845 bis zum Frühjahr 1848 fast in jedem Briefe Königs, der die Mevissensche Fabrik leitete, Berichte über die Not unter den Arbeitern und über die Maßnahmen, die er zu ihrer Linderung ergriff, wie Verteilung von billi-

---

4. Thyssen S. 45 Auszug aus den Statuten.

5. 4. Rhein. Landtag, Verhandlung, S. 17.

6. Buchheim, Stellung der K. Z. S. 309.

gem Brot, Kartoffeln und Kohlen, Einrichtung einer Suppenküche. Doch er wie Mevissen betrachteten alle Wohltätigkeitsmaßnahmen nur als „Palliativmittel“, die sie zwar nicht unbedingt ablehnten, deren Unzulänglichkeit sie aber immer wieder betonten.<sup>7</sup> Eine bessere Hilfe sahen sie in der Arbeitsbeschaffung durch Staat und Gemeinde,<sup>8</sup> wenn nicht anders möglich, dann durch Notstandsarbeiten. Auch Harkot war der Ansicht, daß Wohltätigkeitsmaßnahmen immer unzureichend sein müßten. Es sei „leicht nachzuweisen, daß milde Gaben den Abgrund nicht schließen können“,<sup>9</sup> da sie nur Individuen zugute kämen. Nur der, der keine natürliche Stütze in der Familie finde und arbeitsunfähig sei, dürfe Unterstützung empfangen.

Noch deutlicher als Mevissen sprach von der Heydt sich gegen die Wohltätigkeitsvereine aus. Er war der Ansicht, daß „nicht die philanthropischen Vereine imstande seien, den Zustand der handarbeitenden Volksklassen zu bessern, der Staat

---

7. W. Königs an Mevissen, Hist. Arch. Köln. Nachl. Mevissen. Düren, 14. Jan. 1847: „Jetzt wird allenthalben die öffentliche Aufmerksamkeit durch die steigende Not in Anspruch genommen. Man sucht zu helfen und zu lindern, soweit die Kräfte reichen, und empfindet bald die Ohnmacht seiner Leistungen. Denn mit den Heilmitteln scheint das Übel zu wachsen, und nach wie vor verfolgt uns das Gespenst der Armut. Ich fürchte, daß wir rascher einer gesellschaftlichen Revolution entgegengehen, als man glaubt. Die beiden Notjahre bringen Tausende an den Bettelstab ohne die Aussicht, je wieder zu Wohlstand zu kommen“.

16. Mai 1847: „Die Privatmildtätigkeit ist in allen Klassen größer als je; allein solange die Arbeitslosigkeit anhält, können die Arbeiter nicht so unterstützt werden, daß sie nicht Mangel am Nötigsten leiden... Der Arme wird blutarm — der Handwerker und der kleine Bürger sinken zu den Armen herunter, um sich zeitlebens nicht mehr emporarbeiten zu können... Wir erhalten eine Generation, die vom Betteln und Faulenzen lebt und die nur mit Mühe wieder zu neuem tätigem Leben zu bringen sein wird. Das Verbot der Bettelei ist unter den bestehenden Verhältnissen eine Satire und ist nirgends ausführbar“.

8. Mevissen an Förster, Berlin 12. Mai 1847, Histor. Archiv, Köln. In der Sitzung des Landtagsausschusses war beschlossen worden zu beantragen, „daß die von Seiten des Staates in Angriff genommenen Bauten von Chausseen und anderen öffentlichen Anlagen von der Regierung aufs kräftigste gefördert und von jetzt ab bis zur Ernte, um der arbeitenden Klasse mehr Verdienst zu verschaffen, den Kommunen, die solche Arbeiten für sich in der Ausführung begriffen haben, eine hohe Prämie bewilligt werden möge“. Die Anregung war anscheinend von Mevissen selber ausgegangen.

9. Vereine S. 13.

dagegen hierzu ein Mittel habe, wenn er ihnen dauernd Arbeit sichere“.<sup>10</sup> Ähnlich urteilen die ostpreußischen Liberalen, die unbedingt jede Art von Wohltätigkeit — „Fütterungssystem“ wie sie sich ausdrückten — ablehnten und, wenn auch unter eigenen Unkosten, Arbeit zu beschaffen suchten. Die Ansichten dieses liberalen Adels deckten sich, so merkwürdig das klingen mag, mit denen der Vertreter des „wahren“ Sozialismus im Westen, die auch jede Form von Wohltätigkeit von sich wiesen und durchdrungen waren von dem Recht des Einzelnen auf Arbeit.

### Sparkassen.

Von allen Maßnahmen zugunsten des Proletariats standen rein zeitlich und auch in ihren praktischen Erfolgen die Selbsthilfeorganisationen der arbeitenden Klassen unter Förderung des Bürgerstandes in Form von Kassen und Versicherungen jeder Art an erster Stelle. Sie hatten ihr Vorbild zum Teil in den schon aus dem 18., ja stellenweise aus dem 16. Jahrhundert her bestehenden Knappschaftskassen. Die wichtigste und erfolgreichste Einrichtung dieser Art, auf die auch von andern Liberalen hingewiesen<sup>11</sup> und die sogar von sozialistischer Seite anerkannt wurde,<sup>12</sup> war Hansemanns „Aachener Verein zur Beförderung der Arbeitsamkeit“.<sup>13</sup> Er wurde 1824 in Verbindung mit der „Aachener Feuerversicherungsgesellschaft“ gegründet. Von der „Gesellschaft“ erhielt er auch die Mittel, die seine Tätigkeit über eine Selbsthilfeorganisation hinaushoben. Seine Aufgabe sollte sein, „nicht die bereits Hilfsbedürftigen zu unterstützen, sondern durch Beförderung der Arbeitsamkeit unter den handarbeitenden Volksklassen der Hilfsbedürftigkeit selbst entgegenzuarbeiten“.<sup>14</sup> Die Mittel hierzu glaubte er in erster Linie in Spar- und Prämienkassen zu besitzen, die nur der handarbeitenden Bevölkerung zugänglich waren und verhältnismäßig hohe Zinsen zahlten. Der Verein begann seine Tätigkeit 1834.

---

10. 8. Rhein. Landtag, Verh. S. 267.

11. Camphausens Bericht in der Sparkassenkommission 1846, Schwann II S. 227 ff. Diergardt auf dem 8. Rhein. Landtag, Croon S. 264 f.

12. Lünig, Westfälisches Dampfboot I S. 403 ff.

13. Die Geschichte dieses Vereins ist dargestellt bei Thyssen und Kähler.

14. Thyssen S. 3.

Die Kassen wurden für die Zeit sehr ~~ge~~ benutzt, und der Verein erstreckte seine Wirksamkeit bald über den Regierungsbezirk Aachen hinaus.<sup>15</sup> Ihm waren „Verwahranstalten für kleine Kinder“ angeschlossen, die gegen sehr geringe Vergütung die noch nicht schulpflichtigen Kinder der Vereinsmitglieder aufnahmen. Hansemann legte besonders aus moralischen und erzieherischen Gründen großen Wert darauf, daß nichts ganz umsonst gegeben wurde.

Die Einrichtung von Sparkassen für die arbeitende Bevölkerung wurde allgemein als ein wesentliches Mittel angesehen, ihrer Not zu steuern. Die Löhne waren jedoch zum größten Teil so niedrig, daß die Industriearbeiter keine Ersparnisse machen konnten.<sup>16</sup> Schon 1837 wurde auf dem 5. Rheinischen Landtag ein Antrag auf Errichtung von Spar- und Hilfskassen durch die Regierung gestellt. 1843 forderte der Liberale Diergardt im Provinziallandtag eine Provinzsparkassenbank, da die Besitzlosigkeit und Unselbständigkeit der Arbeiter Schattenseiten der industriellen Entwicklung seien und ihnen auf diese Weise abgeholfen werden könne.<sup>17</sup> Camphausen verlangte auf dem folgenden Landtag auf Vorschlag von der Heydts Verzinsung der Spareinlagen durch die Staatskassen. Dem Risiko des Zusammenbruches, der bei einem Privat- oder Kommunalunternehmen leichter möglich sei als beim Staat, wollte man die Spärer der kleinen Einlagen nicht aussetzen. Außerdem glaubte man, daß der Staat eher in der Lage sein würde, die geforderten höheren Zinsen zu zahlen. Camphausen betonte besonders die politische Bedeutung dieser Einrichtung. Ihr Zweck sei es, ein festeres Band zwischen der Regierung und der Industriearbeiterschaft herzustellen, indem sie diese „für die

---

15. Kähler S. 373 bringt eine vergleichende Tabelle, nach der durch Jahre hindurch die Zahl der Spärer sowie die Höhe der Einlagen im Regierungsbezirk Aachen höher war als im übrigen Preußen.

16. Vgl. Mevissen, Hansen II S. 151. In der K. Z., im Gesellschaftsspiegel und an vielen anderen Stellen wird dauernd auf die viel zu niedrigen Löhne hingewiesen. Harkort, Vereine S. 14: „Dort wo die Not ums trockene Brot ein ganzes Leben lang nagt, ist eine Sparkasse ein unfruchtbares Mittel“.

17. Croon S. 264 f.



Stabilität der Regierung interessierte“.<sup>18</sup> Für den Fall, daß der Staat sich weigern sollte, Sparkassen einzurichten, schlug Diergardt die Ausdehnung des Aachener Vereins auf die ganze Provinz vor.<sup>19</sup> Der Erfolg dieser Anträge war die Gründung von Provinzial-Hilfskassen durch die Regierung, die aber erst im Jahre 1854 erfolgte. Harkort wollte durch Sparkassen nicht nur einzelne fördern, sondern erblickte in ihnen vielleicht das wichtigste Mittel, damit es „der Arbeit dem Kapitale gegenüber“ gelinge, „durch Assoziation große Kapitalien zur eigenen Unterstützung zu bilden“.<sup>20</sup> Die schon genannte Artikelreihe aus der Düsseldorfer Zeitung von 1847<sup>20a</sup> betonte als notwendige Voraussetzung für den Erfolg von Sparkassen ebenso wie Harkort die ausreichende Bezahlung der Arbeiter.<sup>21</sup> Auch die Kölnische Zeitung war von der Wichtigkeit von Sparkassen innerhalb ihres sozialpolitischen Programms überzeugt.<sup>22</sup>

### Krankenkassen und Versicherungen.

Anknüpfend an die schon bestehenden Knappschaftskassen stellte von der Heydt auf dem 7. Rheinischen Landtage den Antrag, den zwangsweisen Beitritt der Handwerksgesellen zu Krankenkassen zu fordern. Er wollte dadurch verhüten, daß fremde Handwerksgesellen den Gemeinden im Krankheitsfalle zur Last fielen. Der Antrag wurde von Camphausen, Diergardt, Wergifasse u. a. unterstützt und stellt bereits ein Stück Sozialversicherung im heutigen Sinne dar.<sup>23</sup> Der Gedanke der Kranken-, Invaliden- und Pensionskassen, wie überhaupt aller Arten von Versicherungen, der seine besondere Ausprägung gerade im liberalen Zeitalter erfahren hat, fand bei den rheinischen Libe-

---

18. Schwann II S. 226 ff. — Außerdem sah Camphausen in den Sparkassen ein Mittel zur Erhaltung des europäischen Friedens.

19. Croon S. 264 f.

20. Bemerk. S. 72. Daß das eine Utopie war, war Mevissen u. a. damals schon klar.

20a. Vgl. oben S. 46 f.

21. Die Zustände der arbeitenden Klassen S. 9.

22. Buchheim, Stellung der K. Z. 305 ff.

23. 7. Rh. Ldtg. Verhandlung S. 549, vgl. dazu Croon S. 207 und Schmidt S. 47



ralen weitgehende Unterstützung.<sup>24</sup> Um so auffallender ist der Beschluß des 8. Rheinischen Landtages, die Regierung um Aufhebung der Knappschaftskassen zu ersuchen, da man nach der Ansicht Heinrich Philipps, von Sybels, des Vaters des Historikers, und Hansemanns den Menschen nicht „wider ihren Willen Wohltaten aufzudrängen habe“.<sup>25</sup>

Hier siegte also die Abneigung gegen eine Einschränkung der persönlichen Freiheit über das Verständnis für die Lage der Arbeiterschaft. Die Haltung Hansemanns muß aber besonders überraschen, da er selber wie zahlreiche andere Industrielle nicht nur Sparkassen, sondern in dem „Unterstützungsverein des Personals der Rheinischen Eisenbahn“, der dann von Mevissen weiter ausgebaut wurde, auch eine Krankenkasse sowie einen Pensions- und Unterstützungsfond geschaffen hatte.<sup>26</sup> Hanse- mann wandte sich also nicht gegen die Kassen als solche, sondern als Liberaler nur gegen jeden Zwang zum Beitritt. Brügge- mann sah ein Mittel zur „Umwandlung der Proletarier“ in der Gründung von Versicherungskassen (Kranken-, Pensions- und Witwenkassen) „selbst mit Zwangsbeiträgen und zunächst unter Oberleitung der Behörden, aber jedenfalls auch von Anfang an mit sich immer erweiternder Selbstverwaltung . . . Hier liegt das einzige irgend gründliche Heilmittel und Präservativ gegen den Kommunismus“.<sup>27</sup>

Andererseits wurde aber allem Anschein nach gerade der Gedanke der Kranken- und Sterbekasse von den Unternehmern ausgenutzt, um die Sorge für erkrankte und verunglückte Arbeiter von sich auf die Arbeiter abzuwälzen. So wurden bei verschiedenen Eisenbahngesellschaften von den an sich schon völlig unzureichenden Löhnen noch verhältnismäßig hohe Beträge für die Kasse abgezogen, die im Krankheitsfalle aber nur dann eine Unterstützung zahlte, wenn der Erkrankte völlig arbeitsunfähig war und nicht einmal zu Hause „Kartoffeln schälen“ konnte.

---

24. Vgl. Hansemanns Aachener (Münchener)-Feuerversicherungsgesellschaft und andere große Versicherungsgesellschaften, die in dieser Zeit gegründet wurden.

25. 8. Rh. Ldtg. Verhandlung S. 284 ff. u. S. 361.

26. Hansen I S. 348 Anm. 2.

27. Brügge mann, Meine Leitung der K. Z. S. 12.

Wurde er bei einer solchen Beschäftigung angetroffen, so fiel die Unterstützung fort, deren Dauer ohnehin begrenzt war.<sup>28</sup>

### Bildungsvereine.

Das Unzureichende des gesamten Schul- und Bildungswesens in Preußen trotz der allgemeinen Schulpflicht wurde unter den Liberalen besonders von Harkort nachgewiesen, der die allgemeine Notlage vor allem auf ungenügende Volksbildung zurückführte. Er gründete im Jahre 1843 den „Verein für die deutsche Volksschule und für Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse“, dem die Einrichtung von Kleinkinderschulen und Volksbibliotheken folgte. In diesem Vereine sollten „Arm und Reich sich brüderlich im Geiste und in der Liebe versammeln“.<sup>29</sup> Harkort hielt eine weitere Ausbildung der Erwachsenen für nötig. Der von ihm 1839 gegründete „Hagener Gewerbeverein“ hatte sich die „gegenseitige praktische und wissenschaftliche Ausbildung“ seiner Mitglieder zur Aufgabe gesetzt. Ehrenmitglied wurde der Landrat von Vincke. Beide Vereine gaben Zeitschriften heraus. Bildungsvereine dieser Art fanden sich in den vierziger Jahren in fast allen größeren Städten. Einer der größten war die 1845 von der Regierung verbotene Königsberger „Bürgergesellschaft“, für die besonders Jakoby sich einsetzte und die allerdings stark politische Zwecke verfolgte.

### Kölner Hilfs- und Bildungsverein.

Auf der Berliner Gewerbeausstellung im Sommer 1844 wurde, veranlaßt durch die Webernot, von rheinischen Industriellen, u. a. auch von Diergardt sowie einigen höheren Be-

---

28. Gesellschaftsspiegel, I, Heft 4, S. 151 ff.: Die Eisenbahngesellschaften schlossen auch Verträge untereinander ab, keine Arbeiter oder Angestellten von einer anderen Gesellschaft zu übernehmen, wenn diese nicht ein von der betreffenden Gesellschaft ausgestelltes Zeugnis über die Gründe ihrer Entlassung mitbrachten, um so die Löhne drücken zu können. Eine objektive Feststellung der Lohn- und Kassenverhältnisse wäre allerdings erst nach eingehender Untersuchung der gesamten Lohn- und Preisverhältnisse möglich. Die Unternehmer waren natürlich der Ansicht, daß die Löhne hoch genug seien.

29. Berger S. 300 ff. Vgl. dazu auch Harkort, Volksschule.

amten, die Gründung von Vereinen zum Wohle der arbeitenden Klasse angeregt. In Berlin konstituierte sich ein Zentralverein, dem Friedrich Wilhelm IV. begeistert zustimmte und 15 000 Taler zur Verfügung stellte.<sup>30</sup> Die Anregung fiel in fast allen größeren Städten Deutschlands auf fruchtbaren Boden.<sup>31</sup> Überall bildeten sich Zweig- und Lokalvereine, die sich über die bisher gehandhabten Einrichtungen hinaus höhere Ziele steckten.<sup>32</sup> In Köln sollte ein „allgemeiner“ oder, wie der erste Vorschlag lautete, „gegenseitiger Hilfs- und Bildungsverein“ gegründet werden, der Menschen aller Klassen und Gesellschaftsschichten umfassen sollte. Das ursprüngliche Programm enthielt in der Hauptsache folgende Punkte: Einrichtung von Krankenkassen, Beschaffung von Kost und Obdach für vorübergehend Arbeitslose, Arbeitsvermittlung, Sparkassen, Einrichtungen zur Erleichterung des Erwerbs von Ländereien, Speiseanstalten, Errichtung gesunder Wohngebäude, Konsumvereine (der Ausdruck selbst wird allerdings nicht gebraucht), Industriehallen als Gegenstücke zu den Markthallen und schließlich „Einrichtungen, welche es dem besitzlosen Arbeiter möglich machen, den Kampf der Konkurrenz mit der Macht des Kapitals zu bestehen, z. B. Kreditkassen . . . Vereinigungen einzelner Arbeiter zu einem Ge-

---

30. Die wichtigsten Stellen aus der königlichen Kabinettsorder vom 25. 10. 1844 lauten: „Ich habe mit lebhafter Anteilnahme erfahren, daß die Berliner Gewerbeausstellung auch dazu geführt hat, daß ein Verein bei dieser Gelegenheit zusammengetreten ist, welcher sein Streben dahin richten will, der geistigen und leiblichen Not der Hand- und Fabrikarbeiter Abhilfe zu schaffen, sowohl durch Errichtung von Spar- und Prämienkassen, als auch durch Anlegung von Schulen und Verbreitung gemeinnütziger Schriften . . . so will ich demselben eine Summe von 15 000 Talern zur Disposition stellen, in der Voraussetzung jedoch, daß nicht die Errichtung von Spar- und Prämienkassen ausschließlich von demselben ins Auge gefaßt, sondern seine Tätigkeit auch zugleich den andern von ihm beabsichtigten, wohlthätigen Einrichtungen werde zugewendet werden. Auf dem Wege des gemeinsamen hilfreichen Wirkens für das Wohl der arbeitenden Klasse wird die vaterländische Industrie . . . zugleich eine höhere Weihe erhalten und sich am gewissensten einen dauernden Segen sichern“. Zentralverein, Rechenschaftsbericht S. 5 ff.

31. Vergleich dazu auch Mevissen an seine Schwester, Br. u. Akt. S. 681 Anm. 2.

32. Die Geschichte verschiedener Vereine ist dargestellt bei Hansen I S. 343 ff., Gesellschaftssp. I Heft 1 S. 23 ff., Rhein. Jahrb. I, S. 230 ff. Akten z. Teil: Br. u. Akt. S. 674 ff.

schäfte“, ferner „Einrichtungen, wodurch der wohlthätige Einfluß des unmittelbaren Verkehrs von Menschen aller gesellschaftlichen Stellungen und Berufsgeschäfte sich wirksam zeigen kann“ und Schulen jeder Art. Im wesentlichen entsprach dies Programm dem des Berliner Zentralvereins. Darüber hinaus gehen die Forderungen nach Arbeitsvermittlung und Kreditkassen besonders ihrer weiteren Zwecke wegen und die Einrichtung von gesellschaftlichem Verkehr.<sup>33</sup> Diese Forderungen sind besonders bezeichnend für die hinter dem Verein stehenden Kreise und das Junge Deutschland der Rheinischen Zeitung, zu denen auch Mevissen gehörte. Gerade aber diese Punkte wurden als erste von der Kölner Regierung beanstandet, weil man dahinter kommunistische und sozialistische Ideen fürchtete.<sup>34</sup> Königs hatte von vornherein nicht an ein Zustandekommen der Vereine geglaubt. „Der Geist der Humanität wird in der Kölner und Aachener Zeitung lobend erwähnt“, schrieb er an Mevissen, „und doch will es mir scheinen, daß Euer Verein nach der Zusammensetzung des Komitees und der dadurch vertretenen liberalen und sozialistischen Tendenz schwerlich in Berlin die Konzession finden werde.“<sup>35</sup> Camphausen widersetzte sich gerade den auf Gegenseitigkeit und Gleichberechtigung der verschiedenen Klassen hinielenden Vorschlägen, „die besonders durch den Namen des Vereins ausgedrückt würden und trat deshalb aus dem Komitee des Vereins aus“.<sup>36</sup> Die Be-

---

33. Der Statutenentwurf ist abgedruckt Br. u. Akt. S. 689 ff., das Protokoll der ersten Versammlung ebenda S. 678 ff. Ein ausführlicher Bericht über alle Versammlungen sowie der Abdruck der ursprünglichen und geänderten Statuten findet sich Gesellschaftsspiegel I Heft 1 S. 28 ff. und Heft 2 S. 56 ff. Diese Zeitschrift setzte die größten Hoffnungen auf den Verein: „Seine Verhandlungen sind unserer Meinung nach von größerer Wichtigkeit als die Debatten aller konstitutionellen Versammlungen sämtlicher deutschen Staaten zusammengekommen“ (ebenda S. 59). Gleich große Hoffnungen hegte auch O. Lüning.

34. Hansen I, S. 353 f. u. Br. u. Akt. S. 682 f.

35. Hist. Archiv Köln, Nachl. Mevissen, 19. Nov. 1844.

36. Camphausens Begründung findet sich Rh. Jahrb. S. 230 f. „Die Abhilfe wirklich bestehender Not, wirklich bestehenden Elendes, die Beförderung des materiellen Wohls ist unstreitig die Grundlage, welche gewonnen werden muß, um von ihr aus weiter zu bauen. Es hat nun ... die sonntägliche Versammlung auf manche den Eindruck gemacht, daß sie geeignet gewesen sei, die arbeitenden Klassen zu erhöhten Ansprüchen anzuregen,



hörden erkannten den Austritt Camphausens als Zeichen seiner Loslösung von den „kommunistischen“ Bestrebungen der übrigen Vorstandsmitglieder gebührend an.<sup>37</sup> Mevissen dagegen hielt in der letzten großen von über 100 Menschen besuchten Versammlung, die nach der Nichtgenehmigung der Statuten durch die Regierung stattfand, noch eine Rede, in der er gerade die Wichtigkeit einer Zusammenarbeit aller Klassen und freie Aussprache aller besonders betonte.<sup>38</sup> Allenthalben hatten sich an die Vereine große Hoffnungen geknüpft.<sup>39</sup>

Im Frühjahr 1845 wurde ihnen trotz des königlichen Wunsches alles, was über die Sparkassen und Kassen anderer Art hinausging, durch eine Verfügung des Ministers von Arnim verboten. Daraufhin ebhte die Bewegung so rasch wieder ab, wie sie emporgestiegen war. Im Sommer 1845 liest man in den Zeitungen und Zeitschriften, deren Spalten noch im Winter mit Berichten und Vorschlägen gefüllt waren, schon nichts mehr über die Vereine. Daraus geht hervor, daß es nicht nur am Widerstande der Regierung lag, wenn so wenig auf den vielverheißenden Anfang folgte. O. L ü n i n g schloß seine Ausführungen über die Geschichte der Vereine im „Westfälischen Dampfboot“ mit der sehr richtigen Bemerkung ab: „Der Zwiespalt, der schon innerhalb der Vereine selbst zwischen der Bourgeoisie und denen, die Ernst machen wollten mit der Beseitigung der gesellschaftlichen Übel, hervortrat, ob man nämlich dem Volke, den Proletariern, denen geholfen werden soll, einen tätigen Anteil dabei zugestehen, oder ob man sie verurteilen soll, in Untätigkeit und Ergebung die Maßregeln abzuwarten, die die Besitzenden für sie ergreifen werden, dieser Zwiespalt

---

sie mit ihrem Zustande unzufriedener, zur Arbeit unwilliger zu machen und, statt ihnen die Befriedigung vorhandener Bedürfnisse zu verheißen, neue Bedürfnisse bei ihnen zu erwecken. Mir scheint es dringend, daß das Komitee sofort versuche, diesen Eindruck... zu verwischen, damit die Bildung des Vereins nicht auf Hindernisse stoße... Das sichere Mittel dafür ist die Annahme der Benennung: „Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen“.“

37. Br. II. Akt. S. 694 ff.

38. Hansen II S. 129 ff.

39. Westfälisches Dampfboot I, S. 15. Dort auch weitere Berichte über die übrigen Vereine in Westfalen.



ist durch die Rescripte des Herrn Ministers zugunsten der Bourgeoisie entschieden . . . Von einer wirklichen Erhebung der Proletarier, von einer wirklichen Ausgleichung des Risses, der die gegenwärtige Gesellschaft spaltet, von einer Vereinigung gleichberechtigter Menschen ist also nicht mehr die Rede“.<sup>40</sup> Für die Gruppe der Liberalen, die bis dahin ernsthaft auf eine Lösung der sozialen Fragen gedrungen hatte, wurde das Versagen der Behörden sowie des Bürgertums der Anlaß dafür, sich nunmehr stärker als bisher, ja ausschließlich den politischen Fragen zuzuwenden.

### Selbsthilfeorganisationen der Arbeiter.

Während die bisher beschriebenen Vereine von Bürgerlichen ausgingen, die Arbeiter nur zuließen und sie unter ihrer ständigen Kontrolle halten wollten, gingen einige Liberale doch so weit, reine Arbeiterorganisationen anzuregen. Eine Zwischenstufe bildeten die ersten Versuche, Konsumgenossenschaften der Fabrikarbeiter einzurichten. Die Düsseldorfer Zeitung z. B. schlug die Bildung von Aktiengesellschaften in den Gemeinden vor zur „Anlegung von Fruchtmagazinen für ihren eigenen Bedarf (mindestens für den Bedarf der arbeitenden Klassen)“, bei denen „der Gewinn womöglich der arbeitenden Klasse . . . zugute kommt“.<sup>41</sup> Der Verfasser verlangte solche Organisationen aus dem gleichen Grunde wie Harkort, denn eine der Grundursachen für die bestehenden Mißstände läge „in dem Übergewichte, welches das Geldkapital über das Arbeitskapital oder den Arbeiter erlangt hat“.<sup>42</sup> Hansemann dachte schon 1840 den Selbsthilfedanken konsequenter zu Ende und befürwortete „Genossenschaften, . . . gegründet auf wesentliche Interessen, materielle und politische“, die das Recht haben sollten, „sich darüber zu verständigen, welche Preise sie für ihre Arbeit fordern wollen“.<sup>43</sup> Diesen Genossenschaften sollte die Verwaltung der von den Mitgliedern empfangenen Beträge, sowie die Unter-

---

40. Ebenda S. 274. Über den Düsseldorfer Verein, an dem sich auch Diergardt beteiligte, vgl. Br. u. Akt. S. 699 ff.

41. Zustände der arb. Klassen S. 57 f.

42. ebenda S. 24.

43. Br. u. Akt. S. 243 ff.

stützung kranker und arbeitsunfähiger Mitglieder obliegen. Es handelt sich also bereits um einen Vorläufer des Gewerkschaftsgedankens. Allerdings wollte Hansemann ein „Minimum von Besitz“ zum Eintritt fordern. Um den Erwerb dieses Besitzes zu erleichtern, sollten Vereine gebildet werden, die zum Eintritt in die Genossenschaft vorbereiteten. Dadurch wurde die Forderung nach Besitz wesentlich gemildert. Auch Mevissen meinte 1847, daß „die unteren Volksklassen . . einer Gliederung und Organisation“ bedürften, um ihre Rechte zu vertreten.<sup>44</sup> Die Beweggründe, die Mevissen und Hansemann zu diesen aus dem Rahmen der Anschauungen des übrigen Bürgertums so herausfallenden Vorschlägen veranlaßten, waren allerdings verschiedener Art. Hansemann wollte durch diese Genossenschaften den Übergang vom besitzlosen Arbeiter zum besitzenden Bürger erleichtern, ohne daß das Bürgertum selbst Opfer zu bringen brauchte. Mevissen dagegen sah in ihnen den einzig gangbaren Weg, auf dem die Arbeiter zu ihrem Rechte als Arbeiter gelangen konnten.

### Rechtswesen.

Die selbstverständliche Grundlage für alles Leben im Staate war für die Rheinländer die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz. Diese Rechtsgleichheit, ein Erbe der französischen Herrschaft, wie sie im Code Napoléon festgelegt war, kannte keine Privilegien des Standes oder Besitzes, keine Benachteiligung einzelner Klassen. Sie wurde von allen Rheinländern mit Ausnahme der wenigen Vertreter des Adels aufs leidenschaftlichste verteidigt und alle Vorstöße der Regierung gegen das „rheinische Recht“ auf den Landtagen mit überwältigender Mehrheit zurückgewiesen. So sah der 8. Rheinische Landtag in der neuen preußischen Gesindeordnung, die der Dienstherrschaft weitgehende Rechte über das Gesinde einräumte und sie auch vor dem Richter von vornherein bevorzugte, einen Angriff auf das rheinische Recht. Dem Landtag war es nach den Wor-

---

44. Hansen II, S. 222 aus einer Artikelreihe in der Köln. Zeitung, 1844 schon hatte sie die These gebracht, daß die freie Assoziation den schroffen Ständeunterschied aufheben würde. Nach Buchheim S. 332.

ten von der Heydts bedenklich, „das Wohl und Wehe einer ohnehin hart bedrängten Klasse ganz und gar in die Hände einer nicht immer leidenschaftslosen Dienstherrschaft legen zu wollen, wodurch die dem Rheinländer so überaus teure Rechtsgleichheit verletzt würde“.<sup>45</sup> Hansemann, der zunächst gegen die neue Gesindeordnung nichts einzuwenden hatte, stimmte zum Schluß auch dagegen, weil er, wie er in den „Politischen Tagesfragen“ kurz darauf äußerte, es nicht billigen konnte, „in zivilrechtlicher Beziehung das Volk in mehr und minder berechnete Klassen zu teilen und die Freiheit des Willens einer Klasse mehr als die einer anderen einzuschränken“.<sup>46</sup> Auf dem Vereinigten Landtag wandten sich im Zusammenhang mit dieser Frage von der Heydt und Mevissen gegen die Einführung von Gesindebüchern.<sup>47</sup> Der liberale Fortschrittsgedanke vermochte es jedoch noch nicht, sich erfolgreich gegen die in dieser Beziehung ganz durch den reaktionären Osten bestimmte Regierung durchzusetzen.

#### Steuerpolitik.

Die Rheinländer waren nicht nur konsequente Verteidiger der Rechtsgleichheit, sondern auch der gleichmäßigen Besteuerung aller Klassen. Der eifrigste Verfechter dieses Grundsatzes war Hansemann von Anbeginn seiner politischen Wirksamkeit an. Die Angriffe aus dem liberalen Westen richteten sich vornehmlich gegen die Klassensteuer, die die Angehörigen der unteren Stufen ungleich stärker belastete als die der oberen, und gegen die Mahl- und Schlachtsteuer, die auch ihres hohen Satzes wegen die arme Bevölkerung unverhältnismäßig schwer traf.<sup>48</sup> Schon 1831, dann wiederum 1832 in seiner Schrift „Preußen und Frankreich“,<sup>49</sup> die großes Aufsehen erregte, nahm

---

45. 8 Rh. Ltg. Verh. S. 116 f. dazu Croon S. 166 f., Schmidt S. 21 ff. Ein ausführlicher Bericht über die Verhandlung findet sich ferner Gesellschaftsspiegel I Heft 1 S. 18 ff., in dem gerade der Standpunkt der Rechtsgleichheit, auf dem die rheinischen Liberalen stünden, besonders unterstrichen wurde.

46. S. 22.

47. Bleich III S. 974.

48. Vgl. E. v. Beckerath, die preußische Klassensteuer und die Geschichte ihrer Reform, 1912.

49. Br. u. Akt. S. 100. Preußen u. Frankreich. S. 259.

Hansemann in schärfster Weise gegen diese Steuer Stellung. Sie schien ihm wegen des Druckes, den sie auf die unteren Volksklassen ausübte, eine politisch unkluge Maßnahme zu sein. 1840 schrieb er in seiner Denkschrift, daß die Verteuerung der notwendigsten und gesündesten Nahrungsmittel einer kräftigen Ausbildung der unteren Klassen schade.<sup>50</sup> Auf eine königliche Proposition über Steuernachlaß bemühte sich der Rheinische Landtag 1841, „irgend eine Ermäßigung zu ermitteln, . . . die vorzugsweise den ärmeren Klassen eine Erleichterung gewähre“, und beantragte eine Verringerung der Klassensteuer in der untersten Hauptklasse und vollständigen Erlaß der Mahlsteuer.<sup>51</sup> Die Verhandlungen wurden auf dem 7. Landtage fortgesetzt,<sup>52</sup> und zu lebhafteren Debatten und Anträgen auf Revision der Steuergesetzgebung kam es dann auf dem Landtag des Jahres 1845.<sup>53</sup> Führend war hier wiederum Hansemann, der die ganze Angelegenheit in seinen „Politischen Tagesfragen“ noch einmal ausführlich besprach. Ihm schlossen sich außer Camphausen besonders die Liberalen Brust, Baum, von Beckerath und Fellingner an. Fellingner forderte sogar Ersetzung aller Steuern durch eine einzige Einkommen- und Vermögensteuer, fand aber dafür doch noch kein Verständnis. Hansemann und mit ihm die andern Liberalen sahen in der Veränderung des Steuersystems eines der Hauptmittel, „durch welche der Zustand der handarbeitenden Volksklassen sich verbessern lasse“. <sup>54</sup> Hansemann wies auch die Unrichtigkeit der gegnerischen Theorie nach, daß hohe Steuern, die die Arbeitenden zu tragen hätten, durch höheren Arbeitslohn auf die Arbeitgeber zurückfielen.<sup>55</sup> Allerdings war auch er nicht dafür, den Proletarier, der von seiner Hände Arbeit leben könne, von jeder direkten Steuer zu befreien. Er wollte das Gefühl der Zugehörigkeit zum Staate bei den arbeitenden Klassen nicht durch Rechte, sondern durch

---

50. Br. u. Akt. S. 249.

51. 6. Rh. Ltg. Verh. S. 105 f.

52. 7. Rh. Ltg. Verh. S. 473 f.

53. 8. Rh. Ltg. Verh. S. 223, 233, 319.

54. Pol. Tagesfr. S. 23, 135 f.

55. Pol. Tagesfr. S. 135 f. Ebenso Vincke auf dem Vereinigten Landtag, Bleich III, S. 1644 ff.



Pflichten hervorrufen.<sup>56</sup> Vor dem Landtag begründete Hanse-  
mann seinen Antrag vor allem mit der zunehmenden politischen  
Bedeutung der unteren Klassen. Er sah in der Durchführung  
einer Steuererleichterung eine Möglichkeit, die politische Ge-  
fahr, die von unten her drohte, zu beseitigen. Der Antrag Hanse-  
mann wurde mit einer Mehrheit von 66 gegen 6 Stimmen an-  
genommen, von der Regierung jedoch abgelehnt. Der Ritter-  
stand glaubte „dem angeblichen Druck der untern Volksklassen  
durch ungleiche Steuerverteilung nicht die im Ausschußberichte  
motivierte außerordentliche Erheblichkeit beilegen“ zu müssen.  
Er hielt eine Vermögenssteuer für „noch schlimmer als die  
Klassensteuer“.<sup>57</sup> Der erste Erfolg der rheinischen Anträge war  
die Sistierung der Mahlsteuer für die ganze Monarchie auf ein  
Vierteljahr. Ein weiterer Erfolg dieser Verhandlungen war die  
zwei Jahre später dem Vereinigten Landtag vorgelegte Proposition  
der Regierung wegen Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer,  
Beschränkung der Klassensteuer und Einführung einer Ein-  
kommensteuer für die oberen Klassen. Diese Vorlage war im  
wesentlichen ebenso wie die der Ostbahnanleihe aus dem Wun-  
sche des Königs entstanden, eine Gelegenheit zur Zusammen-  
berufung der Stände nach Berlin zu schaffen.<sup>58</sup> Die rheinischen  
Liberalen hatten hier Gelegenheit, sich mit aller Energie für  
die Forderungen der Regierung, die ja auch die ihren waren,  
einzusetzen, stießen aber auf größten Widerstand bei der Mehr-  
heit des Landtags. Auch viele andere liberale Abgeordnete  
waren gegen eine Einkommensteuer, so daß die Deutsche Zei-  
tung den bereits zum geflügelten Wort gewordenen Ausspruch  
Hansemanns: „In Geldfragen hört die Gemütlichkeit auf“ in:  
„Beim Geldgeben hört der Liberalismus auf“ umwandeln  
konnte.<sup>59</sup> Der mit der Prüfung der Angelegenheit beauftragte,  
vorwiegend aus Konservativen gebildete erste Ausschuß des Ver-  
einigten Landtags lehnte die Regierungsvorlage ab, und zwar  
vor allem wegen der bei der Einführung der Einkommensteuer

---

56. Vgl. dazu unten seine Haltung in der Wahlrechtsfrage.

57. Pol. Tagesfr. S. 142.

58. Hierüber unterrichtet besonders gut Beckerath a. a. O., weil er  
immer die politischen Zusammenhänge im Auge behält.

59. Deutsche Zeitung vom 18. Aug. 1847.



notwendigen Selbsteinschätzung der Steuerpflichtigen, die dem Staat einen zu großen Einblick in die privaten Vermögensverhältnisse ermögliche. Die Konservativen zeigten sich also hier von liberalen Gedankengängen bestimmt, während die Liberalen sehr viel stärker vom Staate aus dachten. Der Referent der Minorität Hansemann<sup>60</sup> befürwortete den Regierungsentwurf, schlug jedoch in klarer Erkenntnis der Tatsache, daß die Regierungsvorlage niemals die Zustimmung der Majorität finden würde, ein Amendement vor, um wenigstens die ihm so wichtige Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer und eine Ermäßigung der Klassensteuer in den unteren Klassen zu erreichen. Die wirksamste Unterstützung fand der Regierungsvorschlag ohne jede Einschränkung bei Camphausen, der den Beweggründen Hansemanns zustimmte und den Regierungsentwurf für einen sozialen Fortschritt hielt. Er sah außerdem noch in der Selbsteinschätzung ein wichtiges Mittel zur engeren Verpflichtung des einzelnen gegenüber dem Staate,<sup>61</sup> überwand also in dieser Sache seinen eigenen liberalen Standpunkt. Diergardt unterstützte die Vorlage als einen Versuch, neben der Gleichheit vor dem Gesetz auch die Gleichheit in den Staatslasten zu erzielen.<sup>62</sup> Von Beckeraath sah in der Einkommensteuer das wirksamste Mittel, die Not zu lindern. „Wenn uns kein Herz in der Brust

---

60. Bleich III S. 1585 ff. Der wichtigste Abschnitt ebenda S. 1586 lautet: „...daß, die Regierung... die Absicht der Erfüllung des wesentlichsten Bedürfnisses einer gleichmäßigen Verteilung der Steuern zwischen den wohlhabenden und den ärmeren Volksklassen bekundet hat... Wir hören sehr viel vom Proletariat und von den Mitteln, demselben vorzubeugen; wir sehen Vereine stiften, um das Wohl der unteren Volksklassen zu befördern, — verkennen wir aber nicht, meine Herren, daß in der Gesetzgebung und gerade in der Steuergesetzgebung eines der Hauptmittel liegt, den Zweck, den jene Vereine sich vorgesetzt haben, zu verwirklichen, soweit dies überhaupt der Natur der Dinge nach möglich ist. Nicht nur die Gerechtigkeit gegen unsere Mitmenschen verpflichtet uns, auf eine gleichmäßigere Steuerverteilung Bedacht zu nehmen, nein, auch die höchsten politischen Rücksichten erfordern dies... Ich mache Sie aber darauf aufmerksam, daß eines der wesentlichen Mittel zur Beförderung des Nationalwohlstandes darin besteht, nicht nur die Verarmung dieser Volksklassen zu verhüten, sondern auch die Mittel zu befördern, durch welche sie in einen besseren, in einen wohlhabenderen Zustand geführt werden können“.

61. Bleich III S. 1592.

62. Bleich III S. 1624 f.

schlüge für das Elend unserer ärmeren Brüder . . . so müßten wir wenigstens mit staatsmännischem Blick in die Kluft hineinschauen, die sich immer weiter in der Gesellschaft öffnet und uns zu verschlingen droht, wenn wir sie nicht im Wege der Gesetzgebung ausfüllen“.<sup>63</sup> Vincke wies mit sehr viel Verständnis für die Notlage der arbeitenden Klassen auf die Mängel der Mahl- und Schlachtsteuer sowie der Klassensteuer in der bestehenden Form hin und setzte sich sogar für eine Progressivsteuer ein, die die größeren Vermögen, aber nicht in Form einer Einkommen-, sondern einer entsprechend ausgebauten Klassensteuer verhältnismäßig höher belasten sollte.<sup>64</sup> Auch die ostpreußischen Liberalen waren für eine Progressivsteuer zu haben. Zum Vergleich mögen einige Äußerungen der Gegner zu dieser Frage mit herangezogen werden. Graf von Merveldt, ein Vertreter der westfälischen Ritterschaft, war der Ansicht, daß die Erscheinung des „Pauperismus“ entweder eine Folge der letzten beiden Notjahre sei oder ihren Grund in besonderen örtlichen Verhältnissen habe, daß also allgemeine Maßnahmen nicht nötig seien.<sup>65</sup> Der Führer der schlesischen Liberalen, Milde, Besitzer einer großen Textilfabrik in Breslau, sah in der Mahl- und Schlachtsteuer deshalb keine Ungerechtigkeit, weil „die unterste Klasse in großen Städten mehr von Kartoffeln als von Brot und Mehlfabrikaten lebt“, also kein billigeres Brot brauche.<sup>66</sup> Die Abstimmung ergab 141 Stimmen für und 390 Stimmen gegen die Annahme der Regierungsvorlage. (Für die Einkommensteuer oder Selbsteinschätzung stimmten 204 Abgeordnete.) Unter den Zustimmenden befanden sich 25 (41) von im ganzen 75 Rheinländern, 11(30) von 35 Vertretern der ostpreußischen Ritterschaft, die meisten Abgeordneten aus den ostpreußischen und sächsischen und alle Vertreter der schlesischen und posenschen Landgemeinden, also aus Gebieten, in denen die Not besonders groß war.<sup>67</sup>

63. Bleich III S. 1664 f.

64. Bleich III S. 1644 ff.

65. Bleich IV S. 1670 f.

66. Bleich IV S. 1674.

67. Bleich I S. 1019 ff. Alles in allem stimmten für Einkommensteuer 49 Ostpreußen, 41 Rheinländer, 31 Schlesier, 26 Posener, 20 Sachsen, 16 Brandenburger, 13 Westfalen, 9 Pommeraner.

An der Ablehnung, die der Regierungsentwurf erlitt, war jedoch nicht nur mangelndes Verständnis für die sozialen Forderungen schuld, sondern die gesamte politische Lage der opponierenden Landtagsmitglieder. Genau so wie die Stände die Bewilligung der Ostbahnanleihe, deren sachliche Notwendigkeit sie eingesehen hatten, von der Zusage der Periodizität abhängig machten, genau so forderte man noch vor der Bewilligung neuer Steuern weitgehende politische Zugeständnisse der Krone. Die Rheinländer und Ostpreußen zeigten fast als einzige im Gegensatz zu ihrer Haltung in der Anleihefrage, daß sie ihren Oppositionsstandpunkt zurückstellen konnten, wenn es sich um die so wichtige Verbesserung in der Lage der Arbeiterschaft handelte. Ein weiterer Grund für die Ablehnung war die Nachlässigkeit, mit der die Regierung ihre eigene Vorlage verteidigte, ein Hinweis, wie wenig ernst es ihr mit ihrer Proposition gewesen war. Diese Annahme wird durch bereits bekannte Zeugnisse Leopold von Gerlachs<sup>68</sup> sowie durch private Briefe des Ministerialrats Otto Camphausen, der mit der Abfassung der Vorlage betraut war, bestätigt.<sup>69</sup> Um die ablehnende Haltung

68. Vgl. Beckerath a. a. O. und Leopold v. Gerlach, Denkwürdigkeiten I S. 116 f.

69. Otto Camphausen an Amalie Lenssen, Berlin 5. Mai 1847, Hist. Arch. Köln, Nachl. Camphausen. „Eine der lästigsten Aufgaben findet der Vereinigte Landtag in dem vorgelegten Gesetzentwurfe wegen Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer und Einführung der Einkommensteuer. So unzweifelhaft der Landtag mit gar schönen Redensarten wider die Mahl- und Schlachtsteuer zu Felde gezogen sein würde, wenn es bloß darauf angekommen wäre, das Gouvernement anzuklagen, so bedenklich werden die Herren, nachdem es darauf ankommt, in den eigenen Beutel zu greifen, und die große Mehrzahl sinnt nur auf einen honnetten Vorwand, die Maßregel zu beseitigen. Freilich fühlen alle, daß es auch eine mißliche Fassung für eine Versammlung ist, bei der sonst Pauperismus, Proletariat und Hebung der unteren Volksklassen eine große Rolle spielen, solange es nur auf — Worte ankommt“ Diese Kritik ist aus den oben angegebenen Gründen zwar zu scharf, aber doch nicht ganz unberechtigt. — 17. Juni 1847: In bezug auf den von ihm redigierten Entwurf über die Einkommensteuer habe ich alle Ursache, „mit dem Resultate zufrieden zu sein, weil ich dadurch der ungemein schwierigen Ausführung eines sehr tief in alle Lebensverhältnisse eingreifenden Gesetzes überhoben werde... Nicht minder kann das Gouvernement es sich sehr wohl gefallen lassen, statt der ... Einkommensteuer die einträglichere leicht und sicher eingehende Mahl- und Schlachtsteuer fort zu erheben ... Die Herren Stände ... konnten das Gefühl nicht los werden, daß das Gouvernement sich freisinniger und aufopferungsfähiger gezeigt

der Konservativen zu verstehen, ist zu berücksichtigen, daß mit einer Umwandlung der Klassen- in eine Einkommensteuer die Aufhebung aller Exemptionen sowie eine Änderung des Wahlrechts verbunden gewesen wäre. Es war anzunehmen, daß das Wahlrecht dann nicht weiter wie bis dahin ständisch aufgebaut hätte bleiben können, daß es vielmehr stärker als bisher auf den Besitz hätte basiert werden müssen. Das würde eine Schwächung der Stellung des Adels zugunsten des Bürgertums zur Folge gehabt haben und erklärt somit auch von dieser Seite her die Haltung der liberalen Rheinländer. Nur die Stellung des ostpreußischen Adels ist nicht auf die Verfolgung von Standesinteressen zurückzuführen. Die *Kölnische Zeitung* unterstützte selbstverständlich den Kampf der Landtagsabgeordneten um eine Revision des Steuerwesens und verurteilte besonders die Haltung der Konservativen, die sich als reine Egoisten gezeigt hätten. Sie wies die Regierung darauf hin, daß sie, wenn sie Opfer fordere, auf die Vertreter der bisherigen Opposition am ehesten zählen könne.<sup>70</sup> Nach Schluß des Landtags griff die *Deutsche Zeitung* die Einkommensteuerfrage in mehreren Artikeln wieder auf, die ihrer ganzen Diktion nach von Hansemann stammen könnten,<sup>71</sup> und verband damit auch die Forderung nach einem anderen Wahlmodus. Das ungünstige Abstimmungsergebnis, so führte sie aus, sei im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß der Grundbesitz fast ausschließlich vertreten sei.<sup>72</sup> Der Verfasser kam damit auf die noch zu be-

---

hatte, als die Versammlung. Übrigens bin ich der Meinung, daß die Versammlung nur ein getreues Abbild der im Lande herrschenden Meinungen war ... und daß die Regierungsvorlage daher mit Recht für jetzt verworfen worden ist, aber auch nur für jetzt.“

70. Köln. Ztg. 1847, Nr. 171.

71. Es fand sich jedoch nirgends ein Hinweis darauf, daß Hansemann schon vor dem Oktober 1847 in der *Deutschen Zeitung* geschrieben habe. Ausdrucksweise und Gedankengang sprechen aber sehr für ihn oder einen ihm Nahestehenden: daß es z. B. nicht darauf ankäme, nur das absolut Beste, sondern das Bessere unter den gegebenen Umständen zu erreichen (5. 7.) Ferner finden sich Hinweise auf den Zollverein (ebenda), Forderung eines Zensus für das aktive Wahlrecht, während das passive frei sein sollte u. dergl. mehr (15. Juli). (Auch die neuere Arbeit von Ludwig Bergsträsser, die „Heidelberger“ *Deutsche Zeitung* und ihre Mitarbeiter, *Histor. Vierteljahrsschrift* Bd. 31 (1937) bes. S. 351 u. 369 f. bringt keine Gewißheit über diese Vermutung. Zusatz des Herausgebers.)

72. *Deutsche Zeitung* vom 15. Juli 1847.



sprechende liberale Forderung nach einer Anpassung des Wahlrechts an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse zurück. Hanse mann erwies sich 1848 als Finanzminister in der Steuerangelegenheit nicht so konsequent, wie man hätte erwarten sollen. Zwar war eine seiner ersten Regierungsmaßnahmen eine Verordnung, die es den Städten freistellte, die Mahlsteuer durch eine direkte, möglichst eine Einkommensteuer, zu ersetzen.<sup>73</sup> Dabei blieb es aber vorläufig auch,<sup>74</sup> und damit war im Grunde nichts geschehen. Der Vorstoß, den die rheinischen Liberalen für eine gerechte Steuerverteilung gemacht hatten, war gescheitert. Jedoch muß man ihnen das Verdienst lassen, eine wirksame Anregung für später gegeben zu haben.

### Bodengesetzgebung.

Trotz des Widerstandes der preußischen Regierung gegen das rheinische Recht und trotz der Bestrebungen Friedrich Wilhelms IV., den Adel und den Grundbesitz überhaupt zu fördern, sollten die in der übrigen Monarchie geltenden Bestimmungen über Unteilbarkeit des Grundbesitzes auch im Rheinland und in Westfalen eingeführt und ein Parzellenminimum festgelegt werden. Das Rheinland, wo der Adel durchaus nicht die Bedeutung hatte wie in den östlichen Provinzen, leistete Widerstand.<sup>75</sup> Der Westen begründete sein Eintreten für unbedingte Teilbarkeit des Bodens interessanterweise mit der aus dieser Gesetzgebung drohenden Gefahr, daß sich der Fabrikarbeiter von der Scholle lösen werde. Nachdem er die Notwendigkeit eines gesicherten Grundbesitzes und eines kräftigen Bauernstandes im Staate <sup>76</sup> anerkannt hatte, stellte der 6. Rheinische Landtag von 1841 fest, daß die „Bestimmung eines Minimums der Teilbarkeit

---

73. Verordnung vom 4. April 1848.

74. Die weitere Geschichte der Steuerangelegenheit ist dargestellt bei Beckerath a. a. O. S. 69 ff.

75. Camphausen machte Henz gegenüber die ironische Bemerkung, daß man „am Rhein ... den beabsichtigten Krieg gegen die Teilung des Grundeigentums zum Zwecke der Fabrikation von Aristokraten ... teils lächerlich, teils ärgerlich“ fände. Schwann II S. 465.

76. Vgl. dazu auch Camphausen, Schwann II S. 250 f., wo er sich für die Erhaltung einer möglichst großen Zahl unabhängiger Staatsbürger und Eigentümer einsetzt.



des Grundvermögens . . . gerade die allerärmste Klasse betreffen würde . . . So werden viele arme Leute, welche jetzt eine Parzelle des väterlichen Erbes, sei sie noch so klein, ihr Eigentum nennen, in Zukunft obdachlos, wenigstens ohne das feste Band an die Heimat, den Grundbesitz, umherirren müssen. Es möchte sich eine besitzlose Klasse bilden“.<sup>77</sup> Besonders in der Nähe großer Städte hielten die rheinischen Abgeordneten den kleinen Grundbesitz für unbedingt notwendig, um dem Fabrikarbeiter eine Existenzgrundlage zu erhalten und ihm die Möglichkeit zu intensiverer Bewirtschaftung durch Gemüse und Obstanbau zu bieten. Auch Harkort hatte schon Jahre vorher bewußt etwas versucht, was man heute Siedlungspolitik nennen würde. Er stellte im Westfälischen Landtag 1830 einen Antrag auf unbegrenzte Teilbarkeit des Bodens. Kleine Grundstücke, so meinte er, bildeten die Existenzgrundlage für die westfälischen Fabrik- und Bergarbeiter und könnten ihnen helfen, die unvermeidlichen Stockungen in Handel und Gewerbe zu überwinden. Darum müsse auch neu Zuziehenden die Möglichkeit zum Erwerb von Grundbesitz gegeben werden.<sup>78</sup> Auf dem folgenden Landtag mußte sich Harkort sogar gegen Vorschläge wenden, die dem Arbeiter den Erwerb einer eigenen Scholle Landes erschweren sollten.<sup>79</sup> Der Erfolg dieser und anderer der Regierung unbequemer Vorschläge war der, daß Harkort in Zukunft mit der Begründung vom Landtage ausgeschlossen wurde, daß er als Fabrikant kein Verständnis für die Lage des Bauernstandes habe und deshalb nicht berechtigt sei, in diesem Stande ein Mandat zu erhalten. In seinen späteren Schriften befürwortete er jedoch weiterhin die Anlage von Arbeitersiedlungen, „Gärtnerwohnungen“ wie er sie nannte, im Umkreis der Städte nach englischem Vorbild. Die Verbindung nach der Stadt lasse sich durch die neugebauten Eisenbahnen leicht bewerkstelligen.<sup>80</sup> In seiner Schrift über die „Vereine“ setzte er sich für weitgehende Förderung des Kleingrundbesitzes in Verbindung mit landwirtschaftlicher Fachausbildung ein. Er hielt diesen Weg mit Recht

---

77. 6. Rh. Landtag Verhandlung S. 97 f.

78. Berger S. 211.

79. ebenda S. 216 ff.

80. Bemerkungen S. 45 f.

für sehr viel erfolgreicher als die Wohltätigkeitsmaßnahmen, die von den verschiedenen Vereinen ergriffen wurden.<sup>81</sup>

Diese Anregungen rheinischer und westfälischer Liberaler, denen auch die Gedanken Bülow-Cummerows nahestehen, den Industriearbeiter vor einer gänzlichen Loslösung von der Scholle zu bewahren, fanden in ihrer Zeit kein Verständnis. Die Regierung folgte den Wünschen des Großgrundbesitzes, der in den „alten“ Provinzen noch die unbedingte Vorherrschaft hatte, und stand der veränderten wirtschaftlichen Lage in den industriereichen Provinzen des Westens verständnislos gegenüber. Die vereinzelt Vorschläge und Warnungen verhallten ungehört, und erst unserer Zeit blieb es vorbehalten, die damals geäußerten Gedanken allerdings unter sehr erschwerten Umständen wieder aufzunehmen.

### Schulwesen.

Auf dem Gebiete des Schulwesens zeigten die rheinischen Liberalen, abgesehen von Mevissen, keinerlei Verständnis und Interesse. Man wünschte im allgemeinen gar nicht, den Bildungsstand der unteren Klassen zu sehr zu heben. Hansemann äußerte sich mehrfach in diesem Sinne.<sup>82</sup> Harkort sah sich darum genötigt, gegen das „Geschwätz“ anzugehen,<sup>83</sup> die unteren Stände könnten zu viel lernen. Hansemann war zwar für Aufklärung der unteren Volksklassen, womit er politische Aufklärung im bürgerlichen Sinne meinte,<sup>84</sup> wandte sich aber gerade gegen die allgemeine Schulpflicht als eine Ursache für das Anwachsen „demokratischer Elemente“.<sup>85</sup> Harkort dagegen stellte in seiner Schrift über die preußische Volksschule fest, daß unter einer Anzahl von größeren Städten im Jahre 1838 gerade Aachen den geringsten Prozentsatz an schulpflichtigen Kindern aufwies, die die Schule auch wirklich besuchten, nämlich nur 37 Prozent gegen z. B. 79 Prozent in Elberfeld-Barmen.<sup>86</sup>

---

81. ebenda S. 14 ff.

82. Vgl. oben S. 27.

83. Vereine S. 22.

84. Br. u. Akt. S. 95.

85. Br. u. Akt. S. 22, s. auch oben.

86. ebenda S. 18 (1842).

Auf dem 4. und 6. Rheinischen Landtag war die Übernahme der Schulkosten durch die Gemeinden von konservativer Seite, von Max von Loe, erwogen worden, da die Eltern oft nicht imstande seien, das Schulgeld zu bezahlen. Die liberale Mehrheit des Landtags wollte jedoch lieber auf den Schulzwang verzichten, ehe sie den Eltern die Kosten abnahm(!). Ein Antrag auf Aufhebung des Schulzwangs ging dann aber doch nicht durch.<sup>87</sup>

Hansemann hatte ursprünglich bei der Gründung seines Vereines auch die Einrichtung von Unterrichtsanstalten für hilfsbedürftige Kinder im Auge gehabt, kam dann aber nach Einführung der allgemeinen Schulpflicht wieder davon ab, obgleich die Schulverhältnisse gerade in Aachen besonders ungünstig waren. Kleinkinderschulen, d. h. Kinderhorte und -Gärten hat er auch weiterhin gefördert.

Einzelne Fabrikanten richteten Fabrikschulen für die bei ihnen arbeitenden Kinder ein. Die Schule der Spinnerei in Hammerstein galt als besonders vorbildlich. Sie bot außer dem normalen Unterricht den größeren Mädchen auch noch die Gelegenheit, Nähen zu lernen.<sup>88</sup> Im ganzen waren jedoch die Fabrikschulen ein höchst unvollkommener Ersatz für eine richtige Schule. Die Kinder hatten in der Regel 10, ja 12 Stunden zu arbeiten und konnten nicht außerdem noch zwei Stunden in der Schule aufpassen und lernen. Ein wirklicher Ausbau des Bildungswesens auch von privater Seite aus war nur möglich bei gänzlicher Abschaffung der Kinderarbeit, wogegen die Industriellen sich natürlich sträubten. Nur Mevissen und in Westfalen Harkort forderten über die bestehenden Einrichtungen hinaus noch weitergehende Maßnahmen. Aber alle ihre Forderungen konnten nicht erfüllt werden und blieben sinnlos, solange die Kinderarbeit in den Fabriken trotz des Kinderschutzgesetzes von 1839 in gleichem Umfange bestehen blieb und die Fabrikanten auf diese billigen Arbeitskräfte nicht verzichten

---

87. Croon S. 239 ff.

88. Gesellschaftsspiegel I Heft 1 S. 59 f. Von anderer Seite wurden allerdings die Verhältnisse in Hammerstein als sehr viel ungünstiger dargestellt, ebenda Heft 4 Nachr. S. 58 f. Eine objektive Beurteilung ist nach dem vorhandenen Material schlecht möglich.

wollten. Die Forderungen Harkorts, den Eltern müsse unerbittlich das Recht genommen werden, ihre Kinder als Sklaven an die Fabrik zu verkaufen,<sup>89</sup> wandten sich nicht an die Schuldigen, sondern an die Leidtragenden dieses Systems. Sie hatten keinen Erfolg. Wichtiger ist, daß Harkort vom Staate weitgehende Erhöhung der Ausgaben für das Schulwesen verlangte und überhaupt prinzipiell die Forderung nach „gründlichem Unterricht für das ärmste Kind“ erhob.<sup>90</sup> Er stellte ferner den Grundsatz auf, daß die Schule eine Angelegenheit des Staates und nicht der Gemeinden sei.<sup>91</sup> Darum gestand er auch dem Staate das Aufsichtsrecht über die Schulen zu. In seiner Schrift über die preußische Volksschule und ihre Lehrer gibt er interessante Aufstellungen über die verhältnismäßig große Zahl schulpflichtiger Kinder, die ohne jeden Unterricht blieb. Die Verhältnisse in den Städten waren nach dieser Abrechnung sehr viel schlechter als auf dem Lande, jedenfalls infolge der Fabrikarbeit der Kinder. Harkort setzte sich auch noch im Jahre 1848 und späterhin für den weiteren Ausbau der Volksschule und die Erhöhung der Lehrergehälter ein, ohne jedoch viel zu erreichen. Während er in der Bildung die Grundvoraussetzung zur Lösung der sozialen Frage sah, warnte z. B. die Kölnische Zeitung, die auch unbeschränkte Bildungsmöglichkeit wünschte, vor einer Überschätzung der Schulbildung, da Brot schließlich für das Volk doch noch wichtiger sei als Bildung und man nicht glauben dürfe, durch einen besseren Unterricht allein die sozialen Schäden zu heilen.<sup>92</sup> Soweit sich feststellen läßt, war Mevissen der erste unter den rheinischen Liberalen, der 1838 den Gedanken aussprach, daß der Staat verpflichtet sei, für Erziehung und Ausbildung des Geistes zu sorgen, und allgemeinen Schulunterricht

---

89. Bemerkungen S. 43.

90. Den Bemerkungen über die preußische Volksschule gibt er das Motto: „Es ist aber in einer Stadt an einem Schulmeister so viel gelegen als an einem Pfarrherrn. Bürgermeister, Fürsten und Edelleute können wir entbehren. Schulen kann man nicht entbehren, denn sie müssen die Welt regieren!“

91. Volksschule S. 20: „Das Volk, die Gemeindeschule gehört allen Konfessionen an, deshalb gebührt dem Staate vorzugsweise Leitung und Aufsicht.“

92. Buchheim, Stellung der K. Z. S. 473 und S. 183.



auf Staatskosten verlangte.<sup>93</sup> Er forderte Unterricht vom 7. bis 17. Lebensjahr und unentgeltlichen Unterricht für Kinder unbemittelter Eltern. Seine Beweggründe waren in späterer Zeit (1845) noch deutlicher als bei Harkort politischer Natur: „Klärt die Massen beizeiten auf über ihre wahren Interessen, zeigt ihnen die Möglichkeit einer freien, vernunftgemäßen, von der Zustimmung eines vorgeschrittenen Geistes getragenen Umbildung und Entwicklung der Zustände, und die Massen werden der maßvollen Vernunft, der Freiheit, nicht dem Triebe des Egoismus folgen.“<sup>94</sup> Zahlreicher waren die Forderungen nach Fortbildungsschulen. Das „Adreßkomptoir“ in Düsseldorf richtete 1847 eine Freischule für Mädchen von 13 bis 15 Jahren ein, weil gerade die Jahre der Entwicklung aus dem Kindesalter die wichtigste Zeit des Lebens sei.<sup>95</sup> Harkort forderte neben den Fabrikschulen besondere Fortbildungsschulen für die Landbevölkerung und setzte sich als einziger für körperliche Ertüchtigung ein.<sup>96</sup> In bezug auf das Schulwesen war die Haltung der politischen Parteien so uneinheitlich wie möglich. Da standen auf der liberalen Seite die Ansichten von Mevissen und Harkort gegen die Hansemanns und einer großen Zahl anderer. Die ostpreußischen Liberalen sahen in mangelhafter Schulbildung und fehlender beruflicher Ausbildung eine Hauptursache des Notstandes unter ihrer Landbevölkerung. Ein Artikel in „Unsere Gegenwart und Zukunft“<sup>97</sup> machte besonders den Konservativen den Vorwurf, daß sie Furcht vor der Volksbildung hätten. Dagegen stand der erwähnte Antrag M. v. Loes über den Ansichten von Bülow-Cummerow, der sich auch stark für eine Hebung des Volksschulwesens einsetzte. Bildungsoptimismus auf der einen und Furcht vor den Folgen einer Ausbreitung politischer Bildung in den bis dahin politisch ungebildeten Klassen des Volkes auf der anderen Seite hielten sich ungefähr die Wage.

---

93. Hansen, I S. 118.

94. Hansen II S. 133 f.

95. Zustände der arb. Klasse S. 2 f. Deutsche Ztg. vom 6. Jan. 1848 u. a. mehr.

96. Vereine, S. 19.

97. J. Kell, Die Volksschule und ihre Gegner, a. a. O. Bd. 6 S. 10.



## Schutz der Industrie.

Der in den vierziger Jahren alle Vertreter des Handels und der Industrie erregende Kampf um Freihandel oder Schutzzoll wurde von den rheinischen Liberalen zum großen Teil „im Interesse der arbeitenden Klassen“ geführt, im Gegensatz etwa zu List, für den dieser Gesichtspunkt keine Rolle spielte. „Schutz der nationalen Arbeit“ oder „freie Wirtschaft“, beides im Interesse der arbeitenden Klassen.<sup>98</sup> Die Freihändler glaubten, daß aus erhöhten Zöllen nur die Unternehmer Vorteile zögen und das Anwachsen eines Industrieproletariats gefördert würde.<sup>99</sup> Die Gegenseite forderte Schutz der nationalen Arbeit, um der zunehmenden Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Über die Arbeitslosigkeit wird besonders seit 1844/5 in Zeitungen und zahlreichen Privatäußerungen geklagt. Königs in seinen Briefen an Mevissen und auch Hansemann stellten sie wiederholt fest. Hansemann setzte sich besonders auf dem 8. Rheinischen Landtag für ein Schutzsystem für die Industrie ein, um durch Vermehrung der Arbeit für das Wohl der Arbeiter zu sorgen. Brüggemann war dagegen in der Kölnischen Zeitung für Freihandel nach außen, „aber Schutz der Industrie und staatliche Regelung der Produktion im Inland“.<sup>100</sup> Auf dem 6., 7. und 8. Rheinischen Landtag, in der Rheinischen und Kölnischen Zeitung, vor allem aber in der Handelskammer Köln wurde der Kampf mit der größten Heftigkeit geführt und erreichte für die Rheinlande seinen Höhepunkt im Jahre 1845 in der Kontroverse Camphausen-Mevissen. Camphausen bestritt, daß durch Schutzzölle die Arbeitslosigkeit vermindert oder „die Schuld gegen die leidende Menschheit“ abgetragen werde, daß die Fabrikindustrie vorzugsweise dahin führe, „die Leiden der arbeitenden Klassen zu stillen“.<sup>101</sup> Mevissen war der Ansicht, „daß die schrankenlose Konkurrenz“ unter den heutigen Verhältnissen überall unermessliche

98. Vgl. dazu Marx im Komm. Manifest.

99. Auch die sozialistische Trierer Zeitung, vgl. Hansen I 397 Anm. 1.

100. K. Z. 1847 Nr. 9 Ausführliche Darstellungen der Schutzzollpolitik bei Hansen I 396 ff.; Schwann I 150 ff.; Croon S. 196 ff.; Schmidt S. 52 ff., ferner Verh. des 6., 7. u. 8. Rhein. Landtages.

101. Schwann II S. 275 f. Für die Behauptung Schmidts a. a. O. S. 53, daß Camphausen den Nationalwohlstand über die Nationalwohlfahrt gestellt habe, sehe ich nach der bei Schwann I S. 205 f. angeführten Wendung keine Veranlassung.

Reichtümer in die Hände weniger häufen und Tausende dagegen zu Proletariern machen werde.<sup>102</sup> Weil er aber richtig erkannte, daß es sich nicht um eine vorübergehende Erscheinung, sondern um einen strukturellen Fehler im gesamten Aufbau der Gesellschaft handelte, ging er auch nicht so weit, „in Schutzzöllen und nur in Schutzzöllen das Heil des Landes quand même“<sup>103</sup> zu erblicken, wie dies die übrigen Schutzzöllner taten. Beckerath schrieb in der Deutschen Zeitung am 28. Juli 1847, daß „in jener Vermehrung der Arbeit [durch Schutzzölle] auch eine Vermehrung der Mittel gefunden werde, mit welchen wir an die unabweisbare Aufgabe unserer Zeit, an die soziale Verbesserung der ärmeren Klassen heranzutreten haben werden“.<sup>104</sup>

Selbstverständlich darf man nicht annehmen, daß das Wohl der arbeitenden Klassen für alle, die es bei dieser Gelegenheit im Munde führten, das ausschlaggebende Motiv gewesen ist. Beckerath und Mevissen mögen zu den wenigen Ausnahmen gehören. Die Fabrikanten in der unter der englischen Konkurrenz leidenden Industrie waren für Schutzzölle und die Kaufleute Kölns für Freihandel um ihres eigenen Vorteils willen. Die zahlreichen sozialpolitischen Begründungen zeigen jedoch, wie weit es gerade im Rheinland Mode war, Interesse für die arbeitenden Klassen, insbesondere für die Fabrikarbeiter zu bezeugen. Die Regierung stand um die Zeit noch ganz auf dem Boden der Freihandelspolitik, war also „liberaler“ als ein Teil der liberalen Opposition.

### F a b r i k g e s e t z g e b u n g .<sup>105</sup>

Dem 5. Rheinischen Provinziallandtage, nicht den Liberalen im besonderen<sup>106</sup> gebührt als erster öffentlicher Körperschaft in

102. Hansen II S. 152.

103. Hansen II S. 326, wo er über diese „für ihre eigene Taschen zärtlich besorgten Schutzzollfreunde“ spottet.

104. Vgl. dazu auch den Brief Lingenbrinks an Mevissen, Hansen I, S. 469 Anm. 3. Über die ganze Angelegenheit überhaupt am besten Hansen I. In Elberfeld z. B. wurde die Konstituierung eines Vereins beschlossen „für Vermehrung der Arbeit sowie Verminderung des Proletariats durch Schutz der Industrie“. 15. Dez. 1847. Nachl. Mevissen.

105. Ausführliche Darstellung und Schilderung der Verhältnisse in den Fabriken bei Anton Croon S. 205 f., Schwann in Rheinprovinz, S. 283 ff. und Schmidt S. 40 f.

106. S. oben Einleitung. Der Hauptwiderstand gegen eine gesetzliche Regelung ging von Schuckmann aus.

Preußen das Verdienst, sich mit der Fabrikgesetzgebung befaßt zu haben. Dies Verdienst wird auch dadurch nicht geschmälert, daß von der Seite der Regierung bereits früher Erhebungen über die Kinderarbeit gemacht worden waren und daß der Oberpräsident der Rheinprovinz und spätere Minister von Bodelschwingh auch bereits Eingaben an die zuständigen Ministerien zur Abhilfe offensichtlicher Mißstände gerichtet hatte, die jedoch keine Beachtung gefunden hatten.

1837 stellte der nicht der liberalen Gruppe angehörende Fabrikant Schuchard aus Barmen, nachdem er im Rheinisch-Westfälischen Anzeiger einen Artikel über die Kinderarbeit geschrieben hatte, den Antrag, bei der Regierung um ein Schutzgesetz für die in den Fabriken arbeitenden Kinder zu bitten. Das Gesetz sollte Beschäftigung erst vom neunten Lebensjahre an nach vorhergegangenem dreijährigem Schulbesuch gestatten und die Arbeitszeit der Kinder auf ein Maximum von 10 Stunden täglich mit einer Zwischenpause von zwei Stunden festlegen. Der Antrag verursachte eine lebhafte Debatte im Landtag, bei der die Verhältnisse der Fabrikkinder ausführlich zur Sprache kamen, und wurde mit starker Mehrheit angenommen.<sup>107</sup> Die Regierung erließ daraufhin am 9. März 1839 ein Regulativ, das erste Arbeiterschutzgesetz in Preußen, das allerdings in seinen Maßnahmen nicht so weit ging, wie die Stände es gefordert hatten. Die Durchführung ließ zu wünschen übrig, so daß Schuchard dem 7. Landtag von 1843 abermals einen Antrag auf eine Kontrolle der Fabriken besonders der unglaublichen sittlichen Zustände wegen zuführte.<sup>108</sup> Diese Anregung wurde gerade von den Liberalen Beckeraath und Wergifosse abgelehnt, die die Zustände nicht für so schlimm ansahen und in deren Augen die Fabrikkontrolle eine kränkende Maßnahme für die Besitzer bedeutete. Der Antrag wurde infolgedessen nicht angenommen. Die Liberalen fürchteten also, ebenso wie Hansemann auf dem folgenden Landtag bei seiner Ablehnung der Knappschaftskassen, daß durch solche Maßnahmen in die per-

---

107. 5. Rhein. Landtag. Verhandlung S. 23 f.

108. Anton S. 59 f. Ganz besonders schlimm waren übrigens die Verhältnisse in Aachen. Auf diesem Gebiet tat Hansemann nicht das geringste.

sönliche Freiheit eingegriffen werde, obwohl sie die Mißstände in den Fabriken anerkannten.<sup>109</sup> Die Konservativen dagegen fühlten sich ähnlich wie die ostpreußischen Adligen wiederum stärker verantwortlich für ihre Arbeiter und waren der Ansicht, daß staatliche Bindungen der zügellosen Freiheit vorzuziehen seien.<sup>110</sup> Es ist bezeichnend, daß die Frage des Kinderschutzgesetzes nach 1848 gerade von v. d. Heydt wieder aufgenommen wurde und daß er es war, der ein ausreichendes Gesetz durchdrückte.<sup>111</sup> Der Hauptkämpfer gegen die Fabrikarbeit der Kinder war in Preußen Harkort, für den eben diese Kinderarbeit eines der wichtigsten „Hindernisse der Emanzipation“ der unteren Klassen bildete. In diesem Punkte sah er auch die Unzulänglichkeit privater Maßnahmen und die Notwendigkeit staatlichen Eingreifens ein.

Ein anderer weitverbreiteter Übelstand in den Fabriken wie überhaupt in fast allen gewerblichen Unternehmungen der Zeit, besonders beim Eisenbahnbau, war das *Trucksystem*,<sup>112</sup> die Entlohnung der Arbeiter in — zum Teil minderwertigen — Waren statt in Geld. Nachdem schon 1833 der Solinger Fabrikant Peter Knecht dagegen vorgegangen war und auf dem 6. Rheinischen Landtage auf die unzureichende Höhe des Arbeitslohnes hingewiesen worden war, forderte der Landtag von 1843 auf Anregung des Liberalen Wergifosse ein gegen das Trucksystem gerichtetes Gesetz.<sup>113</sup> Die Regierung lehnte jedoch den Antrag ab und machte sich dabei die sonst von den Liberalen gebrauchte Begründung zu eigen, daß ein derartiges Gesetz ein „zu tiefes Eingreifen in die privatrechtlichen Verhältnisse“ bedeute. So blieb also dieser Vorstoß zunächst wirkungslos. Anläßlich der Gewerbeausstellung vom Jahre 1844 in Berlin wurde die Angelegenheit auf Anregung des Präsidenten des Solinger Fabrikantengerichtes wieder aufgenommen, zunächst jedoch

---

109. 7. Rhein. Landtag. Verh. S. 478, vgl. dazu z. B. Hansemann, Br. u. Akt. S. 247.

110. Vgl. dazu auch Bülow-Cummerow und besonders Radowitz s. o.

111. Vgl. Bergengrün, v. d. Heydt S. 210 ff. und Anton, Fabrikgesetzgebung S. 99 ff.

112. Dargestellt bei Anton, Fabrikgesetzgebung, 135 ff., ferner Schwann, Rheinprovinz, S. 240 f. und Schmidt, S. 43 f., Croon S. 204 f.

113. 7. Rh. Landtag, Verh., S. 478 u. Anhang: Landtagsabschied.



wieder ohne Erfolg. Anfragen bei den verschiedenen Handelskammern ergaben aber überall die Notwendigkeit einzuschreiten. Nur die Kölner Handelskammer, deren Präsident C a m p h a u s e n war, äußerte sich nicht in gleichem Sinne. Erst im Winter 1847/8 kam die Sache wieder in Fluß. Während des Sommers 1848, also unter dem Ministerium Camphausen/Hanse mann, wurde ein Verbot des Trucksystems vorbereitet, das dann in die oktroyierte Verfassung aufgenommen wurde.<sup>114</sup> Dies war die einzige, allerdings sehr bedeutsame sozialpolitische Maßnahme des liberalen Ministeriums.

Über die bisher genannten Anträge hinaus gingen Vorschläge einzelner rheinischer Liberalen wie etwa der Harkorts auf staatliche Festsetzung eines L o h n m i n i m u m s und eines M a x i m u m s d e r A r b e i t s z e i t, die sich den sozialistischen Forderungen der Zeit bereits stark näherten. Der Gedanke, ein L o h n m i n i m u m von Staats wegen festzusetzen, fand sich in liberalen Kreisen am Rhein zuerst bei A n d r e e. Er machte in seiner schon genannten Artikelreihe 1844 den interessanten Vorschlag, zunächst einmal das Lohnminimum nach dem jeweiligen Preise der Lebensmittel (dem örtlichen Existenzminimum oder Lebenshaltungsindex also) festzusetzen. Die Fabrikanten sollten dann je nach der Höhe des Arbeitslohnes, den sie zahlten, eine Steuer entrichten, die mit dem Steigen des Lohnes fiel und umgekehrt, so daß sie, wenn sie die Löhne drückten, keinen Gewinn daraus ziehen könnten.<sup>115</sup> H a r k o r t verlangte die Festlegung einer Maximalarbeitszeit von 11 Stunden im Zusammenhang mit seinen Volksbildungsbestrebungen und der Forderung nach Grundbesitz für den Arbeiter, zu dessen Bebauung ihm Zeit gelassen werden mußte.<sup>116</sup> Er dachte ferner an G e w i n n b e t e i l i g u n g der Werk t ä t i g e n, von deren Einführung er sich viel versprach. Um die gleiche Zeit hatte Andree eine ähnliche Art der Beteiligung der Arbeiter am Gewinn eines Unternehmens vorgeschlagen.<sup>117</sup> Der schon genannte Artikel der

---

114. Wortlaut des Gesetzes bei Anton, S. 155.

115. Artikelreihe „Industrie und Gesellschaft“ K. Z. im Frühjahr 1844. Vgl. Buchheim, Stellung der K. Z. S. 286 ff.

116. Bemerkungen 44.

117. Buchheim, Stellung der K. Z. S. 286 ff.



Düsseldorfer Zeitung setzte sich mit dem gleichen, in liberalen Kreisen durchaus bekannten Gedanken auseinander, machte jedoch auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die entstehen würden, wenn das Unternehmen mit Verlust arbeite, da der Arbeiter zwar den Gewinn, nicht aber den Verlust mittragen könne.<sup>118</sup> Mevissen forderte „gleichmäßige Festsetzung eines bestimmten Maßes der Arbeitszeit und eines Minimums des Arbeitslohnes und zu diesem Minimum Arbeit für den Staat in Zeiten der Krise<sup>119</sup> und die gemeinsame Aufnahme solcher Grundsätze in das europäische Völkerrecht“. Die Verwirklichung dieses Gedankens — in Verbindung mit freier Volksbildung auf Staatskosten und Steuerfreiheit — „dürfte das endliche Resultat des heutigen Arbeiterelends sein“<sup>120</sup> Mit diesen Forderungen eilte er seiner Zeit weit voraus.

Mehr aber noch mit einem Gedanken von größter volkswirtschaftlicher Bedeutung, der in der ersten Schrift des jungen Mevissen von 1838 auftaucht und sich durch alle seine späteren Äußerungen zieht: dem Gedanken der Dezentralisation der Industrie. 1838 schrieb der 23 jährige: „Von übeln sittlichen und staatlichen Folgen werden Fabriken da sein, wo sie die ganze Bevölkerung eines Ortes ihrem natürlichen Beruf entziehen und in die industriellen Strudel hineinreißen“. „Die heilsamste Wirkung werden Fabrikunternehmungen da haben, wo sie dem ausschließlich herrschenden Ackerbau ein Gegengewicht geben und das lose Treiben einer Menge, die in dem Ackerbau keine Bestimmung findet (also Bevölkerungsüberschuß), in sich aufnehmen“.<sup>121</sup> 1840 stellte er als Grund des Arbeiterelends in England die „Anhäufung der Manufakturen in einem Zentralkpunkt“ fest.<sup>122</sup> 1845 hat Mevissen in der Broschüre über Schutzzoll und Freihandel seine Gedanken bereits zu einem klaren System ausgebildet. Er wünschte Maß-

---

118. Zustände der arbeitenden Klasse S. 60.

119. Arbeit für den Staat in Zeiten der Krise war auch eine Forderung der ostpreußischen Liberalen. Der Gedanke des Rechtes auf Arbeit fand sich in der Zeit vielfach, z. B. auch bei Bülow-Cummerow.

120. Hansen II S. 162.

121. Ebenda S. 45.

122. Hansen II S. 85 ff.

nahmen der Regierung für eine möglichst gleichmäßige Verteilung von Handel und Industrie über das ganze Land und staatliche Organisation der Arbeit,<sup>123</sup> „vor allem einen Ausgleich“ zwischen den vorzugsweise Ackerbau treibenden östlichen und den mehr industriellen westlichen Provinzen“.<sup>124</sup> „In einem wohlgeordneten System bedingen sich Ackerbau, Handel und Industrie gegenseitig, und es ist Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, daß keines dieser Elemente der Staatsökonomie sich allein allzu extrem auf Kosten des anderen entwickle“. Den gleichen Gedanken der Dezentralisation der Industrie mit denselben Begründungen vertrat auch Andree 1844. Selbst Camphausen lag der Gedanke nicht ganz fern, wenn er 1845 meinte, „daß es vielleicht tunlich sei, auf neue Anlagen an solchen Orten hinzuwirken, wo augenblicklich die Arbeit fehle.“<sup>125</sup> Mevissens Mahnung verhallte ungehört. Der Staat ließ die Wirtschaft sich frei entwickeln. Der Gedanke, Industriezweige, die von Bodenschätzen unabhängig sind, etwa nach Ostpreußen zu verlegen bzw. dort Industrieanlagen zur Ausnutzung des Waldreichtums zu schaffen, ist erst in unserer Zeit wieder aufgegriffen worden.

### Ergebnisse der sozialpolitischen Praxis.

Aus dem Überblick über die sozialpolitische Praxis der rheinischen Liberalen lassen sich drei verschiedene Grundrichtungen erkennen. Der hervorragendste Vertreter der einen Gruppe war Hansemann. Ihm schlossen sich die meisten Landtagsabgeordneten an. Er war der Ansicht, daß die Not in den arbeitenden Klassen auf zwei Wegen zu beheben sei, die ineinander greifen müßten: Er verlangte die Durchführung voller zivil- und steuerrechtlicher Gleichstellung der arbeitenden mit den übrigen Klassen der Bevölkerung, die Aufhebung der Privilegien der oberen Klassen und die Bekämpfung offensichtlicher Mißstände in der Industrie (Kinderarbeit, Trucksystem), ferner die Einrichtung

---

123. Hansen II S. 152: „Heute haben die deutschen Regierungen noch mächtige Mittel in der Hand, die Segnungen der Industrie in gleichem Maße über das ganze Land zu verbreiten“.

124. Ebenda II S. 153.

125. Schwann II S. 283.

von Sparkassen und aller Arten von Sozialversicherungen, die allerdings nur auf freiwilliger Teilnahme beruhen dürften, gewerbliche Assoziationen, Konsumvereine und dergleichen, also im wesentlichen Selbsthilfeorganisationen, die es dem Einzelnen ermöglichen sollten, „aus eigener Anstrengung aus dem Stande der Besitzlosen in den Stand der Besitzenden hinüber zu treten“ (Camphausen). Camphausen setzte sich außerdem für ausgedehnte Wohltätigkeit ein, die Hansemann nach Möglichkeit einschränken wollte. 1849 wies Hansemann darauf hin, daß er eine ausreichende, auf richtigen staatswirtschaftlichen Grundsätzen beruhende Armenpflege für notwendig erachte.<sup>126</sup> Harkort betonte ferner die Notwendigkeit einer gründlichen Volksbildung, die von den meisten Mitgliedern dieser Gruppe nicht anerkannt wurde, und versuchte positive Bodenpolitik zu treiben.

Die andere Gruppe, zu der Mevissen, Andree, Brüggemann und verschiedene Mitarbeiter der Rheinischen Zeitung zu rechnen sind, erblickte in der Existenz des Proletariats einen strukturellen Fehler im Aufbau der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und hielt eine Umstellung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit für nötig, die nicht von Privaten durchgeführt, sondern von Staats wegen angeordnet werden müsse. Man forderte daher staatliche Regelung der Arbeitszeit (wie auch Harkort) und des Arbeitslohnes, Volksschulunterricht auf Staatskosten, staatliche Bodenpolitik, Regelung des Verhältnisses und der Verteilung von Industrie und Landwirtschaft und Arbeitsbeschaffung durch den Staat auf der einen, die Möglichkeit freier Assoziationsbildung auf der anderen Seite, ferner über die erste Gruppe hinaus Versicherungszwang. Der Einfluß frühsozialistischer Ideen ist deutlich, obgleich die Grundhaltung bürgerlich-liberal blieb. Die Stellung zum Staat war positiver als bei der ersten Gruppe. Zivilrechtliche Gleichstellung und gerechte Besteuerung waren selbstverständlich.

Von der Heydt — vielleicht auch andere, deren Ansichten sich unserer Kenntnis entziehen — nahm insofern eine Sonderstellung ein, als er den Gedanken staatlicher Bindung, staatlichen Zwanges aus einer mehr konservativen Einstellung heraus

---

126. Verfassungswerk S. 3 Anm.

befürwortete und darum, obwohl im allgemeinen der ersten Gruppe zuzurechnen, sich besonders für die Gesetzgebung im Fabrik- und Versicherungswesen verwandte.

Alle haben versucht, das ihrer Ansicht nach Zweckmäßige zur Besserung der Lage des Proletariats zu erreichen. Erfolgreich waren nur der Gedanke des Versicherungs- und Kassenwesens, vor allen Dingen der Aächener Verein Hansemanns, und bis zu einem gewissen Grade das Vorgehen gegen Trucksystem und Kinderarbeit. Somit fällt den Liberalen das Verdienst zu, die ersten Ansätze zu dem geschaffen zu haben, was das Deutsche Reich späterhin als Sozialversicherung und Sozialgesetzgebung ausbaute. Es handelte sich freilich auch nur um die Ansätze. Zu einer kräftigen Durchführung stand ihnen immer wieder ihre liberale Ideologie oder die der Regierung im Wege. Die Gründe für das Scheitern der übrigen Bemühungen waren teils innerer, teils äußerer Natur. Die rheinischen Liberalen stießen mit ihren Anschauungen und Bestrebungen auf völliges Unverständnis oder bewußten Widerspruch entweder bei der Regierung oder in der Gesellschaft, z. T. bei den Konservativen, z. T. bei den übrigen Liberalen. Sie waren sich selbst aber auch nicht einig, weder über die Ursachen der Erscheinungen, noch über die Wege, die sie einschlagen wollten. Manche von ihnen überschätzten die Bedeutung der angewandten oder angeregten Mittel und Maßnahmen, besonders der Kassen. Vor allem aber erlaubte ihre eigene bürgerliche Einstellung nur wenigen ein wirkliches Verständnis der sozialen Verhältnisse. Das Entscheidende war, daß ihnen, der politischen Gesamtlage des Vormärz im allgemeinen und der besonderen des Bürgertums entsprechend, die beiden großen politischen Fragen, die Verfassungs- und die Einheitsfrage als die wichtigeren erscheinen mußten, deren Lösung sie zunächst erstrebten. Die Konservativen, soweit sie sich überhaupt mit der sozialen Frage beschäftigten, waren dagegen politisch weniger gehemmt und hatten darum einen offeneren Blick für die wirkliche Lage.



#### 4. Kapitel.

### Sozialpolitik und Verfassungskämpfe.

#### Beziehungen zwischen Sozialproblem und Verfassungsfrage.

Die Frage nach der Verfassung, wie sie die rheinischen Liberalen aufwarfen, muß unter zwei Gesichtspunkten beantwortet werden. Es handelt sich zunächst darum festzustellen, in welchen Zusammenhang mit den sozialen Forderungen der Zeit diese Männer ihr Verlangen nach einer Konstitution in Preußen stellen; sodann darum zu bestimmen, welche Rechte sie den handarbeitenden Klassen in dem von ihnen erstrebten konstitutionellen Staate einzuräumen beabsichtigten.

Der erste, der die Notwendigkeit einer Verfassung für Preußen wenigstens zu einem Teil<sup>1</sup> aus der sozialen und wirtschaftlichen Lage und der politischen Bedeutung der handarbeitenden Bevölkerung begründete, war Hansemann, der in seiner Denkschrift vom Jahre 1830 als die dringlichste Gefahr für den preußischen Staat den „Aufstand der geringeren Volksklasse“ hinstellte. Er forderte zur Abwendung dieser Sorge eine Repräsentation, die sich vorwiegend auf das gebildete und besitzende Bürgertum stützen sollte, das nach seiner Überzeugung allein die wahre Kraft der Nation repräsentierte.<sup>2</sup> Dem Abdruck dieser Arbeit im Jahre 1846 fügte Biedermann eine kurze Kritik an.<sup>3</sup> Er wies darauf hin, daß die Gefahr, die Hansemann bereits vor 15 Jahre in der Ferne gezeigt habe, seitdem in „erschreckende Nähe“ gerückt sei, weil man ihr „jeden gesetzlichen Weg friedlicher Entwicklung verschließe“; man arbeite dem Kommunis-

---

1. Auf die anderen Begründungen Hansemanns kann im Rahmen dieser Arbeit nicht eingegangen werden. Sie sind auch zur Genüge bekannt.

2. Br. u. Akt. S. 11 ff.

3. Unsere Gegenwart und Zukunft IV S. 106 ff.

mus in die Hände und werde eine gewalttätige Umgestaltung nur dann vermeiden, „wenn man der sozialen Reform die politische voraufgehen“ lasse.<sup>4</sup> Auch in seinen übrigen Schriften wies Hansemann immer wieder auf die Notwendigkeit, das Regierungssystem in Preußen umzubilden, und auf die dringend erforderliche Beteiligung des Bürgertums an der Regierung hin. Er war der Ansicht, daß das besitzende Bürgertum am ehesten dazu berufen sei, die wahren Interessen der Nation, also auch die anderer Klassen zu vertreten. Das allein auf das „alles durchdringende Beamtenelement gestützte Regiment“ biete nicht die erforderlichen Garantien für Kraft und Dauer gegenüber den zerstörenden revolutionären Zuständen und Richtungen.<sup>5</sup> Wenn die Bürger, auch die „nicht ganz besitzlosen Teile der unteren Volksklassen“ einen rechtmäßigen angemessenen politischen Einfluß besäßen, würden sie leichter eine „Bürgerschaft gegen die tiefer unten stehenden gefährlichsten demokratischen Elemente“ übernehmen.<sup>6</sup>

Während der Verhandlungen des 8. Rheinischen Provinziallandtages über eine Repräsentation des Volkes machte Beckerrath<sup>7</sup> sich die Argumentation Hansemanns — allerdings viel weniger zugespitzt — zu eigen. Er führte aus, daß die soziale Grundlage des Staates und der Gesellschaft von gewaltigen Erschütterungen bedroht und die Mitwirkung des Volkes bei der Abwendung der Gefahren notwendig sei. Eine solche Tätigkeit könne aber nur dann in heilsamer Weise eintreten, wenn ihr durch die Verfassung gesetzmäßige Bahnen eröffnet würden. Der erstrebten Verfassung wies er auf der einen Seite genau wie Hansemann die Aufgabe zu, die Macht des demokratischen Elementes zu mäßigen, auf der andern aber die bürgerliche Freiheit zu sichern. Sie sollte den überwiegenden, gesunden Teil des Staatskörpers durch Selbsttätigkeit in der frischen Luft des öffentlichen Lebens stärken, damit er auch den schwachen erkrankten Teil mit neuer Lebenskraft durchdringe. „Es gibt einen Durchbruch der öffentlichen Meinung, vor dem die Vor-

---

4. Ebenda S. 190 f. Vgl. Brüggemann oben S. 44 ff.

5. 1840, Br. u. Akt. S. 221.

6. Ebenda S. 222.

7. Ebenda S. 773 ff.

sehung unser Vaterland bewahren möge. ... Ihm vorzubeugen ist die Pflicht der Stände.“

Bei Camphausen, der 1845 den entscheidenden Antrag auf eine Repräsentation des Volkes stellte, findet sich weder in seinem Antrag noch in seiner Begründungsrede<sup>8</sup> eine Rücksicht auf die unteren Gesellschaftsklassen als Motivierung für sein Verlangen. Er setzte ohne Umschweife „Volk“ gleich Bürgertum und glaubte dem Verlangen des Souveräns, den Willen des Volkes richtig zu erkennen, schon damit Genüge zu tun, wenn Männer aus diesem „Volke“ zusammenträten, um dem Herrscher ihre Wünsche und Meinungen als die des „Volkes“ vorzutragen.<sup>9</sup> Dabei verwahrte er sich auf das energischste gegen die Behauptung, daß die Repräsentativverfassung auf dem Grundsatz der Volkssouveränität beruhe. Er war der Überzeugung, „daß die Volkssouveränität niemals existiert hat und niemals existieren kann, weil das Volk nur insofern existiert, als es einen Souverän hat, der ebensowohl eine einzelne Person sein als aus vielen Personen bestehen kann.“<sup>10</sup>

Mevissen meinte 1845, die Verhinderung sozialer Bestrebungen durch die Regierung, die Verweisung der Proletarier auf die Tröstungen der Religion und die geistlose Haltung bürgerlicher Egoisten würden das Streben der unteren Klassen nach Besserung ihrer Lage schließlich noch zu stürmischem Vordrängen hinreißen. Er sprach hiermit im Gegensatz zu älteren rheinischen Liberalen aus, daß gerade das Bürgertum genau so versagt habe wie die Regierung. Trotzdem erblickte auch er in der von unten drohenden Gefahr einen Grund mehr, sich für eine freiere Ausbildung des politischen Lebens einzusetzen.<sup>11</sup>

Auch für Dahlmann war die Angst vor der Revolution ein, wenn auch weniger ausschlaggebender Beweggrund, die Einführung einer Verfassung zu erstreben,<sup>12</sup> eine Sorge freilich, die

8. Br. u. Akt. S. 739 ff. 783 ff.

9. Ebenda S. 785. „Alle derartigen Einrichtungen haben den Zweck, die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, daß der souveräne Wille mit dem Willen des Volkes übereinstimme.“

10. Ebenda S. 787.

11. Hansen I S. 358.

12. S. o. S. 50 f. Die Bonner Professoren hatten sich ebenfalls an einer Petition um Reichsstände beteiligt. Beckerath nahm gerade auf sie in seiner Rede Bezug. Br. u. Akt. S. 781.

sich stark aus seiner Beschäftigung mit der Geschichte der französischen Revolution nährte. Die gleiche Ansicht teilte Sybel, der die sozialen Verhältnisse seiner Zeit nur gründlicher kannte und besser zu beurteilen verstand als Dahlmann.

Eine besondere Form nahm der bürgerlich liberale Verfassungsgedanke bei von der Heydt an, der sehr viel stärker als die andern eine konservative Haltung im Sinne der Bewahrung der bestehenden Ordnung vertrat.<sup>13</sup> Er führte im Landtag der Rheinprovinz aus, daß er die Anordnung einer allgemeinen Volksvertretung im echt konservativen Interesse für eine unabweisbare Notwendigkeit halte. „Eine imposante Volksvertretung ist allein geeignet, das konservative Element dauernd zu schützen und zu fördern. Alle, die ein wahrhaft konservatives Interesse verfolgen, alle, die es treu meinen mit König und Vaterland, müssen gegen gefahrdrohende Übergriffe in den Reichsständen und ihrer unmittelbaren Beziehung zum Throne die sicherste Gewähr finden“.<sup>14</sup> Die Fassung des Beckerathschen Entwurfes dünkte ihn zu matt; er verwandte sich für eine noch energischere und deutlichere Sprache. Es leuchtet ein, daß von der Heydt, obwohl er seiner Grundhaltung nach gar nicht auf die liberale Seite gehörte und nach 1848 auch ins konservative Lager überging, allgemein infolge seiner Sachkenntnis, Energie und Redegewandtheit als eine sichere Stütze der Partei galt.<sup>15</sup>

Solch klaren Forderungen nach einer Verfassung standen die liberalen rheinischen Zeitungen, an ihrer Spitze die Kölnische, nicht nach. Auch bei ihnen spielte der Gesichtspunkt der drohenden sozialen Gefahr eine Rolle. Nur betonte Brüggemann z. B. ähnlich wie Mevissen<sup>16</sup> stärker als die Vertreter der älteren Generation, daß die Verfassung weniger zur Sicherung des Bürgertums vor der sozialen Revolution nötig sei, sondern daß sie

---

13. Br. u. Akt. S. 824 ff.

14. Ebenda S. 826.

15. Vgl. das Urteil Camphausens, Br. u. Akt. S. 563; Haym, Reden S. 154 ff.

16. „Die soziale Frage dem allgemeinen Verständnis durch einschlägige Diskussionen näher zu bringen, ist die zweite dem neuen rheinischen Landtage vorbehaltene Aufgabe“ (von mir gesperrt). 1846 Hansen I S. 436.



erst die Grundlage für eine Lösung der sozialen Frage abgeben könnte, da der Staat in seiner bisherigen Form dazu unfähig sei.<sup>17</sup> Die letzten Jahre vor 1848 sind durch das immer stärkere Hindrängen auf eine Verfassung charakterisiert. Die soziale Frage wurde von den bürgerlichen Verfechtern bewußt an die zweite Stelle gerückt, aber doch von den Rheinländern niemals ganz außer acht gelassen. Das beweist z. B. die Tatsache, daß 1847 auf der Heppenheimer Versammlung eine Kommission zur Berichterstattung über das Steuerwesen und die Zustände der ärmeren Klassen für die gleiche Zusammenkunft des nächsten Jahres ernannt wurde, eine Kommission, der auch Hansemann angehörte.<sup>18</sup>

Der Gedanke, daß eine Verfassung als Gegengewicht gegen eine soziale Umwälzung notwendig sei, fand sich aber nicht nur in den Reihen der Liberalen. Bülow-Cummerow machte auf die Gefahren aufmerksam, die sich aus einer Vermehrung des Proletariates und aus der Verbreitung kommunistischer Ideen ergeben müßten, gefährlich besonders deswegen, „da wir uns keiner starken Verfassung erfreuen, die wie in England ein Gegengewicht abgibt.“<sup>19</sup>

Größte Gegensätze im Hinblick auf eine Verfassung bestanden dagegen zwischen den rheinischen und den adligen ostpreußischen Liberalen. Der Großgrundbesitz befürchtete nichts von der Armut seiner Landarbeiter, wohl aber hielt er es ohne Neuerungen in den Agrarverhältnissen und in der Kommunalverwaltung, die die bestehende Regierung allem Anschein nach nicht vornehmen wollte, für schwerlich möglich, die Notlage der Provinz zu wenden.

### Wahlrecht des Proletariats.

Dem Streben nach einer Verfassung lag indessen in keiner Weise die Absicht zugrunde, den handarbeitenden Volksklassen die Wahrnehmung ihrer Rechte innerhalb der Gesamtvertretung

---

17. Brüggemann besonders in der oben S. 44 f. genannten Artikelreihe der Köln. Zeitung im Januar 1847.

18. Deutsche Zeitung Nr. 107 vom 15. Okt. 1847.

19. Preußen im Januar 1847 S. 32.

des Volkes selber zu überlassen. Besonders die rheinischen Liberalen waren der Ansicht, daß sie, die Vertreter des Besitzes aus Handel und Industrie, die geeigneten Männer seien, um auch die Interessen des Proletariats wahrzunehmen. Sie glaubten, die Richtigkeit dieser Anschauung z. B. in der Einkommensteuerdebatte auf dem Vereinigten Landtag zur Genüge bewiesen zu haben. Ihre Erfolglosigkeit in diesem Falle führten sie ja gerade darauf zurück, daß nicht einmal sie selber in der genügenden Anzahl vertreten waren.<sup>20</sup> Diese Überzeugung war ehrlich. Camphausen führte in einer Sitzung der Vereinigten Ausschüsse 1848 aus: „Man macht häufig den konstitutionellen Kammern anderer Länder den Vorwurf, daß sie sich vorzugsweise mit den Interessen derjenigen beschäftigen, die in ihrer Mitte sitzen. Einen solchen Vorwurf wird man den ständischen Versammlungen in Preußen nicht machen; aber wir haben doppelten Grund uns davor zu schützen, weil viele Stände, viele Klassen der Gesellschaft unter uns nicht vertreten sind und nicht vertreten sein können“.<sup>21</sup> Etwas ähnliches gedachte auch Mevissen auf dem Vereinigten Landtag auszuführen.<sup>22</sup> Er teilte aber im Gegensatz zu Camphausen nicht die Ansicht, daß diese Klassen nicht vertreten sein könnten, sondern sprach von den „Rechten des noch nicht zur Vertretung berufenen Teiles des Volkes“ und drückte damit aus, daß es sich hier nur um eine Zeitfrage handele, bis auch dieser Teil des Volkes seine Rechte selbst vertreten werde.<sup>23</sup>

Wenn die Auffassungen rheinischer Liberaler über die Ausdehnung politischer Rechte beurteilt werden sollen, so müssen dabei die bestehenden Wahlverhältnisse der Provinz berücksichtigt werden. Der rheinische Provinzial-Landtag setzte sich im Unterschied zu anderen Provinzen, in denen das Verhältnis noch

---

20. S. oben Deutsche Ztg.

21. Köln. Ztg. Nr. 58 vom 27. 2. 1848.

22. Hansen II, S. 305 „Ich weiß recht wohl, daß das Bewußtsein der Besitzlosen nicht ausgebildet ist, daß sie keine bezahlte Presse, keine selbstgewählten Vertreter in diesem Saale haben... Aber, meine Herren, einen eben so guten Advokaten... haben heute die Besitzlosen in der Bildung, in dem unabweislichen Gerechtigkeitsgefühl der Besitzenden“. Zur gleichen Ansicht bekannten sich z. B. auch Vincke und Auerswald.

23. Hansen I S. 534 Anm. 2.

ungünstiger war, aus je 25 Abgeordneten der Ritterschaft, den Städten und den Bauern zusammen. Auf allen Tagungen bis zum Jahre 1845 führten die Abgeordneten der Städte einen Kampf um die Vermehrung ihrer Sitze, weil sie im Verhältnis zu der sehr viel größeren Bevölkerungszahl, die sie vertraten, auch einen größeren Einfluß als der Adel für gerechtfertigt hielten. Auf gesetzlichem Wege erreichten die Bürgerlichen zwar nichts, aber infolge ihres Reichtums gelang es ihnen, nach und nach eine Anzahl wahlfähiger Ritter- und Bauerngüter zu erwerben, sodaß sie in den vierziger Jahren im Stande der Ritter über 8, in dem der Bauern ungefähr über 12 Vertreter verfügten. Trotzdem entsprach das Stimmenverhältnis in keiner Weise weder dem zahlenmäßigen Stand der Bevölkerung — auch wenn man von dem noch gänzlich unvertretenen „vierten Stand“ absieht — noch der wirtschaftlichen Bedeutung der im Rheinland zu immer größerer Blüte gelangenden Städte.<sup>24</sup> Die Industrie außerhalb der wahlberechtigten Städte wurde höchstens durch die grundbesitzenden Industriellen im Stande der Ritter vertreten. Da von den Abgeordneten der Städte für die Landtagsfähigkeit Grundbesitz und die Entrichtung einer Gewerbesteuer gefordert wurden, konnten Universität, Gericht und Geistlichkeit überhaupt keine Vertreter in den Landtag schicken.<sup>25</sup> Alles dies, besonders aber die ungerechtfertigte Bevorzugung des in der Rheinprovinz nur spärlich vorhandenen Adels erregte die Rheinländer, die seit der französischen Herrschaft überhaupt keine Adelsprivilegien mehr anerkennen wollten, aufs höchste.<sup>26</sup>

Der erste, der sich über die Verteilung politischer Rechte überhaupt, ganz abgesehen von den engen Verhältnissen des Provinziallandtags, geäußert hat, ist wiederum wie in so vielen anderen Fällen Hanseemann. Während er sich unbedingt für

---

24. Wie groß die Schwierigkeiten für die Städte waren, geht u. a. auch daraus hervor, daß es einem Mann von so großer Bedeutung für die Rheinprovinz wie Hanseemann erst 1845 gelang in den Landtag zu kommen. Allerdings spielten dabei auch die Konfessionsverhältnisse eine Rolle.

25. Für die Zusammensetzung des Landtags vgl. bes. Croon S. 38 ff.

26. Z. B. Hanseemann in seiner Denkschrift von 1830. Br. u. Akt., besonders S. 27 ff.

die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz und in der Besteuerung verwandte, war er doch 1830 und auch weiterhin der Ansicht, daß politische Rechte „notwendig Privilegien eines Teiles der Nation“ seien, und zwar weil sie „Aufopferungen für das allgemeine Beste“ nach sich zögen.<sup>27</sup> 1840 führte er aus, daß die Freiheit notwendigerweise graduirt sein müßte.<sup>28</sup> Im Vergleich zu den bestehenden Bedingungen, an die die Wahlfähigkeit und die Wählbarkeit geknüpft waren, ging Hanseemann sehr weit, wenn er folgende Grundsätze aufstellte: innerhalb eines Zweikammersystems finden direkte Wahlen zur zweiten Kammer statt; der Wahlzensus wird in der Weise geregelt, daß auf 200—250 Seelen ein Wähler und auf 50 000 Seelen ein Abgeordneter kommt. Außer diesem Zensus sollte keine andere Bedingung an die Wahlfähigkeit geknüpft werden. Das passive Wahlrecht konnte oder sollte überhaupt zensusfrei sein. 1849 fügte er bei einem Wiederabdruck der Denkschrift dieser Stelle die durchaus berechtigte Bemerkung hinzu, der Vorschlag sei 1830 einer unumschränkten Regierung gemacht worden, die das Repräsentativsystem für staatsgefährlich gehalten habe.<sup>29</sup>

Die Forderung nach einer Repräsentation richtete sich grundsätzlich — daran ist kein Zweifel — gegen die politische Vormachtstellung des Grundbesitzes. Hanseemann verlangte darüber hinaus aber auch gleiche Rechte für jede Art von Besitz, denn „die eigentliche Kraft der Nation, die als Element eines neuen Lebensprinzips benutzt werden kann,“ lag nach seiner Meinung „vorzüglich in dem Vermögen, der Fähigkeit und der Erfahrung der Staatsbürger ohne Rücksicht darauf, worin das Vermögen besteht oder auf welche Weise die Fähigkeit oder die Erfahrung erworben ist.“<sup>30</sup> Eine gewisse Inkonsequenz beruhte freilich, von unserem heutigen Standpunkte aus gesehen, darin, daß Hanseemann zwar die Zahl der Abgeordneten von der Größe der Bevölkerung abhängig sein ließ, nicht aber die Abgeordneten direkt von dieser Bevölkerung gewählt wissen wollte. Er selbst hat das schwerlich als Widerspruch empfunden, weil es sich für

---

27. Br. u. Akt. S. 53.

28. Ebenda S. 239.

29. Ebenda S. 56 Anm. 2.

30. Br. u. Akt. S. 21.



ihn von selbst verstand, daß mit höherer Bildung auch mehr Einsicht und mit wachsendem Vermögen auch größeres Interesse für eine feste, kräftige und gute Staatsregierung verbunden sei und daß die Majorität der nach Bildung und Besitz gewählten Abgeordneten selbstverständlich auch die Majorität nach der Kopfzahl vertrete.<sup>31</sup> Den Ausschluß der Besitzlosen von allen politischen Rechten begründete Hansemann 1840 damit, daß „Wähler von untergeordneter sozialer Stellung oder mit höchst unbedeutendem Besitztum . . . oft die Freiheit entweder durch Trägheit, die sie abhält, ihre politischen Rechte auszuüben, oder durch Schwäche und Bestechlichkeit, die besonderen Interessen zugänglich sind,“ verdürben.<sup>32</sup> Andererseits hielt er die Festsetzung eines Zensus für keine Ungerechtigkeit, da ja theoretisch jedem Menschen die Möglichkeit gegeben sei, sich Besitz zu erwerben.

Die gleiche Anschauung, nur nicht in so klarer Formulierung, teilte auch Camphausen, wenn er davon sprach, „daß die verschiedenen Elemente des Staatsvereins in richtigem Verhältnis in die Versammlung hinübertreten, und dazu gehöre nicht nur die Zahl der Köpfe, nicht nur die Körperkraft, sondern auch die Kraft des Geistes und die Kraft des Nationalreichtums“. Camphausens Vorschlag bedeutete aber insofern einen Rückschlag gegenüber Hansemann, als er auch für eine Beschränkung des passiven Wahlrechtes oder aber für ein Dreiklassenwahlrecht eintrat.<sup>33</sup> In einem Privatbrief sprach Camphausen seine Meinung deutlich dahingehend aus, daß er „die Lehre von der Volkssouveränität desavouiere, die Mehrheit nicht nach Köpfen zähle, und die Volksrepräsentation vereinbar mit beratenden Ständen finde“.<sup>34</sup>

---

31. Ebenda S. 17, dagegen die Kritik von Radowitz s. oben S. 62.

32. 1840 Br. u. Akt. S. 257, ebenso aber auch schon 1830.

33. 1845 auf dem 8. Rhein. Landtag Br. u. Akt. S. 790.

34. Br. u. Akt. S. 767. Die Behörden aber glaubten, die rheinischen Liberalen seien heimliche Verfechter des Prinzips der Volkssouveränität. So unerhört erschien damals also die Forderung nach einer doch auf einen verhältnismäßig hohen Zensus gestützten Repräsentativverfassung. Die Konservativen hielten das Wahlergebnis, das sich auf einen solchen Zensus stütze, für zu zufällig: von Bianco ebenda S. 768.

Außer den schon behandelten Anschätzungen Beckeraths, Mevissens und Dahlmanns liegen vor dem Frühjahr 1848 kaum Äußerungen rheinischer Liberaler zum Wahlrecht vor, die über den engen Bereich der Provinziallandtage hinausgingen. Die Frage war ja bis dahin auch kaum akut, und rein theoretische Erörterungen waren bei diesen Männern des praktischen Lebens im allgemeinen nicht üblich. Die Kölnische Zeitung vertrat bis zum Eintritt Brüggemanns in die Redaktion etwa den gleichen Standpunkt wie Hansemann.<sup>35</sup> Auch Brüggemann hielt noch 1847 die Verleihung politischer Rechte an die Volksmassen für bedenklich, weil sie noch politisch unreif seien.<sup>36</sup>

Erst der Ausbruch der Februarrevolution stellte das Rheinland vor die Alternative: allgemeines oder beschränktes Wahlrecht. Eine Kölner Adresse vom 3. März verlangte Einrichtung einer Repräsentativ-Verfassung, allgemeines Wahlrecht in Kirche und Staat.<sup>37</sup> Eine Düsseldorfer Adresse vom gleichen Tage bat den König um die „Verleihung einer liberalen Verfassung auf den breitesten Grundlagen . . . und Wählbarkeit der geistigen Fähigkeiten“, die, wie die Deutsche Zeitung dazu bemerkte, bisher in Preußen von der ständischen Wirksamkeit ausgeschlossen gewesen seien.<sup>38</sup> Eine von den führenden liberalen Abgeordneten unterzeichnete Bonner Petition vom 12. März enthielt noch die Camphausensche Formel vom Jahre 1845, daß die „verschiedenen Volksklassen in richtigem Verhältnis“ vertreten sein sollten.<sup>39</sup> Eine Aachener Adresse vom 18. März stellte, jedenfalls von Hansemann beeinflusst, die unabweisbare Notwendigkeit fest, daß in Preußen die Freiheit des Volkes „durch Einführung einer wahren, auf einem Wahlgesetz, das alle Interessen des Volkes zur Vertretung bringt, basierten Repräsentativ-Verfassung“ begründet werden müsse.<sup>40</sup> Camphausen und Hansemann standen also noch immer auf ihrem alten Standpunkt.

---

35. Buchheim S. 187 f.

36. Köln. Ztg.

37. Deutsche Ztg. v. 8. März 1848.

38. Deutsche Ztg. v. 8. März 1848.

39. Ebenda 16. u. 19. März.

40. Ebenda 23. März, Beilage.

Mevissen dagegen stellte am 25. März fest: „Wenn die älteren Provinzen sich aussprechen wie die Volksversammlungen der Rheinprovinz, so wird sich der ruhige Staatsmann genötigt sehen, wie ungern auch, das allgemeine Stimmrecht zu bewilligen. . . . Selbst das allgemeine Stimmrecht ist nicht gefährlich, sobald die Wahlen durch Wahlmänner und in jeder Gemeinde abgesondert vollzogen werden.“<sup>41</sup> Er griff also zu dem alten, von Hanseman verworfenen Korrektiv der indirekten Wahl, um dem allgemeinen Stimmrecht seine „Gefährlichkeit“ zu nehmen. Doch Camphausen und Hanseman waren noch immer nicht so weit. Am 29. März berichtete Mevissen noch aus Berlin: „Das Wahlgesetz . . . wird nach Camphausens Andeutung einen mäßigen Zensus, aber nicht das verlangte allgemeine Stimmrecht zur Basis haben“;<sup>42</sup> und am 2. April: „Das Wahlgesetz ist vorgelegt, wird aber nicht genügen, weil es die dienenden Klassen<sup>43</sup> ausschließt“. Die Agitation werde nur aufhören, „wenn das allgemeine Stimmrecht ohne Einschränkung zugestanden wird. Von Beckerath und ich werden gemeinsam für diese Modifikation sein.“<sup>44</sup>

So sahen sich die rheinischen Liberalen im April 1848 schließlich doch genötigt, das ihnen unsympathische allgemeine, allerdings indirekte Wahlrecht zu bewilligen. Mevissen und Beckerath ließen sich dafür gewinnen, weil sie seine Notwendigkeit eingesehen hatten. Camphausen und Hanseman fügten sich nur mit äußerstem Widerstreben.

---

41. Hansen II, S. 351.

42. Hansen II, S. 357.

43. Hierunter wurden jedoch nur die Dienstboten verstanden. Das Wahlgesetz ging also erheblich weiter, als das der Frankfurter Nationalversammlung, das bekanntlich auch die Arbeiter ausschloß.

44. Hansen II, S. 363.

## Schluß.

Wenn man das Verhältnis der rheinischen Liberalen zu den sozialen Problemen, die die Anfänge der modernen Industriearbeiterschaft ihnen stellten, bis in die Verästelungen überblickt, so treten zwei parallele Gedankengänge deutlich hervor. Aus ihrer eigenen noch unerfüllten politischen Situation leiteten diese Männer als dringlichste Forderung der Zeit die nach ihrer eigenen aktiven Verantwortung am Staate, nach einer Beteiligung des Bürgertums an der Regierung ab, wie verschieden sie auch im einzelnen die Formen dieser Mitwirkung sich vorstellen mochten. Bei einer nicht geringen Anzahl unter ihnen — und das ist das für den hier behandelten Zusammenhang bedeutsam — war dies Verlangen entscheidend mitbegründet durch die Furcht vor der besonders im Rheinland auftretenden sozialistisch-proletarischen Bewegung. Aus ihrem Vorhandensein folgerten sie, daß das Bürgertum seine eigene Stellung stärken müsse, damit es imstande sei, dem von unten her gefürchteten Ansturm einmal standzuhalten. Die Belege für diesen Gedanken sind besonders aus dem Kreise der rheinischen Liberalen recht zahlreich. Doch wird man seine Wurzel mehr in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur der preußischen Westprovinzen suchen müssen als in den Doktrinen einer politischen Gruppe. Denn auch andere bürgerliche Vertreter der Opposition, selbst einige Konservative teilten ihn.

Das eigentliche Verdienst der rheinischen Liberalen, in das sie sich mit Harkort und einigen wenigen Parteifreunden aus anderen preußischen Provinzen teilen, beruht aber in dem wirklichen Verständnis für die Notlage der städtischen Arbeiterschaft und für das Wesen der sozialistisch-kommunistischen Bestrebungen, die in Deutschland zuerst bei ihnen Fuß gefaßt hatten. Im einzelnen zogen sie zwar verschiedene Folgerungen aus dieser



Erkenntnis. Einig waren sie sich indessen namentlich in den Jahren unmittelbar vor 1848 in der Überzeugung, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der unteren Bevölkerungsklassen unmöglich gesunden könnten, so lange die bestehende Staatsform und ihr starres Beamtenregiment diesen Fragen mit Verständnislosigkeit begegneten. Diese im wesentlichen bürgerlichen Politiker waren der Überzeugung, daß die politische Reform der sozialen vorangehen müsse. Erst dem konstitutionellen Staate, den sie erstrebten, trauten sie es zu, daß er entweder wie die Richtung Hansemann meinte, den Aufstieg der unteren Bevölkerungsschichten ins Bürgertum ermöglichen, also das Proletariat als solches weitgehend aufheben werde. Dieser Prozeß, begleitet von einer politischen Aufklärung im bürgerlichen Sinne, werde dann auch von selbst die sozialistischen Theorien schwächen oder gar ganz unschädlich machen. Die stärker von sozialistischen Gedankengängen erfaßte jüngere Generation der Mevissen und Brüggemann erwartete, daß die bürgerlich-konstitutionelle Monarchie eine gesellschaftliche Ordnung schaffen werde, in der einmal durch Staatsmaßnahmen besonders auf dem Gebiete der Wirtschaft und des Bildungswesens für das materielle und geistige Wohl der unteren Volksklassen gesorgt werde, in der aber auch dem Arbeiterstande eine bestimmte gesetzmäßige Stellung, die ihm die Wahrung seiner Interessen erlaube, eingeräumt werden müßte.

Im Unterschied zu den meisten Liberalen ihrer Zeit waren sich die rheinischen wenigstens darüber klar, daß es eine soziale Frage gab, die der Lösung harrete. Sie versuchten zwar, mit Einzelmaßnahmen der dringendsten Not zu steuern. Als Ganzes aber mußte für diese Gruppe von Politikern die soziale Frage gegenüber ihrem Hauptziel zurücktreten, das seit den dreißiger Jahren in einem starken, einheitlichen, modernen, konstitutionellen, preußischen Staate bestand. Und als dann seit der Wende des Jahres 1848 das Riesenproblem der deutschen Einheit auf diesen Männern lastete, einer Einheit, die nach ihrer Überzeugung nur durch einen starken preußischen Staat heraufgeführt werden konnte, da mußte vor solchen Sorgen die soziale Frage mit zwingender Notwendigkeit in den Hintergrund treten.

Auch der historische Abstand von nahezu 100 Jahren sollte uns, die wir unter einem neuen Gesetz, dem des Volkes stehen, davor bewahren, über diese Männern leichthin den Stab zu brechen. Gewiß kann ihre Wahrheit nicht mehr die unsere sein. Nicht durch Lösen und Freimachen, sondern durch Binden und Ordnen, durch straffe, bewußte, einheitliche Führung auf der einen und geschlossene Gefolgschaft des ganzen Volkes auf der andern Seite wird das Ziel erreicht, die soziale Frage gelöst werden. Trotzdem sollen die ersten Ansätze zur Neugestaltung des sozialen Aufbaus, die von den rheinischen Frühliberalen ausgingen, nicht verkannt werden. Ihrer Arbeit gab in einigen Fällen fruchtbare Anregungen für später, stellte aber auch in ihrem Mißlingen eine Stufe geschichtlichen Werdens auf sozial-politischem Gebiete dar, auf deren bewußter Überwindung allein die heutige Neugestaltung aufbauen konnte.



## DATE DUE

GAYLORD

PRINTED IN U.S.A.

D 1 .H5 no.342



3 8198 311 854 994  
Der rheinische Frühliberalismus UI main  
THE UNIVERSITY OF ILLINOIS AT CHICAGO

D 1 .H5 no.339



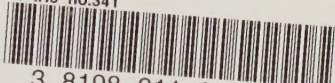
3 8198 311 854 960  
Die deutschen Kloster vom Ausg UI main  
THE UNIVERSITY OF ILLINOIS AT CHICAGO

3 8198 311 854 978  
Martin V. und Aragon, UI main  
THE UNIVERSITY OF ILLINOIS AT CHICAGO



D 1 .H5 no.340

D 1 .H5 no.341



3 8198 311 854 986  
Japans Aufstieg, 1868-1880. UI main  
THE UNIVERSITY OF ILLINOIS AT CHICAGO

RES. FAC.	8	4	2	1	36	35	34	33
D 1 H5 no.339-342								
Historische Studien								
C58845ER								
NAME & ADDRESS								
IDENTIFICATION NUMBER								

D  
1  
H5  
Historische Studien  
no.339-342



